Mittwoch, 26. März 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 72 - 13.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 400,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

POLITIK

Moskau: Nach Beobachtungen amerikanischer Ostexperten finden in der sowjetischen Führung zur Zeit die heftigsten internen Machtkämpfe seit den Tagen Chruschtschows statt. Der große Gegenspieler von Parteichef Gorbatschow ist dabei Politbüromitglied Jegor Ligatschow (Foto), der hinter sich die neo-konservativen, antiwestlichen Kräfte sowie das Militär versammelt. (S. 6)



Giftmüll: In der „DDR" gibt es zu wenig Anlagen zur schadlosen Beseitigung von Giftmüll. Deshalb werden diese Abfälle oft auf städtischen Müllkippen deponiert, schreibt die Ostberliner „Zeitschrift für die gesamte Hygiene und ihre Grenzgebiete".

Paragraph 116: Justizminister Engelhard hat den Thesen Bendas in dessen Gutachten widersprochen und den Gesetzentwurf der Bundesregierung als verfasssungsgemäß bezeichnet. (S. 12)

Gorbatschow: Die Anzeichen verdichten sich, daß der sowjetische Parteichef am XI. Parteitag der SED im April in Ost-Berlin teilnehmen wird. Entsprechende Äußerungen machten jetzt osteuropäische Diplomaten. Es wäre der erste Besuch eines sowjetischen Generalsekretärs auf einem Parteitag der Kommunisten in der „DDR" seit 1971.

Afghanistan: Im Norden der Hauptstadt Kabul sind nach Berichten westlicher Diplomaten in Neu-Delhi heftige Kämpfe zwischen sowjetischen Truppenverbänden und Widerstandskämpfern im Gange. Danach versuchen die Sowjets, strategisch wichtige Stellungen zu erobern. In Kabul seien Taxifahrer verpflichtet worden, Regierungssoldaten an die Frontabschnitte zu bringen.

Asyl: Die Schweiz hat den ehemaligen Sowjetsoldaten Juri Powarnizin als Flüchtling anerkannt und gewährt ihm politisches Asyl. Powarnizin war 1981 in Afghanistan desertiert, in Gefangenschaft geraten und nach Vermittlung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in die Schweiz gekommen. (S. 6)

Deng: Chinas starker Mann hat bei einem Empfang für den dänischen Ministerpräsidenten Poul Schlüter in Peking Rücktrittsabsichten erkennen lassen. Der 81jährige Deng Xiaoping sagte, er sei immer weniger am Tagesgeschäft der Staatsführung beteiligt.

HEUTE IN DER WELT

„Kobra" contra Terrorismus

Was die GSG 9 für die Bundesrepublik Deutschland ist, das ist „Kobra" für Österreich – eine Speerspitze gegen den Terrorismus. Die WELT stellt in einer dreiteiligen Serie Arbeit und Struktur dieses Einsatzkommandos (GEK) vor. Seite 7

BMW setzt ein Signal

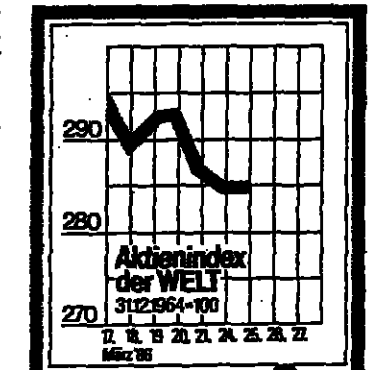
In einem Gespräch mit der WELT kündigt BMW-Chef Eberhard von Kuenheim für April und Juni Sonderschichten an. Ein Signal gegen die zunehmende Kritik der vergangenen Wochen an dem bayerischen Autokonzern. Seite 3

WIRTSCHAFT

Steuern: Eine große Mehrheit der Bevölkerung ist dafür, die zweite Stufe der Steuerreform von Januar 1988 auf das Jahr 1987 vorzuziehen. Gleichzeitig erklärte ein großer Teil, von den Entlastungen der ersten Stufe nur wenig oder nichts gespürt zu haben. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Emnid-Instituts, die der Bund der Steuerzahler gestern vorlegte. (S. 13)

Börse: An den Aktienmärkten kam es nach einigen schwächeren Tagen wieder zu einer deutlichen Kurserholung. Auch der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 286,37 (285,78). BHF Rentenindex 107,118 (107,037).

BHF Performance Index 103,532 (103,425). Dollarmittelkurs 2,3132 (2,2887) Mark. Goldpreis pro Feinunze 351,75 (350,20) Dollar.



KULTUR

Auszeichnung: Wieder einmal fiel der Hörspielpreis der Kriegsblinden an einen Grenzfall der Gattung. Preisgekrönt für das Jahr 1985 wurde „Die Befreiung des Prometheus" von dem Frankfurter Komponisten Heiner Goebbels nach Texten des in der „DDR" lebenden Schriftstellers Heiner Müller, produziert gemeinsam von Hessischem Rundfunk und Südwestfunk. (S. 23)

Geburtstag: Vor 100 Jahren wurde er geboren. Der Österreicher Clemens Holzmeister zählt zu den größten, den eigenwilligsten und vielseitigsten Architekten unseres Zeitalters. Man hat ihn einen „Expressionisten" genannt, er selbst bezeichnete sich als „Romantiker", doch läßt er sich keiner der einflußreichen Schulen und Bewegungen des 20. Jahrhunderts zurechnen. (S. 23)

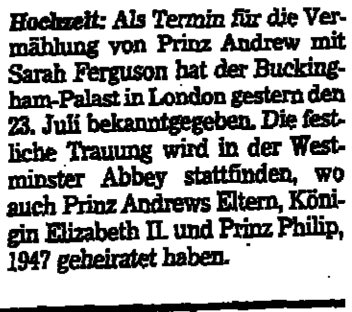
SPORT

Tennis: In der neuesten Weltrangliste nimmt Wimbledonsieger Boris Becker den sechsten Platz ein. An der Spitze steht weiterhin Ivan Lendl aus der Tschechoslowakei.

Fußball: Als Nachfolger des ausscheidenden Pal Csernai wird Assistenz-Trainer Reinhard Saftig (34) vom 1. Juli an Cheftrainer bei Borussia Dortmund.

AUS ALLER WELT

Zugvögel: Von unsichtbaren Wegweisern geleitet, kehren die Zugvögel auch jetzt wieder aus ihren afrikanischen Winterquartieren zurück in ihre europäische Brutheimat. Mindestens sieben Navigationssysteme haben Wissenschaftler mittlerweile entdeckt, mit denen zum Beispiel Störche (Foto) oder Schwalben den richtigen Kurs finden. Dabei sollen neben Wind und Wetter sogar Düfte die Zugvögel leiten. (S. 24)



Hochzeit: Als Termin für die Vermählung von Prinz Andrew mit Sarah Ferguson hat der Buckingham-Palast in London gestern den 23. Juli bekanntgegeben. Die festliche Trauung wird in der Westminster Abbey stattfinden, wo auch Prinz Andrews Eltern, Königin Elizabeth II. und Prinz Philip, 1947 geheiratet haben.

Große Zustimmung in den USA zu Militärschlag gegen Khadhafi

Weißes Haus: Wir betrachten dies nicht als Krieg / Besorgnis in Italien

wth./F. M. Washington/Rom

Die Kampfhandlungen zwischen libyschen und amerikanischen Streitkräften in der „Großen Syrte" im Mittelmeer haben weltweit Besorgnis ausgelöst. Nachdem die Libyer sechs weitere Raketen sowjetischer Bauart gegen amerikanische Ziele abgefeuert hatten, antworteten die amerikanischen Streitkräfte mit Gegenschlägen auf libysche Raketen-Abschußbasen an der Küste und mit der Versenkung von zwei weiteren Schnellbooten. Damit erhöhten sich die libyschen Verluste in den beiden vergangenen Tagen nach Angaben des Pentagon auf vier kleinere raketentragende Kriegsschiffe. Amerikanische Verluste gab es nach US-Auskunft bis gestern nachmittag nicht.

Die amerikanischen Gegenschläge bestätigten die Strategie und den Kampfauftrag der amerikanischen Flotte vor Libyen, wie ihn Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses, nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen beschrieben hatte: „Wir unterstellen allen sich uns nähernden libyschen Streitkräften feindliche Absichten." Speakes sagte weiter: „Wir betrachten dies nicht als einen Krieg mit Libyen. Wir versuchen lediglich von unserem Recht Gebrauch zu machen, in internationalen Gewässern zu operieren. Eine Provokation war nicht beabsichtigt."

Es sind die ersten bewaffneten Kampfhandlungen zwischen beiden Ländern seit August 1981, als die USA zwei libysche Kampfflugzeuge über der „Großen Syrte" abgeschossen hatten. Anlaß der Auseinandersetzungen ist der Anspruch Khadhafis, daß das gesamte Gewässer im libyschen Meerbusen Libyens Hoheitsgewässer sei. Die USA haben seit 1981 insgesamt 18mal mit ihren Schiffen dieses Gebiet, das sich bis zu 120 Meilen ins Mittelmeer hinein erstreckt, befahren.

SEITEN 2 UND 3:
Weitere Berichte

Im US-Kongreß sind die Aktionen der amerikanischen Streitkräfte allgemein begrüßt worden. Lediglich der demokratische Senator Hatfield nannte sie „ein kindisches Spiel mit einem Kranken und gefährlichen Clown". Der sonst gegenüber Reagan so kritische Sprecher des Repräsentantenhauses O'Neill meinte dagegen, für den Präsidenten haben es angesichts dieser Herausforderung kaum eine andere Wahl gegeben.

Italiens Ministerpräsident Craxi wies vor dem Parlament darauf hin, daß sich die Zwischenfälle in internationalen – und nicht, wie Khadhafi einseitig behaupte, in libyschen – Gewässern zugetragen hätten. Allerdings habe der amerikanische Entschluß, in diesen Gewässern Manöver abzuhalten, von Anfang an ein „hohes Risiko" impliziert.

Nach Auffassung des Auswärtigen Amtes sind die Zwischenfälle im Mittelmeer ein „Austausch militärischer Aktionen auf hoher See und nicht auf libyschem Territorium". Dagegen beschuldigte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, die USA, die Machtprobe vor der libyschen Küste „eindeutig beabsichtigt" zu haben. Offensichtlich wollten die „Falken" in der amerikanischen Administration nach „Rambo-Manier" militärische Stärke demonstrieren.

DER KOMMENTAR

Oster-Trick

PETER SCHMALZ

Der bayerische SPD-Bundestagsabgeordnete Axel Wernitz hat seine Genossen gewarnt vor der Gesellschaft, mit der sie sich am Ostermontag in den Taxöldener Forst und in die Nähe des Bauzauns der Wiederaufarbeitungsanlage zu begeben gedenkt. Es sei Schlimmeres zu erwarten als bei Brokdorf oder an der Startbahn West, befürchtet er. Und in Fragen der inneren Sicherheit gilt Wernitz als kundig, denn er leitet den Innenausschuß des Bundestags.

Doch Genosse Gerhard Schmid, Vorsitzender der ostbayerischen SPD, verwies Wernitz als „Schreibtischstrategen" in die Ecke: Die SPD lasse sich nicht von einem „Einzelgänger durcheinanderbringen".

Das Durcheinander freilich war schon da. Unter dem Druck der Kritik – und angesichts der Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden über das, was zu Ostern zu erwarten ist! – berief die Parteispitze schließlich doch, unabhängig vom „Einzelgänger" Wernitz, eine Sondersitzung des Landesvorstands ein, um den Ostermarsch noch einmal zu überlegen.

Aber die Falken setzten sich durch: Der Appell zur Teilnahme wurde bekräftigt. Und mit unglaublicher Anmaßung wurde der Polizei der Schwarze Peter zugeschoben: Die SPD vertraue darauf, heißt es in der gestrigen Erklärung, daß die Polizei das grundgesetzlich garantierte Demonstrationsrecht schützen wird.

Das riecht nach einem Eigen-Persilschein: Passiert nichts, haben wir's schon immer gesagt; gibt's Krawall, ist allein die Polizei schuld, weil sie nicht massiv genug aufgetreten ist.

Vor Tagen noch warfen SPD-Politiker gerade dieser Polizei Provokation und „kriegsgemäßes Auftreten" vor, weil sie die jetzt geforderte Stärke bewies. Mit solchen Tricks kann sich die Partei nicht aus der Verantwortung schleichen. Sie ist vor diesem Ostermarsch gewarnt worden. Es ist ihre Sache, für die von ihr beschworene Gewaltlosigkeit zu sorgen; es ist ihre Verantwortung, wenn sie dabei scheitert.

Deutsche sichern Libyens Luftraum

Radaranlagen mit Technologie aus der Bundesrepublik / Kontrollauftrag an die „DDR"

WERNER KAHL, Bonn

Für die Sicherung des Luftraumes über Libyen haben die Behörden in Tripolis Techniker aus der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt. Die Computerexperten arbeiten an Großrechenanlagen von AEG-Telefunken, da es bisher an einheimischen Fachleuten zur Bedienung und Wartung der elektronischen Kommunikationssysteme mangelte. Beim Aufbau der Luftsicherung hatte Libyen im internationalen Wettbewerb die Technologie des weltbekannten deutschen Unternehmens ausländischer Konkurrenten vorgezogen.

Der kleine Computerexperten-Stab gehört zu mehreren tausend Personen aus der Bundesrepublik Deutschland, die nach Bonner Angaben in Libyen arbeiten. Es handele sich größtenteils um Angestellte von Firmen, die Maschinenanlagen bauen, elektronische Betriebsteile für die Wirtschaft herstellen sowie im Bereich der Erdölversorgung im Land engagiert seien. Der Anteil deutscher Arbeitskräfte in Libyen ist nach dessen Angaben augenblicklich höher als derjenige von Arbeitnehmern aus den USA.

Für die Flugsicherung einschließlich der Kontrolle des Luftraums entlang der rund 2000 Kilometer langen libyschen Mittelmeerküste hatte die Regierung in Tripolis anfangs aus sowjetischen Lieferungen Radaranlagen mit teilweise russischem Personal eingesetzt. Die Radareinrichtungen sollten im Verbund mit deutschen Computern arbeiten, die in Bunkern tief im Landesinnern installiert wurden. Das funktionierte jedoch nach Angaben libyscher Diplomaten nicht zufriedenstellend. Daraufhin ersuchten die Libyer vor einiger Zeit deutsche Experten, die gesamte Luftsicherung vorläufig technologisch zu betreuen.

„Wir haben derzeit ganz wenig Leute in Libyen, und diese sind weit weg von der Krisenzone", erklärte der für die Öffentlichkeitsarbeit von AEG-Telefunken zuständige Sprecher des Unternehmens auf Anfrage der WELT. Die Mitarbeiter befänden sich „im Landesinnern" und seien über die Lage so informiert, daß sie über ihren Aufenthalt jederzeit selbst entscheiden könnten.

Bei einem Besuch in Bonn Anfang des Jahres hatte der amerikanische Außenminister John Whitehead die Bundesregierung auf Lieferungen von Computern und Kommunikationssystemen nach Libyen angesprochen. Sein Hinweis: Obwohl es sich nicht um militärisches Gerät handele, könnte es für militärische Zwecke benutzt werden. Whitehead betonte, Bonn solle mit diesem Hinweis jedoch „nicht unter Druck" gesetzt werden.

Die Kontrolle über die Fachleute aus der Bundesrepublik Deutschland habe der libysche Geheimdienst Deutschen aus der „DDR" übertragen, verlautete aus Tripolis. Die Behörden der Bundesrepublik hatten es abgelehnt, den geheimen Nachrichtendienst und die Leibgarde von Staatschef Khadhafi zu organisieren. Daraufhin erhielt der „DDR"-Staatssicherheitsdienst den Auftrag.

Neue Heimat auf Konfrontationskurs

Konzern verweigert Regierung Offenlegung des Vermögens / Bonn besteht auf Prüfung

ARNULF GOSCH, Bonn

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Geschäftsführung des angeschlagenen Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat sind nicht mehr bereit, die Vermögensverhältnisse im Gesamtkonzern offenzulegen. Zu dieser Feststellung gelangt Bundesbauminister Oscar Schneider in einem gestern der WELT bekannt gewordenen Fernschreiben an die Bauminister der Länder.

Darin teilt Schneider weiter mit, daß ihm Neue Heimat-Chef Diether Hoffmann und der Vorstandsvorsitzende der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft, Alfons Lappas, bei einem Gespräch am 20. März in Bonn erklärt hatten, entgegen ihrer Zusage vom 5. Februar nicht mehr bereit zu sein, die „Treuarbeit AG" in Frankfurt zu beauftragen, ein Gutachten zu erstellen.

Bei dem Spitzengespräch zwischen Bund, Ländern, Neue Heimat und DGB war vereinbart worden, ein Gutachten über die Bewertung des Vermögens der Neuen Heimat, den Gesamtbestand der Verbindlichkeiten, die Struktur der Verbindlichkeiten und Leistungsverflechtungen sowie über haftungsrechtliche Verflechtung innerhalb des Gesamtkonzerns in Auftrag zu geben.

Statt dessen haben Hoffmann und Lappas zugesagt, Schneider und den Länderbauministern eine „interne Ausarbeitung" der Neuen Heimat zu dem Prüfungsbegehren der Bauminister zukommen zu lassen. Wie Schneider hierzu betont, hält er auch weiterhin eine Begutachtung der Unternehmenslage der gemeinnützigen „Neue Heimat Wohnungsbau" durch eine neutrale Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für unabdingbar.

Nach dem Protokoll über die Besprechung vom 5. Februar sollte das Gespräch zwischen den Bauministern und dem DGB sowie der Neuen Heimat erst nach Vorliegen des Gutachtens der Treuarbeit und eines Sanierungskonzeptes fortgesetzt werden. Schneider bittet daher um Mitteilung, ob die Länderbauminister auch ohne Erfüllung der vereinbarten Gesprächsbedingungen bereit seien, das Gespräch mit dem DGB und der Neuen Heimat vom 5. Februar fortzuführen.

Über den Meinungsaustausch zwischen Schneider, Hoffmann und Lappas vom 20. März hatte das Ministerium bisher strengstes Stillschweigen angeordnet. Der Sprecher des Ministeriums war seinerzeit lediglich bereit, den Termin der Begegnung zu bestätigen (die WELT berichtete). Bei diesem Meinungsaustausch sollte Hoffmann ursprünglich einen Zwischenbericht über die Auswahl der Prüfungsobjekte für die Treuarbeit erstatten. Die Begegnung war bereits Mitte Februar anberaumt worden.

Unterdessen fand gestern in Neuss eine Sitzung des NH-Aufsichtsrates statt. Beschlüsse zur Sanierung des Baukonzerns wurden nicht gefaßt, hieß es. Etwa 100 Neue Heimat-Mitarbeiter demonstrierten vor dem Tagungshotel. Auf einem Transparent taten sie kund: „Unsere Leichen leben noch."

DRK baut Erdbeben-Opfern ein Haus

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Von unseren Sachen wurde nichts verhökert – ich übernehme die Garantie dafür, daß unsere eingesetzten Mittel wirklich bei den Opfern der Naturkatastrophen von Mexiko und Kolumbien angekommen sind". Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, zerstreute die Bedenken zu den vom DRK finanzierten Wiederaufbaumaßnahmen nach dem Erdbeben in Mexiko und dem Ausbruch des kolumbianischen Vulkans Nevado del Ruiz.

Der DRK-Präsident, der jetzt von einer Informationsreise aus den beiden lateinamerikanischen Ländern zurückkehrte, bezifferte die in der Bundesrepublik 1985 gespendeten Gelder auf elf Millionen (Kolumbien) und neun Millionen Mark (Mexiko). Daß noch nicht alles ausgegeben werden konnte, liege in Kolumbien am schwierigen Grundstückserwerb für den Häuserbau, den das DRK finanziert. In dem „legalistischen Land" Kolumbien, so der DRK-Präsident, brauche man zur Bodenbeschaffung viel Zeit, während in Mexiko für den gleichen Zweck einfach enteignet werde. Da die Wiederaufbauhilfe für Mexiko vor allem von den USA gestützt würde – allein in Los Angeles wurden neun Millionen Dollar für Mexiko gesammelt – konzentrierte sich das DRK hier zunächst auf die Lieferung von Verbandsmaterial. Bei den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes sei aber sogar die gesamte Hilfe des Internationalen Roten Kreuzes wegen der verheerenden Folgen der Erdbebenkatastrophe nur ein „relativ bescheidenes Mittel" zur Linderung der Not.

Nachdem das DRK bereits in neun Ortschaften der mexikanischen Pazifik-Region Guerrero Baumaterial für die Erdbebenopfer verteilt hatte, wird das Programm jetzt ausgeweitet: Dörfer, die nur zu Fuß oder mit dem Pferd erreicht werden können, sollen jetzt auch in die Bauhilfe einbezogen werden. Für 170 arbeitslos gewordene Textilarbeiter wird mit DRK-Hilfe eine Textilgenossenschaft gegründet – wenn die deutsche Botschaft eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeit abgeschlossen hat.

Das Deutsche Rote Kreuz verschenkt im Wohnungsbauprogramm des Mexico-City-Stadtteils Tepito keine Gelder, sondern unterstützt vor allem Selbsthilfe. Die Hilfsorganisation will ein Waisenhaus bauen und hat Beiträge für ein Prothesenprogramm geleistet.

Erschüttert zeigte sich der DRK-Präsident anläßlich der Vorstellung der Hilfsprogramme in Bonn vom Zustand im Gebiet um die durch den kolumbianischen Vulkanausbruch zerstörte Stadt Armero. Dort sei inzwischen die Suche nach den tausenden noch unter Schlamm-Massen vermißten Opfern der Katastrophe aufgegeben worden. Die Dankbarkeit über jede Hilfe und Solidarität, die er überall gespürt habe, sei in dieser Region besonders ausgeprägt.

Aquino löst das Parlament auf

DW. Manila

Die philippinische Präsidentin Corazon Aquino hat gestern die Nationalversammlung des Landes aufgelöst und eine Not-Verfassung in Kraft gesetzt. Das als „Freiheits-Verfassung" bezeichnete Grundgesetz soll so lange gelten, bis ein neues durch eine Volksabstimmung genehmigt worden ist. Das neue Grundgesetz verleiht der neuen Staatschefin eine Reihe von Sondervollmachten, die ihr in den kommenden Monaten tiefgreifende Reformen ermöglichen sollen.

Raketenanschläge erschüttern Tokio

DW. Tokio

Der japanische Kaiserpalast und die amerikanische Botschaft in Tokio waren gestern das Ziel von Raketenanschlägen. Menschen wurden durch die Anschläge nicht verletzt, die Sachschäden blieben gering. Die Polizei vermutete, die Täter könnten in Kreisen linskradikaler Gruppen zu suchen sein, die auf diese Weise gegen den Anfang Mai in Tokio geplanten Weltwirtschaftsgipfel und das 60jährige Regentschaftsjubiläum von Kaiser Hirohito Ende April protestieren wollen.

SPD demonstriert in Wackersdorf

lz. München

Trotz Bedenken aus den eigenen Reihen bekräftigte der bayerische SPD-Landesvorstand auf einer außerordentlichen Sitzung seinen Aufruf, an der Osterdemonstration gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf teilzunehmen. Die Warnungen des Münchener Innenministeriums vor gewalttätigen Ausschreitungen werden als Diffamierung „von Tausenden von friedlichen Demonstranten" bezeichnet.

Seite 12: Bayerische SPD

Friedensgruppe mahnt die SED

DW. Weimar

In einem offenen Brief an die SED-Führung hat die Weimarer Friedensbewegung die Veröffentlichung des „Appells zum UNO-Jahr des Friedens" vorgeschlagen. Der bisher nur in westlichen Medien veröffentlichte Aufruf fordert Reisefreiheit, Mitbestimmung und die Einhaltung der Menschenrechte in der „DDR". Die Unterzeichner verlangen, „allen Bürgern der „DDR" die Möglichkeit zu geben, sich mit dem Appell auseinandersetzen zu können".

Sieben Oscars für ‚Jenseits von Afrika'

DW. Los Angeles

Der Hollywood-Film „Jenseits von Afrika" hat gestern von der US-Filmakademie in Los Angeles sieben Oscars erhalten, darunter den am meisten begehrtesten Preis für den besten Film des Jahres 1985. Der österreichische Schauspieler Klaus Maria Brandauer, der in dem Film eine Nebenrolle spielt, ging leer aus. Als bester Schauspieler („Der Kuß der Spinnenfrau") wurde William Hurt ausgezeichnet.

Seite 23: Keine Chance

WELT-Report Versicherungen

DW. Bonn

Das Image der Versicherer in der Bundesrepublik Deutschland ist besser als bisher angenommen. Umfragen haben bewiesen, daß Kunden mit „ihrer" Versicherung durchaus zufrieden sind. Gibt es also keine Probleme? Oder wissen viele Bürger einfach kaum etwas über die Arbeitsweise und die Möglichkeiten von Versicherungen? Darüber will der 54 Seiten umfassende WELT-Report Versicherungen, der dieser Ausgabe beiliegt, Auskunft geben.

USA belegen Entwicklung des „sowjetischen SDI"

Erstmals sowjetisches SS-20-Trägerfahrzeug als Foto

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Das amerikanische Verteidigungsministerium hat jetzt detailliert die sowjetischen Entwicklungen zur militärischen Nutzung des Weltraums dargestellt. In dem Jahresbericht über die Streitkräfte der UdSSR und deren Rüstung wird der Nachweis erbracht, daß seit mehr als zwanzig Jahren das strategische Denken der Sowjets von dem Willen beherrscht wird, das eigene Land für jede denkbare Art von Angriff unverwundbar zu machen.

So forderte bereits 1962 Marschall Sokolowski: „Wir müssen ein unüberwindbares Verteidigungssystem für das ganze Land schaffen. Während es im letzten Krieg genügte, 15 bis 20 Prozent der Angriffs-Luftstreitkräfte zu zerstören, ist es heute nötig, 100 Prozent Vernichtung für alle angreifenden Flugzeuge und Raketen zu garantieren."

Bei der Darstellung der sowjetischen Forschungsprogramme für eine Art „rotes SDI" wird vom Pentagon unter anderem erläutert, die USA müßten jährlich rund eine Milliarde Dollar aufwenden, wenn sie entsprechend umfangreich wie die Sowjets die militärische Laseranwendung untersuchen wollten. Als einmalig in der Welt wird ein in der Sowjetunion entwickelter Energieerzeuger für Laserwaffen bezeichnet, der auf der Basis eines raketengetriebenen magnetisch-hydrodynamischen Generators mehr als 15 Megawatt elektrischer Energie erzeugt.

Das bisher umfangreichste Heft mit dem Titel „Sowjetische Militärmacht" enthält darüber hinaus erstmals nicht nur Zeichnungen, sondern auch Fotos der Trägerfahrzeuge für die Mittelstreckenrakete SS-20.

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger schreibt in der Einführung des Jahresberichtes, es sprechen keine Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion in Zukunft den Ausbau der Rüstung und ihrer Streitkräfte verlangsamen werde. Vielmehr zeigen die Anstrengungen bei Forschungen und Entwicklungen, daß die sowjetische Militärmacht im Wachsen begriffen sei.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gläsernes Vorurteil

Von Eberhard Nitschke

So ein paar Tausender wollte man schon gerne im Rahmen eines Werbe-Etats spendieren, als die Volkszählung in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) noch auf den 27. April 1983 festgelegt war. Doch was das Statistische Bundesamt in Wiesbaden jetzt, nachdem sich alle Parteien mit Ausnahme der Grünen in Bonn im Sommer vorigen Jahres auf den 20. Mai 1987 als Termin der Zählung geeinigt haben, als Werbeausgabe im Hinblick auf den großen Tag nannte, sind sechzehn Millionen Mark.

Die Missionare, die, gestützt auf diese Summe, jetzt in das üppig ins Kraut geschossene Unterholz des Vorurteils eindringen sollen, sind nicht zu beneiden. Denn vor ihnen waren schon jene Gurus dort, die mit dem Schlagwort der kommenden „Volksaushorchung" jeden, der bereit war, nicht länger nachzudenken, in ihre Zirkel der Staatsverneinung zogen. Das Ergebnis lieferte die Meinungsumfrage, das die Wiesbadener als Auftraggeber soeben vorgestellt haben. Danach wird die Notwendigkeit der Volkszählung von den Bürgern ganz überwiegend anerkannt, um die zwölf Prozent der Bevölkerung aber neige dazu, die „Mitwirkung zu verweigern".

Nimmt man die Worte von Manfred Güllner vom beauftragten Meinungsforschungsinstitut zur Basis, daß vor allem die „Angst groß ist, daß persönliche Daten, die der Staat mit der Zählung erfährt, nicht ausreichend geschützt sind", dann ist das auch die Meinung, die Güllner, 1985 noch Leiter des Kölner Statistischen Amtes, damals in dieser Eigenschaft äußerte.

Das Statistische Bundesamt könnte die bewilligten sechzehn Millionen Mark hervorragend anlegen, wenn es die Wahrheit über diesen derart verdächtigten Staat unter die Leute brächte. Als in Rheinland-Pfalz, lange vor dem Wein-Skandal, der Zuckerverbrauch pro Kopf der Bevölkerung dramatisch anstieg, war dem auch solche Bewegungen erfassenden Statistischen Bundesamt klar, daß so viel Kuchen nicht gebacken werden konnte und sich eine „Spätlese"-Welle anbahnte. Als die Staatsanwälte später an das Zahlenmaterial wollten, wurde es ihnen verweigert. Der Weg zum „gläsernen Menschen" ist bei uns noch nicht gebaut.

Volcker wird gebraucht

Von Horst-Alexander Siebert

Seit es sie gibt, sind die Notenbanken von einem Schleier des Geheimnisses umhüllt. Das ist auch richtig so; denn die Geldmaschinen müssen möglichst geräuschlos laufen, wenn die Effektivität der monetären Politik nicht in Frage gestellt werden soll. Um so beängstigender ist das Gerangel um den Vorsitzenden des Federal Reserve Board, Paul A. Volcker.

Seit dem 24. Februar, als Volcker in der Abstimmung über die jüngste Diskontsenkung unterlag, wird man das Gefühl nicht los, daß der Mann, dem Amerika die Rückeroberung der relativen Preisstabilität zu verdanken hat, in langen kritischen Zeitungsartikeln regelrecht mürbe gemacht werden soll. Nach fast sechs Jahren im Amt, so scheint es, will man ihn nicht mehr, weil er nicht bereit ist, die Geldschleusen über das vertretbare Maß hinaus zu öffnen.

Spätestens seit Preston Martin, die Nummer zwei im „Fed", die Konsequenzen aus der Kabale gezogen und seinen Auszug aus dem illustren Gouverneursrat für Ende April angekündigt hat, hätte das Thema beerdigt sein müssen. Immerhin ist der obskure Beschluß, dem Vernehmen nach von Martin orchestriert, noch vor der Veröffentlichung revidiert worden, so daß Volcker und die Vernunft schließlich doch siegten.

Aber in immer neuen Varianten unterhöhlt die Ostküstenpresse Volckers Position, indem sie seine Mehrheitsfähigkeit im Board in Zweifel zieht und darüber spekuliert, daß Martins Nachfolger ebenfalls den Fuß von der Kreditbremse nehmen würde, ein ständiger Schlagabtausch also programmiert sei.

Am Werk sind die ökonomischen Freibeuter, die nichts dazugelernt haben und neben der expansiven Fiskalpolitik eine stärkere Ausweitung der Geldmenge wünschen, um die US-Wirtschaft mit Macht nach vorn zu stoßen. Trotz sinkender Ölpreise kann das nicht gutgehen, zumal da die Dollar-Abwertung die Teuerung später beschleunigen wird.

Volcker wird noch gebraucht – auch deswegen, weil 3,8 Prozent immer noch viel Inflation sind. Man kann sich gar nicht ausmalen, was an den Märkten passierte, würfe er das Handtuch. Präsident Reagan hat sich schon mehrfach hinter Volcker gestellt. Sein Wort ist jetzt nötiger denn je.

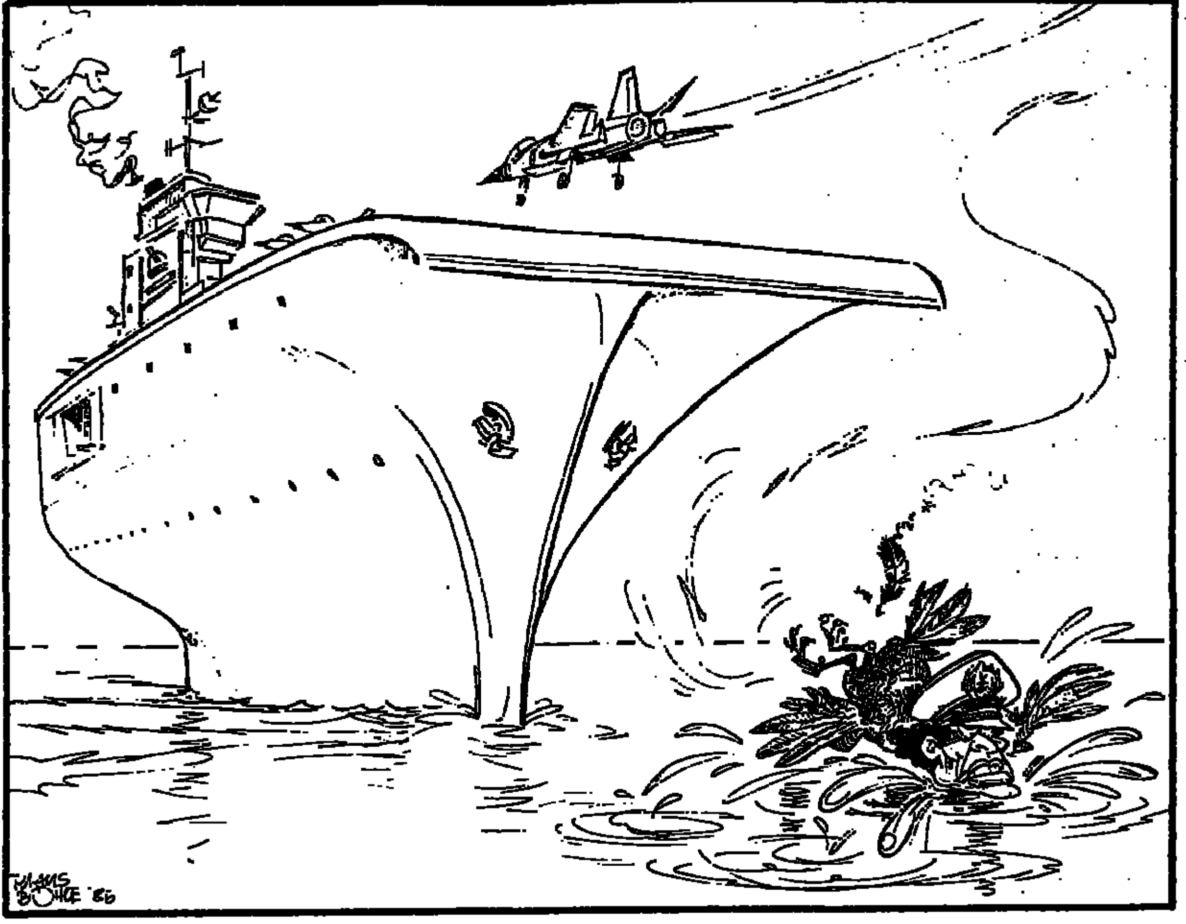
Stillstand in Prag

Von Astaf Domberg

Zwar hat Partei- und Staatschef Gustav Husak am Vorabend des 17. Kongresses der tschechoslowakischen KP erklärt, die Prager Führung „fürchte sich nicht vor Reformen". Wer aber von einer solchen Äußerung eine grundlegende Änderung der Politik oder auch der Wirtschaft der CSSR erwartet, dürfte rasch ernüchtert werden. Denn Prag, wo der Begriff „Reformen" immer noch mit dem kurzlebigen Frühling der Ära Dubcek 1968 assoziiert wird, hat offenkundig nicht die Absicht, den Weg Ungarns oder der „DDR" zu beschreiten. Und ob die Genossen an der Moldau auch nur willens und fähig sind, auf den Spuren des sowjetischen Meisters Gorbatschow zu wandeln, bleibt ebenso zweifelhaft.

Von Marktmechanismen ist dort nicht die Rede. Statt dessen spricht man neuerdings von Effizienz, Arbeitsdisziplin, vom Kampf gegen die Korruption und ähnlichem. Das mag auf den ersten Blick an das sowjetische Vorbild erinnern. Doch der Schein trügt. Denn unter Husak ist im Gegensatz zu Gorbatschow in Moskau keineswegs beabsichtigt, die Parteikader durcheinanderzuwirbeln und Hunderte oder Tausende von Posten mit neuen Leuten zu besetzen. Im Gegenteil: Ganz so, als setze sich in Prag die Ära Breschnew posthum fort, erhalten die Funktionäre von Husak eine Art Existenzgarantie.

Die tschechoslowakische KP, in der Dogmatiker wie Vasil Bilak mit eher technokratischen Exponenten wie Ministerpräsident Strougal koexistieren, muß also das Kunststück fertigbringen, die neue, von Gorbatschow proklamierte Effizienz mit den alten Leuten zu verwirklichen. Wie das in einem Lande funktionieren soll, das vor der kommunistischen Machtergreifung zu den führenden Industriestaaten Europas gehörte, inzwischen aber die moderne Elektronik und Technologie um zehn bis fünfzehn Jahre verschlafen hat, bleibt ein Rätsel. Was der heutigen CSSR-Führungsgruppe allerdings zugute kommt, ist der politische Erfolg ihrer Repressionspolitik. In den Augen der Sowjetunion ist die Tschechoslowakei ein Musterstaat, weil sich hier politisch nichts zu rühren scheint. Moskau wünscht, eingedenk der achtundsechziger Erfahrungen, lieber eine stagnierende als eine rebellierende Tschechoslowakei.



KLAUS BÖHLE

Lehre für Khadhafi

Von Peter M. Ranke

Die Amerikaner sind als Weltmacht vor allem auch eine Seemacht. Wer dies vergessen haben sollte wie der Libyer Khadhafi, der ist jetzt von der 6. Flotte im Mittelmeer daran erinnert worden. Schon einmal, 1804, hat eine amerikanische Flotte einen erpresserischen Seeräuberscheich in Tripolis zur Raison gezwungen. Keine Seemacht, keine Seefahrt treibende Nation kann sich vorschreiben lassen, daß Hoheitsgewässer bis über zweihundert Kilometer in die offene See reichen sollen, bis zu einer imaginären „Todesgrenze", wie Khadhafi drohend verkündete. Die Amerikaner haben in der Syrte demonstriert, daß sie diese „Todesgrenze" nicht beachten.

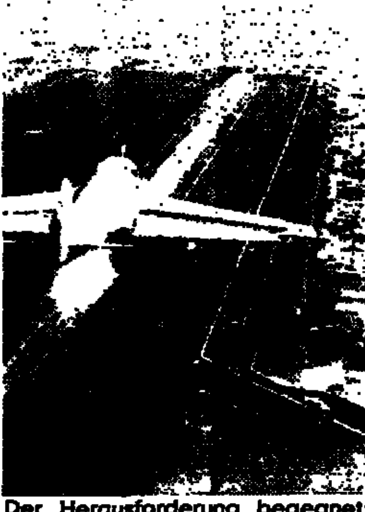
Wahrscheinlich ist das Vorgehen Khadhafis mit Moskau abgestimmt. Nicht von ungefähr entsandten die Amerikaner ihr Schlachtschiff „Iowa" in die Ostsee und nach Kiel im gleichen Monat Oktober 1985, in dem Khadhafi in Moskau weilte. Dem Kreml sollte schon damals bedeutet werden, daß die Ostsee wie das Schwarze Meer ein offenes Meer und für jeden zugänglich ist. Eine Ausdehnung der Hoheitsgewässer auf zwölf Meilen, wie es die Sowjets für sich und andere verlangen, würde die freie Schiffahrt behindern – und sie ist ein Teil des Völkerrechts.

Der nächste Fingerzeig der USA erfolgte vor zwei Wochen im Schwarzen Meer. Der Lenkwaffenkreuzer „Yorktown" und der Zerstörer „Carol" näherten sich bis auf sechs Seemeilen der Krimküste, um elektronisch aufzuklären. Die Sowjets schimpften zwar: Provokation. Aber sie verstanden den Wink. Wer selbst heimlich unter Wasser in schwedischen Küstengewässern kreuzt, kann anderen „Kreuzern" nur drohen. Schließlich unterhalten die Sowjets selbst eine große Kriegsflotte, die auf freie Schiffahrt und unbegrenzten Manöverraum auf den Weltmeeren pocht. Auch bei der Durchfahrt durch den Bosporus halten sich die sowjetischen Kommandanten sehr genau an die internationalen Abmachungen.

Khadhafi beachtet die Spielregeln gesitteter Staatsmänner nicht. Er ließ Raketen feuern, als die Amerikaner in der Syrte seine „Todesgrenze" überschritten oder überflogen. Die Bevölkerung ließ er über den Rundfunk zum Mord an den Amerikanern in Libyen und zur Jagd auf alle Amerikaner in Nahost aufrufen. Libyen werde den Amerikanern eine Lektion schlimmer als in Vietnam erteilen. Warum? Washington betont: Wir haben Libyen nicht den Krieg erklärt. Die 6. Flotte hat sich gewehrt, als sie angegriffen wurde, wie damals im August 1981, als zwei libysche Jäger den Amerikanern zu nahe kamen.

Möglicherweise hat Khadhafi spekuliert, Präsident Reagan seien nach der Nicaragua-Abstimmung die Hände gebunden, und die 6. Flotte mit ihren drei Flugzeugträgern mache zwar viel Dampf, sei aber politisch handlungsunfähig. Khadhafi hat aber die Lage und seine Stellung falsch eingeschätzt, was freilich zu den Grundfehlern arabischer Politiker gehört.

Die libyschen Rundfunk-Appelle beweisen, daß Khadhafi mit sowjetischer und arabischer Hilfe rechnet. Bis auf Worte bleibt sie bisher aus. Er hat sich so getäuscht wie sein verehrtes Vorbild Gamal Abdel Nasser im Sechstagekrieg von 1967, als der Ägypter Israel zerschmettern wollte und schon nach einem Tag keine Luftwaffe mehr hatte und um Hilfe rief. Sie blieb aus. Seit 1981 haben im Mittelmeer vor Libyen achtzehn Flotten- und Luftmanöver der Amerikaner und der NATO stattgefunden, doch diesmal ließ Khadhafi es darauf ankommen. Dabei hat der Libyer nichts weiter einzusetzen als Waffen, die seine Soldaten noch nicht beherrschen und die dem modernsten amerikanischen Material unterlegen sind.



Der Herausforderung begegnet: US-Flugzeugträger vor Libyen
FOTO: AP

Einzelne amerikanische Stimmen in den Ostküstenmedien raten Präsident Reagan zur „Besonnenheit", so, als hinge es allein von ihm ab, was sich in der Syrte noch entwickelt. Aber Reagan hatte gar keine Wahl, als den Anspruch auf freie Schiffahrt im offenen Meer durch Einlaufen in dieses Gebiet zu demonstrieren, sonst hätte er Khadhafis Anspruch praktisch anerkannt – und der Libyer, dem es nicht so sehr auf das Wasser der Syrte als auf Demütigung des Westens ankommt, hätte seine nächste Todesgrenze woanders gezogen.

So gab er Washington Gelegenheit, nicht nur den Arabern wieder einmal zu demonstrieren, wie nachdrücklich Amerika zu antworten vermag. Auch die Sowjets können dieser Vorführung manche Lektion entnehmen. Präsident Reagan ist ein erfahrener Krisenmanager und weiß genau, wie weit er gehen kann, wie etwa in Grenada oder beim Abfangen der Terroristen-Maschine vor Kreta im Oktober. Aber er weiß auch sehr genau, wo er nicht zögern darf.

Die Amerikaner haben den Schußwechsel nicht gesucht, aber sie haben keinen Grund, zu bedauern, daß sie der Welt die Ohnmacht Khadhafis vorführen können. Die Manöver in der Syrte werden fortgesetzt. Libyen wird nicht angegriffen, aber die 6. Flotte schlägt gegen libysche Angriffe zurück. Washington will und kann vorläufig den als Terrorchef verhaßten Khadhafi nicht stürzen. Das wäre Sache der Libyer. Aber auch das Vorbild Nasser gibt wieder ein Beispiel her: Die demütigende Niederlage von 1967 überstand der „Held der Araber" politisch und persönlich nicht. Er starb drei Jahre später in jungen Jahren. Sein Schicksal mag Khadhafi zum Nachdenken anregen, falls Khadhafi überhaupt zum Nachdenken fähig ist.

IM GESPRÄCH Georgi Atanasow

Ein Fuchs schützt den Bau

Von Carl Gustaf Ströhm

Mit der Ernennung des zweiundfünfzigjährigen Georgi Atanasow zum bulgarischen Ministerpräsidenten hat der alte Fuchs Todor Schiwkow, dessen politisches Ende immer wieder gerüchteweise angesagt wurde, einen neuen Beweis seiner Geschicklichkeit geliefert. Schiwkow hat gleichzeitig sechs Ministerien, wie etwa für Maschinenbau und Chemie, schließen lassen und neue, konzentrierte Ressorts geschaffen. Der bisherige Regierungschef Grischa Filippow, von dem es hieß, er spreche zwar glänzend Russisch, kenne sich aber in der Wirtschaft nicht aus, wurde mit einem Posten als ZK-Sekretär abgefunden.



Schiwkows neuer Mann: Atanasow
FOTO: AP

Sein Nachfolger Atanasow überrascht zunächst durch die Tatsache, daß ihm jede praktische Erfahrung in volkswirtschaftlichen Fragen zu fehlen scheint – sieht man davon ab, daß er 1980 und 1981 einige Monate lang stellvertretender Vorsitzender der staatlichen Plankommission war. Ansonsten machte Atanasow seine Karriere im kommunistischen Jugendverband. Er ist graduierter Historiker. Auch in der Leitung von Regierungsämtern ist seine Erfahrung eher begrenzt. Über besondere Verbindungen zur Sowjetunion ist bei ihm, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, bis jetzt nichts bekannt.

Es heißt, Atanasow habe das Amt erstens deshalb erhalten, weil die KP seine organisatorischen Fähigkeiten zu schätzen wisse, und zweitens, weil Schiwkow hier einen Mann präsentieren konnte, der zwar zur gleichen Generation wie Gorbatschow gehört, dennoch aber nicht den Ehrgeiz besitzt, den Generationenschub an der Spitze der bulgarischen Partei ähnlich wie in Moskau durchzupauken. Als Fachmann für Wirtschaftsprobleme wird ihm ohnedies Ognjan Dojnow, Vorsitzender des Wirtschaftsrats und stellvertretender Ministerpräsident, zur Seite stehen.

Das nahe Verhältnis zwischen Schiwkow und Atanasow erweist sich aus der Tatsache, daß der frischgebackene Regierungschef bereits vor seiner Ernennung an Schiwkows Seite und in dessen Auftrag personelle Veränderungen in der Parteiorganisation der Hauptstadt Sofia durchpaukte. Auch die jetzt durchgeführten Änderungen in Personal und Struktur der bulgarischen Regierung waren von langer Hand vorbereitet. Schon Anfang Januar hatte Schiwkow sich auf einem ZK-Plenum durchgesetzt. Dessen Beschlüsse wurden aber erst vor wenigen Tagen, am 18. März, veröffentlicht. Inzwischen reiste der Parteichef zum Moskauer Kongreß. Schiwkow wurde dort die Ehre zuteil, im Namen aller ausländischen Delegierten eine Dankadresse an Gorbatschow richten zu dürfen.

Haben die noch immer ungeklärten Moskauer Machtverhältnisse Schiwkow vor einem allzu heftigen Konflikt mit Gorbatschow gerettet? Oder will der neue Kreml-Chef lieber mit den alten Leuten Ruhe als mit neuen, unbekannten Gestalten Unruhe und Ungewißheit an den Grenzen des Imperiums haben? Die eigentlichen Entscheidungen in Sofia stehen immer noch bevor.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The New York Times

Zur Konfrontation mit Libyen heißt es hier:

Oberst Khadhafis „Linie des Todes" in der Großen Syrte ist nicht mehr eine leere Redensart. US-Kampfflugzeuge, die Ziele libyscher Raketen gewesen sein sollen, reagierten mit einem Angriff auf die Raketenstellung und versenkten mindestens ein libysches Patrouillenboot, wobei vermutlich alle Besatzungsmitglieder umkamen. Beide Seiten weichen in der Frage voneinander ab, ob Flugzeuge abgeschossen wurden, stimmen aber darin überein, daß Raketen abgefeuert worden sind. Das erweckt in starkem Maße den Eindruck, daß Libyens wankelmütiger Despot eine harte, augenblickliche und gerechte Vergeltung provoziert hat ... Beide Länder mögen gleichermaßen in einen Test von Willensstärke verwickelt sein, aber die Amerikaner sollten von ihrer Regierung ein Höchstmaß an Verantwortung erwarten.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Das Karlsruher Blatt meint zur Volkszählung:

CDU/CSU, SPD und FDP, die hinter der Erhebung stehen, sollten bei ihrem Anhang ohne Wenn und Aber für die Volkszählung werben. Von den Grünen wird man soviel Einsicht nicht erwarten können, obwohl sie ungeniert auch nach intimen Lebensgewohnheiten fragen, wenn sie es für notwendig erachten.

NÜRNBERGER ZEITUNG

Sie wundert sich über Benda:

Benda, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts, wird bei der Arbeit an seine Reputation als Jurist gedacht haben. Und da wäre es äußerst peinlich, wenn ihm seine Kollegen in Karlsruhe, sollte es denn zu einer Klage kommen, das Gutachten in der Luft zerrissen ... Daß er taktisch nicht ganz sauber vorgegangen ist, muß aber jetzt schon festgestellt werden. Die bruchstückhaften Vorabveröffentlichungen seines Gutachtens in der „Frankfurter Rundschau" gehören jedenfalls nicht zum guten Stil.

RHEINISCHE POST

Das Düsseldorfer Blatt kritisiert die Koalition in Sachen SDI:

Statt an einem Strang zu ziehen, versucht innerhalb der Koalition jeder jedem einen Strick zu drehen. Die SPD dankt für das Ablenkungsmanöver zu dem für sie peinlichen Thema Lafontaine. Ärger noch: Die in außen- und sicherheitspolitischen Fragen ziemlich zerstrittene SPD erhebt sich zum Wahrer deutscher Interessen und braucht dazu nur maßgebende Stimmen aus der Regierungskoalition disharmonisch auszuwählen. Fertig ist das garstige Lied vom rein militärischen SDI-Geheimvertrag nach Diktat der hochrüstungslüsternen USA.

LE FIGARO

Das Pariser Blatt befaßt sich mit den wachsenden Spannungen innerhalb der französischen KP:

Die neue Revolte der sogenannten „Erneuerer" bei den Kommunisten wird das gleiche Schicksal erleiden wie die vorherigen: Sie wird von der Parteiführung niedergeschlagen, die den Apparat, und bald nur noch ihn, fest im Griff hat. Schon seit Jahren siegt sie nur noch über die eigenen Anhänger und Wähler ...

Ein vergessenes „s" läßt eine Mordverdächtige entkommen

Die Affäre Glenholmes ist ein schwerer Rückschlag für den Kampf gegen den Terror / Von Reiner Gatermann

Mitte November 1985 unterzeichneten Großbritannien und die Republik Irland ein Abkommen, mit dessen Hilfe die Terroristenbekämpfung in Nordirland erheblich verbessert werden sollte, und vor kurzem trat Dublin nach mehrjährigem Zögern auch der europäischen Antiterrorismus-Konvention bei, die die Unterzeichnerstaaten verpflichtet, in ihren Ländern festgenommene Attentäter auszuliefern. Aber als jetzt das erste Exempel statuiert werden sollte, scheiterte es an der unglaublichen Fahrlässigkeit der britischen Staatsanwaltschaft und wurde zu einem politischen Fiasko.

Seit Sonntag jagt die irische Garda (Polizei) wieder die siebenundzwanzigjährige Evelyn Glenholmes, die von Scotland Yard „am intensivsten gesuchte Frau". Ihr wird vorgeworfen, an vielen in England verübten Attentaten beteiligt gewesen zu sein, darunter an mehreren Morden. Noch am Samstag befand sie sich in den Händen der irischen Justiz. Als in Dublin jedoch über ihre Auslieferung nach London entschieden werden sollte, stellte der Richter einen „technischen Fehler" in dem britischen Beweismaterial fest und setzte sie auf freien Fuß. Auch die telefonische Ankündigung aus London, es sei ein weiterer Auslieferungsantrag unterwegs wegen neun weiteren Attentaten, darunter einigen Morden, hielt ihn nicht ab.

Die Kritik konzentriert sich auf die britische Anklagebehörde. Nur ein paar konservative Abgeordnete werfen dem Dubliner Gericht vor, voreilig die Freilassung verfügt zu haben, und Londons Innenminister Douglas Hurd meinte im Unterhaus: „Es wäre dem Gericht möglich gewesen, einen anderen Standpunkt einzunehmen." Die entscheidenden Fehler sind jedoch in London gemacht worden.

Bereits am 31. Oktober 1984 hatten die Briten in Dublin um die Festnahme Evelyn Glenholmes' und um deren Auslieferung gebeten. Die Anträge kamen mit der Bitte um „technische Veränderungen" zurück, unter anderem war bei dem Nachnamen das „s" vergessen worden. Am 6. November lag das Material wieder in Dublin vor, aber als die Gesuchte am 12. März festgenommen und am Samstag vor Gericht gestellt wurde, fand der Richter, daß die polizeilichen Aussagen der Briten zwar beim ersten Antrag eidlich bestätigt wurden, jedoch nicht beim zweiten, der dieser Sitzung zugrunde lag. Das sei ein so gravierender Verfahrensfehler, daß er die Freilassung anordnen müsse.

Evelyn Glenholmes wurde von zahlreichen IRA-Anhängern, darunter der nordirische Sinn-Fein-Präsident und Parlamentsabgeordnete Gerry Adams, jubelnd empfangen. „Dies ist unser größter Propagandaerfolg seit Jahren und ein enormer Sieg über das Establishment in London und Dublin", verkündete triumphierend ein IRA-Sprecher. Der nordirische Unionisten-Führer Ian Paisley, ein Gegner des anglo-irischen Abkommens, kann ebenfalls triumphieren: „So ist das mit dem Abkommen, das eine bessere Zusammenarbeit zwischen der Polizei sowie den Gerichten bringen sollte." Schadenfreude auch in der Dubliner Opposition, deren Führer Charles Haughey gegen die neuen Auslieferungsbestimmungen ist.

Bis zur Unterzeichnung der Europa-Konvention lehnte Irland die Übergabe politischer Attentäter, und dazu zählte es die IRA-Killer, ab. Der Nordirland-Minister im Labour-Schattenkabinett, Peter Archer, bedauert die irische Regierung: „Erst streckt sie ihr Kinn sehr weit heraus, um mit Großbritannien zusammenarbeiten zu können, und dann bekommt sie ohne eigenes Verschulden ein Ei aufs Auge gedrückt."

In Whitehall, Westminster und Scotland Yard rauft man sich die Haare über die Leichtfertigkeit, mit der die Anklagebehörde, das Department of Public Prosecutions (DPP), diesen delikaten Fall behandelt hat. Sie hätte eigentlich bereits im Dezember aufwachen müssen, als ein Gericht in Dublin wegen Formfehlers die Auslieferung des gesuchten Terroristen Brendan Burns ablehnte. Erst jetzt ordnete die Regierung eine Überprüfung sämtlicher Auslieferungsanträge an, nach inoffiziellen Angaben soll es sich um etwa neunzig handeln. Die Iren haben inzwischen London angeboten, das DPP über ihr Rechtswesen zu informieren, damit – so ein Abgeordneter in Dublin – „es nicht weiter glaubt, wir setzten ungeprüft nur ein O. K. hinter dessen Wünsche".

Bezeichnend für die Leichtfertigkeit der britischen Anklagebehörde ist, daß sie die Auslieferung Evelyn Glenholmes' unter anderem damit begründet, daß sie auch zum Bombenanschlag auf das Kongreßhotel der Konservativen in Brighton im Herbst 1984 vernommen werden soll. Laut irischem Gesetz dürfen nach einer Auslieferung nur im Antrag aufgeführte Anklagen behandelt werden. Frau Glenholmes ist wegen Brighton aber noch nicht angeklagt. Whitehall ist lächerlich gemacht worden. Es wird Mühe haben, sein Ansehen wiederherzustellen, und darüber werden manche Menschenleben verlorengehen.



Mehr Arbeit und ein neuer Star gegen das Stimmungstief

In einem Gespräch mit der WELT kündigt BMW-Chef Eberhard von Kuenheim für April und Juni Sonderschichten an. Ein Signal gegen die zunehmende Kritik und die Grabgesänge der letzten Wochen.

Von HEINZ HORRMANN

Entgegen allen Unkenrufen, sagt der BMW-Chef, sind mit dem bisherigen Produktionsablauf die geforderten Stückzahlen an Fahrzeugen *nicht mehr zu schaffen.* In einigen Teilbereichen der Fertigung wird zukünftig sogar in drei Schichten produziert, Nachtarbeit, wo es nötig ist. Erinnerungen an erfolgreiche Aufbauzeiten. Spürbare Erleichterung im Fertigungsgedränge des Münchener Unternehmens gibt es erst, wenn das Werk Regensburg eingerichtet ist. Im November wird die Einweihung gefeiert.

*Mit der Ankündigung von Sonder*schichten und der nachdrücklichen Beteuerung von Zufriedenheit mit Verkauf, Ertragssituation und dem Betriebsklima auf der Chef-Etage erschöpft sich freilich von Kuenheims Offensive nicht. Für den Herbst wird die neue 7er-Serie angekündigt, neben der Mercedes-S-Klasse eine der beiden deutschen Spitzen- und Repräsentations-Reihen. Wenn er auf die Klasse dieser neuen Autos angesprochen wird, löst sich bei dem *58jährigen Top-Manager* die *angeborene* ostpreußische Zurückhaltung. Mit einem Anflug von Euphorie stellt von Kuenheim fest: „Für eine ganze Weile wird dieses Automobil ohne jede Konkurrenz auf dem Weltmarkt sein, das Maß aller Dinge, sozusagen."

Die Frage, ob sich diese Baureihe auch wieder an der Stuttgarter Konkurrenz orientiere, läßt die Hochstimmung spürbar absacken: „Bei aller wirklich bewundernden Wertschätzung unseres Mitbewerbers in Stuttgart, der über Jahrzehnte Tolles geleistet hat, möchte ich doch sagen, daß es sich Gott sei Dank um völlig neuartige und dennoch BMW-typische Spitzenprodukte handelt." Was er damit meint, aber noch nicht sagt, sind vor allem die edlen Triebwerke. Der einzige 12-Zylinder-Motor aus deutscher Fertigung für den Weltmarkt, lange als Geheimnis gehütet, wird den Oberklassen-BMW antreiben.

Die zukünftige Vermarktung dieses Eliteproduktes, aber auch der anderen Typenreihen nimmt der Firmenchef selbst in die Hand. Vor gut einer Woche demissionierte der bisherige Vertriebsvorstand Eberhard von Koerber nach Ärger mit dem Chef. Koerber habe nicht mehr die Kuenheim-Linie mit langweiligen, hausbacken gestylten Modellen verantworten wollen, hieß es. „Alle Spekulationen über diese Trennung waren falsch. Es gab andere konkrete Gründe. Ich habe Herrn von Koerber mein Wort gegeben, darüber nicht zu sprechen. Daran möchte ich mich halten."

Nach dem Abgang von der Chefetagen-Bühne im 22. Stock des BMW-Hochhauses ließen Kritiker die Liste von anderen Vorstandsmitgliedern auf der Zunge zergehen, die den BMW-Chef im Krach verlassen hatten: Karl-Heinz Radermacher (Entwicklungschef bis 1983), Erich Haiber, Robert Lutz, heute Europa-Präsident von Ford, und Paul Hahnemann. Die Frage drängt sich auf: Mögen Sie keine kritischen Mitarbeiter, Herr von Kuenheim?

Der Mann, der seit 1971 BMW mit starker Hand regiert und in die Spitzengruppe europäischer Hersteller führte, läßt sich mit der Antwort Zeit, schlägt mit der flachen Hand auf die Tischplatte und antwortet kontrolliert und leise: „Die kritischen Mitarbeiter, die mag ich sehr – im engeren Kreis um so lieber –, wenn sie wirklich das, was sie kritisch bringen, auch intellektuell durchdacht haben. Das ist *Voraussetzung.* Mit einer einzigen Gegenfrage die kritische Argumentation zum Zusammenbruch zu bringen, das mag ich nicht. Ich blamiere mich *lieber vor fünf oder zehn* meiner Bereichsleiter, als vor 55 000 Mitarbeitern."

Neben den Personal-Problemen haben Kritiker dem Firmenlenker, der für die Modellpolitik verantwortlich ist, die zu späten Wechsel der Baureihen angekreidet und außerdem das späte Reagieren auf die Diesel-, Allrad- und Kombi-Welle. Nicht die erfolgreichen US-Geschäfte, sondern die schlaffen *Zahlen* in der Bundesrepublik *dienen* als Argumentation. *1984 hatte BMW* noch *6,7 Pro*zent Inlands-Marktanteile, im Januar *1986 waren es nur noch 5,2 Prozent.* „Wenn Sie das alles hören und lesen, haben Sie da eigentlich noch Freude daran, BMW zu lenken?" Die Antwort kommt ohne Denkpause: „Ich bin zwar nicht hier, um mir ständig Spaß zu machen. Aber bei der Aufgabe habe ich jeden Tag erneut Spaß."

Den läßt sich von Kuenheim augenscheinlich auch nicht durch das Wechselbad der Meinungen verderben. 1984 wurde er als der „Automanager des Jahres" gefeiert, der das beste Ergebnis in der Firmengeschichte erreichte. Ein Jahr später *stand* er *im Regen.*

Von Kuenheim gibt sich gelassen. „Ich *habe manches mit Erstaunen* und manches mit Amüsement gelesen, vor allem vor dem Hintergrund, daß 1985 fast alle Zahlen über dem Ergebnis des Jahres '84 lagen. Wir haben es allerdings nicht verstanden, draußen deutlich zu machen, daß wir die Situation, die sich durch die Dollar-Parität ergeben hat, als Aufgabenstellung genutzt haben. Daß man die Entscheidung, das wirtschaftlich Richtige zu tun, als einen Fehler sieht, hat uns wirklich überrascht", sagt von Kuenheim und relativiert die verlorenen Prozentpunkte im Inland. „Der deutsche Markt ist für uns sehr wichtig, der wichtigste überhaupt. *Trotzdem* macht *er* nur etwa ein Drittel des gesamten aus. Man darf ein Gesamturteil aber nicht *fällen*, wenn man zwei Drittel in der Betrachtung unter den Tisch *fallen* läßt."



Start zu einer neuen Offensive: BMW-Chef Eberhard von Kuenheim FOTO: ROBERT KROESCHEL

Von Kuenheim, im schlichten Manager-Grau mit Clubkrawatte, schreitet durch sein helles, freundliches Büro: weiche Sitzecke in dezentem, braunem Cordsamt, Strukturtapete und Gemälde von Werner Lichtner-Aix, Landschaften in frischen, klaren Farben. Vor einem gläsernen Stehpult verharrt er. Ein 3er-Modell von einem halben Meter Länge ist im Glasblock eingelassen. Ein Anstoß, über die kompakten Fahrzeuge der Bayerischen Motoren-Werke *nachzudenken.* Diese Autos liefen besonders *gut, resümiert von Kuenheim.* Zwei bis drei Jahre hintereinander seien sie nach dem Golf und dem Kadett die meistgefertigten Modelle in der Bundesrepublik.

Die direkten Nachkommen der sportlichen 2002-Generation, die das BMW-Image auf breite Basis setzten, liegen dem Vorstandsvorsitzenden besonders am Herzen. Erinnerungen werden wach an *die Entwicklung* nach dem Kriege. Von Kuenheims Rückblick im Zeitraffer: „Wir haben erst in den 60er Jahren in einer sehr kleinen Zelle die Aufholjagd begonnen. So etwas kostet eine Generation, 20, 25 Jahre. Wir haben heute zu den Mitbewerbern aufgeschlossen, aber wir sind natürlich immer noch kleiner als die ganz Großen. Das harte Tempo, das nötig war, um unser Ziel zu erreichen, *macht eine gewisse Phase* des Neubesinnens und des Luftholens *nötig."*

Also alles bestens, eine Bilanz voller Stolz, ohne Makel, eine Unternehmensführung ohne Fehl und Tadel? Sicherlich nicht. Ganz zweifellos wurden tatsächlich auch strategische Fehler gemacht. Die mag auch der BMW-Chef zwar nicht wegdiskutieren, er hat allerdings sofort ein „Aber" parat. So räumt er ein, daß der Diesel zu spät angeboten wurde. Die Erklärung *dafür:* „Wir *haben* uns lange schwergetan, uns mit dem Diesel zu befreunden, weil unsere Kunden sagten, dann werden wir euch *untreu.* Denn Diesel paßt nicht zu BMW. Sicherlich, der späte Einstieg war nicht glücklich, aber wir konnten nicht ahnen, daß unsere allmächtige Regierung einem technischen Produkt, an dem nichts geändert worden ist, eine Steuerpräferenz gewähren würde."

Zu spät präsentierte BMW, früher Vorreiter wegweisender Technologien, auch den Allradantrieb. Die Idee, so von Kuenheim, die nach dem Vorbild des Bundeswehrfahrzeugs „Iltis" bei *Audi* umgesetzt worden war, sei gut. Man habe in seinem Un*ternehmen zu spät gesehen,* daß allradangetriebene Fahrzeuge auch in der zivilen Anwendung Furore machen würden. Das „Aber": Der Vierradantrieb koste zwischen 5000 und 10 000 Mark, und das sorge mit dafür, daß die Autos zwar immer perfekter, aber eben auch immer teurer würden.

Die Zukunft des Automobils bewertet er optimistisch. Allerdings glaubt er nicht, wie viele seiner Kollegen, daß es in den nächsten 10 oder 20 Jahren das „denkende" Fahrzeug geben wird. *„Das Wunderauto, das* Fahrfehler vermeidet und zur Not al*leine in seinen Stall findet,* sehe ich in der nächsten Zeit noch nicht."



Neuer Superstar aus München: Der einzige deutsche Zwölf-Zylinder, ein BMW der 7er-Reihe, wird im Herbst vorgestellt FOTO: AUTO ZEITUNG

An der „Todeslinie" spielt Khadhafi mit dem Feuer

Für Muammar el-Khadhafi ist Amerika der „Teufel". Durch sowjetische Waffen und politische Rückendeckung ermutigt, läßt sich der libysche Revolutionsführer erneut in einen spektakulären Kraftakt ein, um eine imaginäre *„Todeslinie"* zu verteidigen.

Von PETER M. RANKE

Endlos scheint die Küstenstraße längs der Großen Syrte zwischen Bengasi und Tripolis. Der Verkehr hat hier in den letzten Jahren stark zugenommen, denn zwischen *Syrte und Sidra* sind Staatsfarmen mit grünen Feldern und Geflügelzucht entstanden, sind die Ölpiers und große militärische Stützpunkte zum Schutz der Ölfelder ausgebaut worden. Ghurdabiya mit seinen erst im Februar installierten SAM-5-Luftabwehrraketen soll die Ölfelder sichern, in Umn Itiqa, früher Wheelus bei Tripolis, starten und landen vor allem sowjetische Fernaufklärer, die auch *amerikanische Kriegsschiffe* verfolgen.

Wheelus war einst eine amerikanische Basis und kennzeichnet nun den Wechsel der Allianzen, der seit dem Machtantritt des Obersten Muammar el-Khadhafi am 1. September 1969 stattgefunden hat. Die Sowjetunion ist nicht formell, aber doch der praktische Bundesgenosse des libyschen Revolutionsregimes. Erst Mitte Oktober vorigen Jahres war Khadhafi wieder in Moskau, sein Stabschef, *Brigadegeneral Abu Bakr* Junis Jaber, folgte im Januar. Möglicherweise *sind damals Absprachen getroffen* worden, wie Libyen den amerikanischen Manövern vor der libyschen Küste begegnen soll.

Nach der Verhängung des amerikanischen Wirtschaftsboykotts gegen Libyen wegen der Terroraktionen in Wien und Rom am 27. Dezember wußten die noch im Lande arbeitenden 1500 Amerikaner, daß sich die Krise zuspitzen würde. Sie waren vor allem im Ölgeschäft und als Techniker tätig. Wenn der libysche Rundfunk seit Dienstag früh dazu auffordert, die noch in Libyen befindlichen hundert „amerikanischen Spione" umzubringen und in allen arabischen Ländern Jagd auf Amerikaner zu machen, so kommt das einer Kriegser*klärung auf dem Felde gleich, das* Khadhafi beherrscht: Terror und Geiselnahme.

Die militärischen Aktionen des *Obersten* blieben, *wie in* Tschad, dagegen *stets* erfolglos. Auch ein kürzli*cher Vorstoß konnte* des *Regime von* Hissen Habre nicht stürzen, weil ihm, wie jetzt in der Syrte, eine westliche Militärmacht entgegentrat: Frankreich. Französische Fallschirmjäger und Kampfflugzeuge schützten die Hauptstadt N'Djamena, wo fünf Libyer als Gefangene vorgeführt wurden. Die beiden Unteroffiziere und drei Soldaten waren als Ausbilder bei den Rebellen eingesetzt. Andere dienen bei der „Islamischen Legion", die Khadhafi zum Einsatz in Westafrika *bereithält.*

Seine eigene Truppe wird von sowjetischen, nordkoreanischen und Beratern aus der „DDR" betreut. Für *seine 3,5 Millionen Einwohner* hat Libyen unter Khadhafi eine große Militärmacht aufgebaut, vor allem mit sowjetischen, aber auch mit französischen und italienischen Waffen. Das Heer von rund 55 000 Mann soll über 2900 Panzer verfügen, die Luftwaffe über 535 Kampfflugzeuge, unter ihnen 300 sowjetische MiG-Typen. Dazu kommen moderne SAM-Abwehrraketen und SS 21 als weitreichende Artillerie. *Die Sowjets mögen die* für Libyen weit übertriebene Aufrüstung auch als *Depotfunktion* für den Krisenfall gegenüber der NATO-Südflanke *betrachten.* Denn als Militärmacht selbst werden die Libyer nicht sehr hoch eingeschätzt.

„Der Breitengrad 32,5 ist die Todes*linie für die Amerikaner*", *erklärte* Khadhafi im Januar. Um diese Linie im Mittelmeer verteidigen zu können, braucht er die SAM-5 mit rund 300 Kilometern Reichweite und bis zu 29 Kilometern Höhe. Die in den sechziger Jahren entwickelte und seitdem verbesserte Rakete ist für die modernen amerikanischen Maschinen zu langsam, sie kann jedoch Aufklärern und Transportern gefährlich werden. Zum Schutz der *SAM-5-Stellungen* dienen mobile Luftabwehr-Raketen wie SAM-6 und SAM-8, die auch die Syrer von den Sowjets bekommen haben.

Es war die Unterstützung des Sandinisten-Regimes in Nicaragua, die Khadhafi seit 1983 endgültig auf Konfrontationskurs mit den USA brachte. In Anwesenheit des nicaraguanischen Innenministers Tomas Borge rief Khadhafi am 1. September 1984 in Tripolis der Menge zu: „Libysche Kämpfer, Waffen und Unterstützung sind dem Volk von Nicaragua zuteil geworden, weil es mit uns Amerika auf amerikanischem Boden bekämpft."

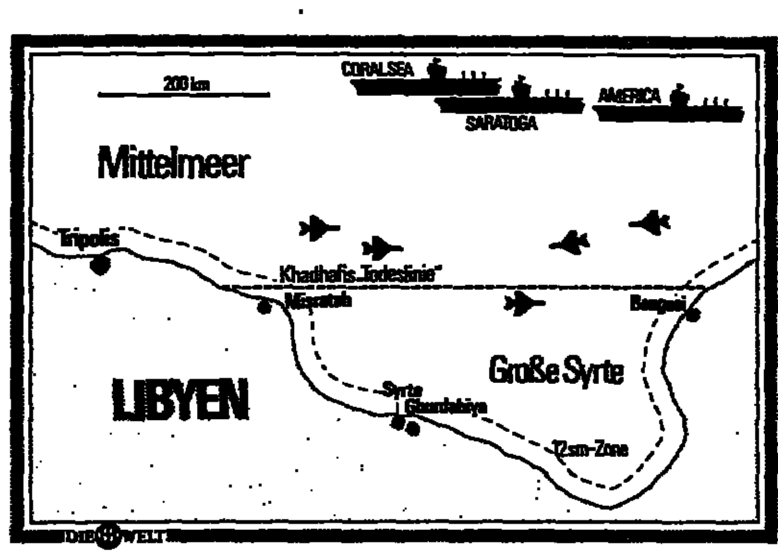
Mit Geld und Waffen unterstützt Khadhafi alle „Befreiungsfronten", wenn sie sich gegen westliche Regierungen richten, von der baskischen Eta bis zu den Kanaken in Neu-Kaledonien, von der japanischen „Roten Armee" bis zu den schiitischen Geheimorganisationen in Libanon. *Al*lein *nach Nicaragua gingen bisher* jährlich hundert Millionen Dollar an Hilfe in den verschiedensten Formen.

Allerdings läßt der Geldsegen nach, weil Khadhafi wegen der gesunkenen Öleinnahmen auch zu Hause sparen muß. Die diesjährigen Erlöse aus dem Ölexport dürften unter fünf Milliarden Dollar liegen und damit die Hälfte der Einnahmen von 1980 betragen. Rund 50 000 arabische Gastarbeiter wurden seit vorigem Herbst nach Hause geschickt, so daß es zeitweise in *Tripolis* kein Brot gab, weil man wohl zu spät bemerkte, daß man auch die Bäcker weggeschickt hatte. Die staatlichen Konsumläden *weisen oft leere Regale aus, die von* Khadhafi verordnete Autarkie in der Lebensmittel-Versorgung klappt noch nicht. Große Entwicklungsvorhaben sind schon gestoppt, doch an Khadhafis Lieblingsobjekt wird weitergebaut: dem unterirdischen Kanal von den Sahara-Quellen zur Mittelmeerküste.

Unzufriedenheit in der Armee und die Mängel der Staatswirtschaft gelten neben der breiten Ablehnung des *sozialistisch-islamischen Khadhafi*-Staates als Hauptgründe für einen möglichen Umsturz. Aber bisher scheiterten rund ein Dutzend Anschläge und Putschversuche. Khadhafi verfügt über eine fanatisierte Volksmiliz von etwa 40 000 Jungen und Mädchen, und seine eigene Leibgarde besteht aus gutbewaffneten Amazonen in Uniform. Das Nebeneinander von Miliz und Armee kann wie in Südjemen Konkurrenz im Kampf um die Macht bedeuten, aber der vom Osten aufgebaute Geheimdienst steht bisher zu Khadhafi.

Der Oberst aus dem Beduinenzelt ist *nicht* verrückt, wie der ermordete ägyptische Präsident Sadat einst meinte, sondern illusionär und fanatisch. Nachdem er den Libyern sein „Grünes Buch" als Lebenswerk gewidmet und ihnen die „Grüne Revolution" verordnet hat, sieht er sein Ziel jetzt vor allem im Kampf gegen den „Teufel" Amerika, ähnlich wie der iranische Ayatollah Khomeini. Sein Mittel dabei ist der Terror.

Zu stürzen ist Khadhafi mit militärischen Mitteln wohl nur um den Preis eines Krieges, aber die Amerikaner hoffen, ihn wohl zu demütigen, zu „entzaubern" und zu isolieren. Auch das Niederkämpfen des räuberischen Beys von Tripolis durch die US-Flotte vor 182 Jahren dauerte seine Zeit, aber die Amerikaner blieben die Sieger. (SAD)



Die Zusammenstöße ereigneten sich südlich der von Khadhafi gezogenen „Todeslinie". Die USA erkennen nur die 12-Meilen-Zone als Hoheitsbereich an. Im Norden die Positionen der drei US-Flugzeugträger.

War Spion beim BR verurteilter Agent des MfS?

PETER SCHMALZ, München

War ein „DDR"-Agent acht Jahre lang beim Bayerischen Rundfunk als Sicherheitsbeauftragter beschäftigt, der Zugang zu allen Unterlagen des Senders hatte und auch über die geheimen Ausweichstandorte aller ARD-Anstalten informiert war? Diese brisante Frage stellt der bayerische SPD-Landtagsabgeordnete Peter Paul Gantzer in einem Schreiben an Bayerns Innenminister Karl Hillermeier.

Sollten die von Gantzer zusammengetragenen Fakten zutreffen, wären die bayerischen Sicherheitsbehörden mit einem für sie blamablen Fall konfrontiert. Nach Gantzers Angaben soll ein Mann namens Werner Heider in früheren Jahren als Agent des „DDR"-Staatssicherheitsdienstes aufgeflogen und zu dreieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden sein.

Vor neun Jahren bewarb sich Heider laut Gantzer als Sicherheitsbeauftragter beim BR. Obwohl er den Namen angab, unter dem er verurteilt worden war, verlief eine Sicherheitsüberprüfung des Landesamtes für Verfassungsschutz angeblich ohne Befund.

1985 wurde er verhaftet. In seinen Unterlagen wurden geheime Nummern des Verfassungsschutzes ebenso gefunden wie Hinweise, daß er engen Kontakt zum Landeskriminalamt, zu den bayerischen Polizeipräsidien, zum Verfassungsschutz und zum Bundesnachrichtendienst hatte. Das Ministerium bestätigte gestern, daß Heider 1960 wegen Landesverrats verurteilt wurde. Im Rahmen einer Sicherheitsüberprüfung sei der BR 1977 davon unterrichtet worden. Konsequenzen für das Arbeitsrecht habe jedoch allein der Sender zu entscheiden gehabt.

Die Koalitions-Karten sind verteilt: Schwarz-gelb spielt gegen rot-grün

Von GEORG BAUER

Im nördlichsten Bundesland formieren sich die Fronten für die im Herbst des nächsten Jahres anstehende Landtagswahl. In den Parteizentralen in Kiel geben sich die Funktionäre auf der Suche nach Partnern auf Landesebene noch zugeknöpft. Eifrig bereiten aber die Vertreter an der Basis nach der Kommunalwahl mit der Entscheidung über die Besetzung von Positionen für Bürgervorsteher, Stadt- und Kreispräsidenten und Landräten in den Kommunen, kreisfreien Städten und Kreisen den Boden für künftige Konstellationen.

Das Liebeswerben der SPD konzentriert sich auf die Grünen. Mit einem Ergebnis von 7,4 Prozent hatten sie unerwartet Stärke in Schleswig-Holstein demonstriert und den Sozialdemokraten klargemacht, daß eine Alleinherrschaft der SPD im nördlichsten Bundesland nach der Landtagswahl im Herbst 1987 Wunschdenken ist. Stimmen aus den Reihen der SPD lassen erkennen, daß diese Erkenntnis sich trotz gegenteiliger Parolen aus der Fraktionsspitze auch in der SPD-Führung durchzusetzen beginnt.

Noch kurz nach der Wahl hatte der Oppositionsführer im Landtag, Björn Engholm, die Losung ausgegeben, in Schleswig-Holstein aus eigener Kraft einen Machtwechsel herbeizuführen. Eine rot-grüne Diskussion, so betonte die Pressestelle, werde man sich nicht aufdrängen lassen.

Doch kaum waren die ersten Stunden nach der Wahl verstrichen, strafte der SPD-Landesgeschäftsführer, Klaus Rave, die Fraktionsspitze Lügen. Natürlich sei die SPD zu Gesprächen mit den Grünen bereit und – in der Annahme, daß die SPD den Machtwechsel nicht aus eigener Kraft schaffen kann, fügte er hinzu: Bei einem Einzug in den nächsten Landtag könnten die Grünen doch mit Hilfe ihrer Stimmen Engholm auf den Sessel des Ministerpräsidenten hieven. Die positive Reaktion des Landesgeschäftsführers der Grünen, Heimo Schomaker, bewies, daß sie gegenüber solchen Offerten nicht abgeneigt sind.

Das rot-grüne Tête-à-tête wird auf kommunaler Ebene bereits in eine Form gegossen. In Bad Oldesloe, Itzehoe, Pinneberg, Preetz und Rendsburg etwa zeichnen sich Übereinkünfte ab, zumal sich die Sozialdemokraten mit dem Gedan-



ken vertraut gemacht haben, die Forderung der Grünen nach einem Grundmandat in den Ausschüssen zu erfüllen. Selbstbewußt heißt es bei den Grünen: Wir werden uns nicht verkaufen. Schomaker wertet daher die Bereitschaft der SPD, Ausschüsse zugunsten der Grünen zu erweitern, auch als Beweis für den Willen der SPD, den Grünen entgegenzukommen.

Das rot-grüne Zusammengehen wird gefördert durch die Marschroute, die die Kieler CDU-Zentrale ausgegeben hat. Rolf Rüdiger Reichardt, der Generalsekretär der Partei, machte bei einer Zusammenkunft mit den Kreisvorsitzenden seinen Parteifreunden unmißverständlich klar, daß ein Zusammenspiel mit den Grünen auch auf kommunaler Ebene auf keinen Fall in Frage komme. Günter Kohl, Pressesprecher der CDU: „Wir wollen, daß die SPD Farbe bekennt."

Die Mahnung an die Parteifreunde, die Generallinie nicht durch örtliche Absprachen zur Sicherung kommunaler Positionen ad absurdum zu führen, war insbesondere im Fall Itzehoe angebracht, wo Christdemokraten und Grüne ihre Gedanken über die politische Arbeit intensiv auszutauschen begannen. Erst ein Machtwort aus Kiel ließ die CDU-Vertreter den Weg Richtung Opposition antreten.

Als Partner empfiehlt der in Abstimmung mit dem Landesvorsitzenden, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, handelnde Reichardt die Freien Demokraten: „Wir raten unseren Parteifreunden, die Nähe der FDP zu suchen." Mit der Bemerkung, auch Übereinkünfte mit der SPD seien nicht auszuschließen, will die CDU ferner den Sozialdemokraten den Boden für den Vorwurf entziehen, die Christdemokraten seien an einer Zusammenarbeit mit der SPD nicht interessiert. Ihr biete sich daher keine andere Alternative als die Grünen.

Auch die FDP sieht sich in einem Boot mit der CDU. Die Entscheidungen träfen zwar die Parteifreunde an der Basis, so die Parteizentrale. Sie macht aber keinen Hehl daraus, daß sie Übereinkünfte mit den Christdemokraten anderen Konstellationen vorzieht. Mit ihrem Ja zur CDU geben sie zu verstehen, daß sie bei einem Einzug in den Landtag mit ihren Stimmen Barschel zum Ministerpräsidenten wählen würden, sofern die CDU die absolute Mehrheit nicht erreichen sollte.

Kommission bewertet Europaverfassung positiv

Zusatzerklärung soll deutsche Interessen wahren

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Bundestag wird sich nach der Osterpause mit dem Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments zur Gründung der Europäischen Union zu befassen haben. Die Europa-Kommission unter Vorsitz der CDU-Politikerin Renate Hellwig hat dazu eine Empfehlung im Parlament eingebracht, die den Entwurf grundsätzlich positiv beurteilt, allerdings eine Reihe von Vorschlägen macht, die die besonderen deutschen Interessen wahren sollen.

In der Vorbemerkung zu den Empfehlungen heißt es, der Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments könne sich nicht an „klassischen" Verfassungsvorbildern orientieren, da die gewachsenen Nationalstaaten Europas noch nicht bereit seien, ihre Souveränität zugunsten eines europäischen Bundesstaates aufzugeben. Man gehe deshalb davon aus, „daß die Mitgliedstaaten vorerst der bestimmende Faktor bleiben und sich erst allmählich zusammenfinden". Die Europa-Kommission, der elf Abgeordnete des Bundestages und 14 Mitglieder des Europäischen Parlaments angehören, empfiehlt auch, mit Rücksicht auf den föderativen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland die Aufgabenstellung der Europäischen Union auf klar umrissene Felder zu begrenzen.

Für Grundrechtskatalog

Konkret heißt es, der Passus über die Aktionsweise und Zuständigkeiten der Union (Artikel 9 bis 13 des Vertragsentwurfes) sollte „dahingehend geändert werden, daß die Union nicht schon dann tätig wird, um Aufgaben zu verwirklichen, die gemeinsam wirkungsvoller wahrgenommen werden können". Es müsse sich um Aufgaben handeln, die „notwendigerweise" gemeinsam wahrgenommen werden müssen.

Mit Bedauern stellt die Europa-Kommission fest, daß der Entwurf für eine Europäische Union keinen Grundrechtskatalog enthält. Der Verweis auf die Grundrechte und Grundfreiheiten in den Verfassungen der Mitgliedstaaten genüge nicht, da diese zu unterschiedlich ausgestaltet seien und nicht in allen Verfassungen alle Grundrechte vollständig enthalten seien.

Obwohl die sogenannte „Besitzstandsklausel" ausreiche, um alle im geltenden Gemeinschaftsrecht enthaltenen deutschlandpolitischen Elemente – etwa die Behandlung der „DDR" als Inland in den europäischen Wirtschaftsbeziehungen – auch zu rechtlichen Bestandteilen der Europäischen Union werden zu lassen, empfiehlt die Europa-Kommission noch eine zusätzliche Erklärung der Bundesregierung bei der Ratifizierung des Vertrages.

Länder äußern Bedenken

Zu den Bedenken einiger Bundesländer, darunter auch Bayern, gegen die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union verweist Frau Hellwig auf die im Grundgesetzartikel 24 Absatz 1 vorgesehene Ermächtigung. Dort heißt es: „Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen." Auch in der Empfehlung an den Bundestag wird diese Auffassung vertreten. Die Europa-Kommission sei sich einig, berichtet Frau Hellwig, daß die von einigen Ländern gewünschten Mitspracherechte auf europäischer Ebene nicht zu verwirklichen seien. Sie macht das an einem Beispiel deutlich. In der Praxis wäre das so, als wollten die Kommunalverwaltungen an den Ländern vorbei auf Bundesebene mitreden und mitentscheiden. Wenn man wirklich den föderativen Gedanken erhalten wolle, so sei der richtige Weg dazu, das Mitspracherecht des Europäischen Parlaments, in dem Parlamentarier aus allen Regionen Europas säßen, zu stärken.

Saar-CDU zweifelt am Erfolg im Schulstreit

Volksbegehren gegen finanzwirksames Gesetz unzulässig

ULRICH REITZ, Saarbrücken

Das von CDU und FDP initiierte und organisatorisch unterstützte Volksbegehren gegen die Gesamtschul-Pläne von Kultusminister Diether Breitenbach (SPD) löst in der CDU nun Unbehagen aus. Nach den jüngsten Ausführungen von Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD), der mit Blick auf die Volksabstimmung sagte: „Wir haben diese Entwicklung im Griff ...", rechnet die größte Oppositionspartei jetzt damit, daß die Landesregierung das Volksbegehren abweist. Dies ist, wie aus der Regierung verlautete, „wahrscheinlich".

Vor diesem Hintergrund könnte der „Schnellschuß" (Lafontaine) der Opposition leicht zu einem Bumerang werden, die die Anwendbarkeit der verfassungsrechtlichen Bestimmungen auf ein Volksbegehren offenbar nicht hinreichend geprüft haben. Dazu der Ministerpräsident: „Opposition will gelernt sein. Und wenn man zu schnell aus der Hüft schießt, dann vergaloppiert man sich leicht. Und wenn man die eigene Initiative nicht sorgfältig absichert, dann vergaloppiert man sich noch mehr."

Auf Konsens eingestellt

Eine rechtliche Handhabe, es gar nicht erst zu einer Volksabstimmung kommen zu lassen, bietet der Landesregierung Artikel 99 der Landesverfassung: „Ein Volksbegehren ist nicht zulässig, wenn es sich gegen ein finanzwirksames Gesetz richtet". Lafontaine ließ keinen Zweifel daran, daß er den Referentenentwurf von Breitenbach für finanzwirksam hält. Die Notwendigkeit einer Schulreform begründete der Regierungschef mit „pädagogischen und finanziellen Gründen". Sie könne einen Beitrag zur Sanierung des Etats leisten.

Vor diesem Hintergrund ist die CDU jetzt bemüht, nach anfänglichem Konfrontationskurs gegen die „Schulschließungspläne" Breitenbachs auf eine Kompromißlinie einzuschwenken, die Lafontaine selbst vorzeichnete. Die Landesregierung ist bereit, statt der im Breitenbach-Entwurf vorgesehenen Mindestgröße für Schulen von 50 Schülern auch Schulen mit nur 40 Schülern pro Jahrgang zuzulassen.

Darüberhinaus will die SPD-Regierung eine „Denkpause" einlegen: Über die für den Herbst geplante Einführung von Gesamtschulen hinaus sollen vorerst keine weiteren Gesamtschulen eingeführt werden. Lafontaine nannte diesen Kompromißvorschlag ein „vertretbares Angebot an alle vernünftigen und kompromißbereiten Kräfte in diesem Lande".

Kompromißvorschlag

Für die CDU ist auf der Basis des Lafontaine-Vorschlags eine Einigung mit der Landesregierung möglich, wenn ein neues Schulordnungsgesetz „nicht mehr in diesem Jahr" verabschiedet wird, so CDU-Fraktionschef Günther Schwarz zur WELT. Schwarz räumte jedoch ein – ein Beleg für das zunehmende Unbehagen gegenüber der Einleitung des Volksbegehrens – daß ein Kompromiß mit der Landesregierung wegen der Festlegung der Opposition auf eine Volksabstimmung nunmehr „schwierig" sei.

Schließlich hätten zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Parteien „das Heft nicht mehr in der Hand". Aber: Finden Regierung und Opposition einen Kompromiß, noch bevor die Landesregierung über die Zulassung des Volksbegehrens entschieden hat, kann die „Aktionsgemeinschaft Rettet die Schulen", die formell die Volksabstimmung organisiert und deren Sprecher CDU und FDP angehörden, ihren Antrag zurückziehen.

Dann stünde die CDU nicht vor der peinlichen Frage, ob sie nur der Glaubwürdigkeit wegen gegen eine rechtlich abgesicherte Entscheidung der Landesregierung vor den Landesverfassungsgerichtshof ziehen soll.

Die Nürtinger glauben, ohne Bunker sicher zu sein

HANS KRUMP, Nürtingen

Für den Oberbürgermeister ist das Ergebnis eine „große Überraschung", für den CDU-Fraktionsvorsitzenden schlichtweg „ein Rätsel". 85,2 Prozent der Abstimmenden votierten in Nürtingen (Kreis Esslingen) in einem Bürgerentscheid gegen den Ausbau einer Tiefgarage zu einem Zivilschutzraum für 2000 Personen. Nur 14,8 Prozent (Wahlbeteiligung: 57 Prozent) waren für den ersten Schutzraum in einem öffentlichen Gebäude der 35 000-Einwohnerstadt.

Eine Front von SPD, Grünen und kirchlichen Gruppen hatte in Anzeigen, Leserbriefen, auf Veranstaltungen und mit Flugblättern gegen das Vorhaben der Mehrheitsparteien CDU, FDP, „Unabhängige Freie Bürger" (UFB) und des parteilosen Oberbürgermeisters mobilisiert. Mit Slogans wie „Bunker nützen nichts im Ernstfall, also brauchen wir keine" bewegten sie 11 800 Nürtinger, mit Nein zu stimmen. Folge des Votums in Nürtingen, wo die Schutzraum-Gegner das erforderliche Quorum von 30 Prozent der Wahlberechtigten überschritten haben: Die Stadt wird nicht mehr initiativ im Schutzraumbau.

Oberbürgermeister Alfred Bachofer meint, daß die Bürger „quer Beet durch alle Parteien" gegen das Vorhaben gestimmt haben. „Das Resultat überrascht mich, weil der Bürgerentscheid von uns sorgfältig vorbereitet wurde." Bachofer verweist auf eine städtische Informationsbroschüre, die an alle Haushalte verteilt worden sei. Andere meinen, daß da nicht genug getan wurde gegen die „breite emotionale Kampagne" (UFB-Fraktionsvorsitzender Walter Staffa) derer, die im Schutzraumbau Kriegsvorbereitungen sahen.

Gegenargumente, etwa daß solche Zufluchtsräume auch Schutz vor atomarem Regen oder gegen explodierende Atommeiler bieten können, gingen in den allgemeinen Gefühlsaufwallungen unter. Staffa: „Die Gegner des Schutzraums waren weitaus aktiver als die Befürworter, die letztlich völlig untergebuttert wurden. Die entscheidenden Versäumnisse sind aber wohl bei der Bundesregierung zu suchen, die bis heute eine klare Gesetzgebung wie die Schweiz nicht zustandegebracht hat."

Nach dem Zivilschutzgesetz wird der Bau von Schutzräumen zwar staatlich gefördert, ist aber nicht verpflichtend. So gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Zufluchtsräume nur für 3,6 Prozent der Bevölkerung (In der Schweiz für 85 und in Schweden für 70 Prozent). Die Einrichtung der Zivilschutzplätze hätte Nürtingen keinen Pfennig gekostet - der Bau wäre vom Bund finanziert worden. Doch dies interessierte die Gegner nicht, die geschickt die Kriegsfurcht der Menschen ausnutzten. Eine „Nürtinger Initiative gegen Atombunker" fragte in einem Flugblatt: „Wie wirkt es auf die Gegenseite, wenn die Deutschen das ‚Bunkerbau-Fieber' bekommen? Was hatte es bedeutet, als bei uns das letzte Mal Bunker gebaut wurden?"

SPD-Fraktionsvorsitzender Helmut Nauendorf freut sich über das Votum der Nürtinger: „Solche Schutzräume nützen kaum etwas in einem Kriegsfall. Wir sollten uns statt dessen mehr auf die Abrüstung konzentrieren." Er glaubt, daß für den Ausgang des Votums vor allem eine Ärzte-Gruppe beigetragen hat, die in Anzeigen erklärte, daß solche Zufluchtsräume „im Ernstfall keinen ausreichenden Schutz bieten".

Nürtingen ist nach Waldkirch im Breisgau die zweite Gemeinde in Baden-Württemberg, wo der geplante Ausbau öffentlicher Einrichtungen zu Schutzräumen durch Bürgerentscheid verhindert wurde. In Bonn ist man aber nicht besorgt, daß in dieser Frage ein Flächenbrand entstehen könnte. Hans-Günter Kowalski vom Bundesinnenministerium: „Die Mittel, die diese Gemeinden bekommen hätten, kriegen nun eben andere."

Frankreichs Linke sucht jetzt nach den Schuldigen

Nach dem Debakel nun der ideologische Grundsatzstreit

PETER RUGE, Paris

Eine Woche nach den Parlamentswahlen beginnt Frankreichs Linke mit der Nabelschau. Die Sozialisten mußten inzwischen einen weiteren Machtverlust hinnehmen: In den 22 Regionalparlamenten fielen 20 Präsidentensitze an die bürgerliche Rechte – zum Teil mit den Stimmen der Nationalen Front des Rechtsaußen Le Pen. Die Kommunisten dagegen stehen vor einer Zerreißprobe: Die 142 Mitglieder des überraschend einberufenen Zentralkomitees haben sich mit der Tatsache auseinanderzusetzen, daß die Partei im Sturzflug dahin geraten ist, von wo aus sie 1924 in Frankreich startete: bei 9,8 Prozent der Stimmen.

Es fehlt nicht an Kritik. Pierre Juquin, ehemals Sprecher der Partie Communist Français (PCF), den die alte Riege um Generalsekretär Georges Marchais aus dem Politbüro feuerte, führt die „Gruppe der Erneuerer" an. Er wettert gegen die „Ideologie der Betonköpfe", die schon auf dem letzten Parteitag eine „demokratische Debatte" verhindert hätten. Seinem Appell zu einem außerordentlichen Parteitag haben sich inzwischen mehrere kommunistische Bürgermeister und zahlreiche Intellektuelle angeschlossen.

Wird also ein neues Blatt in der Geschichte der KPF aufgeschlagen? „*Alles ist möglich*", sagen die Erneuerer, die eine Kurswende wollen. „Wir *müssen* aus der Bevormundung Moskaus heraus", folgern die Freunde um Juquin, denen ein Kommunismus à la Italienne vor Augen steht.

Neues Kampfblatt

Die Erneuerer wollen diesmal nicht wieder bei der Parteiführung auf Granit beißen: „Es genügt, sechs Abgeordnete auf unsere Seite zu ziehen, und die Partei würde ihren Fraktionsstatus in der Nationalversammlung verlieren." Nicht genug damit: 150 Persönlichkeiten aus der linken Szene haben ihre Unterstützung für ein neues Kampfblatt zugesagt: die Parteizeitung „Humanité" wird Konkurrenz erhalten durch die Zeitschrift „M", wie monatlich, marxistisch oder mobil.

Während also Bewegung in die Kommunistische Partei hineingetragen wird, schließt sich die Sozialistische Partei in sich enger zusammen. Auf die von den Wählern geschlagenen Wunden wird das Trostpflaster aufgelegt: „Die PS ist mit 214 von 577 Sitzen die stärkste Fraktion im Parlament." Lionel Jospin, der sozialistische Generalsekretär, hat die *Losung* ausgegeben: „*Wir holen uns* die Macht wieder."

Verlust bei der Jugend

Dennoch zeichnet sich auch in der PS ab, daß ein ideologischer Grundsatzstreit vor der Tür *steht*: Eine Standortbestimmung wird auch hier unumgänglich, wenn die Partei ihre ideologische Glaubwürdigkeit zurückerlangen will. Theoretiker wie Jean Poperen, die Nummer zwei der PS, rufen dazu auf, nun „zur wahren *Lehre*" zurückzufinden, was als Warnung an die verstanden werden muß, die den liberalen Wirtschaftskurs, auf den die Sozialisten nach ihrem Beinahe-Staatsbankrott *vor zwei Jahren* einschwenkten, fortsetzen wollen.

Ein Verlust an Ansehen, so analysiert die Parteispitze, müsse vor allem bei der Jugend festgestellt werden. Über der Gesundungspolitik für den Staat seien der PS die Stammwähler davongelaufen. Die von Jospin ausgegebene Marschrichtung für die Partei in ihrer neuen Rolle als Opposition soll den verunsicherten Anhängern wieder einen Halt geben: „Wir sind gegen Chirac, den gaullistischen Premier, aber wir unterstützen Mitterrand, unseren Präsidenten." Das bedeutet, daß die „Verordnungen", die die bürgerliche *Regierung* dem Staatschef vorzulegen hat, eigentlich *von den Sozialisten mitzutragen* wären – Gesetzesänderungen also, die *der Gaullist Chirac unverzüglich* mit „ordonnancen" zu regeln beabsichtigt: *Maßnahmen, um* die Beschäftigung anzukurbeln – Maßnahmen, die die *Terrorismusbekämpfung* verstärken sollen. Diesen Zwiespalt, in den Frankreichs Sozialisten geraten könnten, halten viele Anhänger der PS nicht für lösbar, denn „per Dekret der Regierung, unterschrieben von François Mitterrand", ließen sich auch „Reprivatisierung" oder „Rücknahme sozialistischer Reformen" denken – in welches Dilemma gerät da die Partei, lauten die ersten bangen Fragen.

Auch Kreisky setzt sich für Waldheim ein

cgs. Wien

Unerwartete moralische Unterstützung aus dem gegnerischen Lager hat der Kandidat der ÖVP für die österreichische Bundespräsidentenwahl, Kurt Waldheim, erhalten. Der Ehrenvorsitzende der österreichischen Sozialisten und ehemalige Bundeskanzler Bruno Kreisky bezeichnete die gegen Waldheim in Gang gesetzte Kampagne wegen dessen angeblicher NS-Vergangenheit als „ungeheure Niedertracht". Prominente Sprecher des Jüdischen Weltkongresses in New York hatten behauptet, Waldheim stehe als ehemaliger deutscher Oberleutnant auf einer jugoslawischen Kriegsverbrecherliste.

Kreisky sagte dazu, die Angelegenheit habe eine Dimension angenommen, bei der Schweigen Zustimmung bedeute. Der frühere österreichische Außenminister – damals auch Vorgesetzter des Diplomaten Waldheim – bezeichnete ihn als „guten Mitarbeiter". *Kreisky meinte, er sei nicht* bereit, die „ungehörige Einmischung" *gewisser* ausländischer Kreise in den österreichischen Wahlkampf zu tolerieren. Die gegen Waldheim auftretenden Funktionäre des Jüdischen Weltkongresses hätten gar nicht das Recht, für ihre ganze Organisation zu sprechen. Im übrigen sieht Kreisky in der Angelegenheit auch eine „alte Abrechnung der Amerikaner mit Waldheim".

Die USA, so Kreisky, hätten Waldheim *als* UNO-Generalsekretär stets mißtraut. Sie hätten nicht akzeptiert, daß er Vertreter der UNO-Mehrheit sein mußte. Auch Israel habe Waldheim nicht getraut. Kreisky wörtlich: „Sie waren stets von tiefem Mißtrauen gegen die UN erfüllt, einmal haben sie ja einen UN-Vermittler, Folke Bernadotte, sogar umgebracht. Da ist damals der Shamir dabeigewesen." *Über die Reaktion in Öster*reich meinte der ehemalige Kanzler: „*Die Leute werden sagen: die Juden* im Ausland haben uns nicht anzuraten, wen *wir als Bundespräsidenten* wählen."

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Vorpreschen der LaRouche-Partei in Illinois verschreckt die Demokraten



Wahlerfolg für Lyndon LaRouche FOTO: AP

Die Primaries im US-Bundesstaat *Illinois brachten* für die Demokraten eine peinliche Überraschung. Zwar wurde Adlai Stevenson als Gouverneurskandidat bestätigt, nicht aber seine beiden engsten Mitarbeiter. Siegreich dagegen waren zwei Kandidaten der Partei des Lyndon LaRouche. Stevenson wehrt sich gegen die Ultrakonservativen auf seinem „Ticket".



Niederlage für Adlai Stevenson FOTO: CAMERA PRESS

FRITZ WIRTH, Washington

Adlai Stevenson III., Sproß einer der großen politischen Familien des Landes, dessen Vater einst für das Amt des Präsidenten kandidierte, hat seit fünf Jahren einen schönen Traum. Er möchte Gouverneur des Staates Illinois werden. 1981 verfehlte er dieses Ziel um ein paar tausend Stimmen. Am 4. November dieses *Jahres sollte* der *Traum doch* noch Wirklichkeit werden.

Seit ein paar Tagen ist der hoffnungsvolle Adlai Stevenson ein zutiefst getroffener und verwirrter Mann, dessen Traum jäh zerstört wurde, noch bevor der Wahlkampf selbst richtig begonnen hat. Und mit ihm schaut erschreckt das gesamte demokratische Partei-Establishment auf eines der *bizarrsten* Wahlunglükke, das ihrer Partei bisher widerfahren ist.

Nur eine Formsache

Es geschah bei den sogenannten „Primaries", den Vorwahlen für die *Aufstellung* des *demokratischen* Kandidaten und seiner engsten Mitarbeitermannschaft zur Gouverneurswahl. Für Stevenson schienen diese „Primaries" eine Formsache zu sein. Er hatte auch keine Schwierigkeiten, von den Wählern in Illinois *mit hoher* Mehrheit als Gouverneurskandidat bestätigt zu werden. Das Unglück geschah im Schatten seiner Wahl. George Sangmeister, der als sein Stellvertreter fungieren sollte, und Aurelia Pucinski, die als „Staatssekretärin" vorgesehen war, blieben auf der Strecke.

Statt dessen siegten zwei bis dahin völlig *unbekannte politische* Wesen namens Mark Fairchild und Janice Hart. Als man genauer hinschaute, *fand man heraus, daß sie der rechtsra*dikalen Nationaldemokratischen Par*tei des politischen Exzentrikers Lyn*don LaRouche angehörten, der sich in den letzten 20 Jahren vom Marxisten zum Ultrakonservativen wandelte und seit 1976 bereits drei Mal sehr vergeblich für das Amt des amerikanischen Präsidenten kandidierte.

LaRouche und seine Anhänger sind eine Organisation zuweilen fanatischer politischer Exzentriker, die das Übel dieser Welt in einer Reihe von Verschwörungen sehen, in denen Henry Kissinger, das Haus Thurn und Taxis, die Rockefellers und die britische Königin, die angeblich den Rauschgifthandel in dieser Welt maßgeblich in Händen habe, prominente *Rollen* spielen.

Für Adlai Stevenson war der Wahlerfolg der beiden *LaRouche*-Leute mehr als peinlich – er war eine Katas*trophe. Denn* der *Wahlmodus von* Illinois will es, daß der Gouverneurs-Kandidat *mit seinem* Stellvertreter auf einem „Ticket" erscheint, was Stevenson zum Bundesgenossen LaRouches gemacht hätte.

„Ausgeschlossen", befand Stevenson denn auch spontan. Er nannte die Partei der beiden LaRouche-Kandidaten „Neo-Nazis" und erklärte: „Ich werde mich nicht mit Leuten liieren, die offen den Haß predigen."

Das ist indes leichter gesagt als getan. Tatsächlich gibt es für ihn nur einen Weg, die beiden loszuwerden. Er *müßte* neue „Primaries" ansetzen. Zu diesen Neuwahlen könnte er jedoch nicht mehr als Mitglied der Demokratischen Partei antreten. Er *müßte zunächst eine neue Partei* gründen. Stevenson ist offensichtlich dazu entschlossen, seine Parteifreunde jedoch raten dringend ab.

Der lachende Dritte

Was immer Stevenson sich einfallen läßt – es gibt bereits jetzt einen lachenden Dritten. Es ist der Republikaner James Thomson, der gegenwärtig amtierende Gouverneur, dessen Wiederwahl die Demokraten nach diesem Fiasko in den „Primaries" kaum noch verhindern können.

Unabhängig vom *Schicksal* des Adlai Stevenson herrscht in der Par*teiführung der Demokraten jedoch* Alarmstimmung. Sie fragt sich: War dieses Fiasko nur das Ergebnis zufälliger unglücklicher Konstellationen oder war es ein politisches Signal?

Senator Daniel Moynihan aus New York, der persönliche Erfahrung in Wahlkämpfen mit LaRouche-Leuten hatte, ist nicht bereit, dieses Fiasko auf die leichte Schulter zu nehmen. Er dringt darauf, daß die Partei ihre eigenen Reihen nach LaRouche-Unterwanderern überprüft.

Er hat gute Gründe für diese Warnung. Die LaRouche-Organisation hat für die Kongreßwahlen dieses Herbstes bereits 146 Kandidaten für das Repräsentantenhaus und 14 für den Senat aufgestellt.

Jugoslawien ermuntert Polen zu eigenem Kurs

dpa, Warschau

Der jugoslawische Parteichef Vidoje Zarkovic hat Polen zu einem eigenen Weg zum Sozialismus ermuntert. Zarkovic, der gestern in Warschau seinen offiziellen Besuch abschloß, sicherte seinen Gastgebern in einer Tischrede Verständnis für ihre Bemühungen um „eigene Formen der demokratischen Stärkung des Sozialismus" zu, die den polnischen nationalen Eigenheiten und ihrem historischen Erbe angepaßt seien.

Zarkovic sagte, jede Partei müsse selbständig und unabhängig sein und *sich allein vor der eigenen Arbeiter*klasse sowie der eigenen Nation verantworten. Polens Parteichef Wojciech Jaruzelski hob dagegen in seiner Rede ausdrücklich die führende Rolle der Sowjetunion hervor und versicherte, die Ergebnisse des sowjetischen Parteitages seien ein „wichtiger Beitrag zu Theorie und Praxis des Aufbaus des Sozialismus in der gegenwärtigen Welt".

Der jugoslawische Parteichef war am Montag in Warschau eingetroffen und besuchte am Dienstag einen Betrieb.

Mit Deutschland und dem Mittler Strauß haben die Syrer viel im Sinn

JÜRGEN LIMINSKI, Damaskus

Der Gouverneur von Kuneitra, der „Hauptstadt des arabischen Golan", zeigt sich kompromißlos. „Wir werden auch die anderen zwei Drittel des Golan wieder erobern, so wie wir Kuneitra in einer heldenhaften Schlacht *1973 den Zionisten entrissen haben.*" Strauß schweigt. Der bayerische Ministerpräsident ist *nicht zum ersten* Mal im Grenzgebiet zwischen Syrien und *Israel. Kleine Geschenke* werden ausgetauscht. Dann führt der Gouverneur seinen hohen Gast in einen Raum, der als Museum dient. Wieder Parolen vom Kriegsschauplatz Kuneitra. Ein paar Fotos, ein Modell der Stadt vor ihrer Zerstörung durch israelische Soldaten (nach zähen Verhandlungen war es dem damaligen US-Außenminister Kissinger gelungen, die Israelis 1974 zum Abzug zu bewegen), ein paar angebrannte Koranblätter in einem *Glaskasten*, eine große Karte. Strauß fragt: „Wo sind die israelischen Radaranlagen?"

Die Frage kommt unerwartet. Sie impliziert gleich zweierlei: Zum einen ist für den Gast aus Deutschland Israel kein „zionistisches Gebilde", und zum zweiten scheint er den sowohl strategischen wie auch technologischen Vorteil des Gegners nicht zu übersehen. Etwas verblüfft deutet der Gouverneur die Stelle an. Später, in der Ruinenstadt, ist der kleine Antennenwald der *Israelis auf der* Anhöhe gegenüber dem Heldenfriedhof, wo Strauß *einen* Kranz niederlegte, gut zu sehen. So nah sind Wirklichkeit, Diplomatie und Propaganda in Nahost beieinander.

Wie bei einer Staatsvisite

Syrien allein ist für Israel derzeit wohl kaum eine ernsthafte Gefahr. Das strategische *Gleichgewicht, das* der syrische Präsident Assad zu Israel anstrebt, bezeichnet Strauß als ein „Langzeitprogramm". Da läge noch ein weiter Weg vor *Damaskus*. Assad weiß das wohl. Berechenbarer wird seine *Politik dadurch jedoch* nicht. Aber er hat im Moment auch ganz andere Sorgen. *Der Besuch des* bayerischen Ministerpräsidenten war ihm willkommen. *Denn die syrische* Regierung ist *derzeit* sehr bemüht, die Kontakte zum Westen zu verbessern. Nur hier ist wirtschaftliche Hilfe zu erwarten.

Insbesondere mit Deutschland haben die Syrer viel im Sinn. Das war *schon zu spüren*, als Strauß am ersten Tag seiner zweitägigen Visite eine *Reihe politischer* Gespräche in Damaskus führte. Das Protokoll war höher *angesiedelt* als *bei* seinem Besuch vor zwei Jahren, die Atmosphäre geradezu herzlich. *Bei Tisch* folgte ein gelungener Sowjetwitz dem anderen.



Die entmilitarisierte Zone von Kuneitra steht heute unter UN-Aufsicht: Strauß im Gespräch mit einem schwedischen UN-Major FOTO: RABANUS

Und die Syrer *hielten kräftig mit*, gerade bei den Lachsalven.

Strauß gehört zu den westlichen Politikern, die die Politik des syri*schen* Präsidenten nicht für endgültig festgelegt halten. So wie ohne Ägypten ein Krieg gegen Israel nicht mehr erfolgreich geführt werden könne, so sei auch ohne Syrien kein Frieden möglich, sagt Strauß. Er habe deshalb dem syrischen Präsidenten seinen Wunsch dargelegt, daß „Syrien eine führende Rolle in der Einleitung eines Friedensprozesses spielen" möge. Die Militärlasten seien für alle eine schwere Bürde, die eine wirtschaftlich gesunde Entwicklung verhindere. Dem hat Assad, so *Strauß*, „nicht widersprochen. Das heißt, er *ist der gleichen Meinung.*" Man schätzt in Damaskus die offene und *direkte Sprache* des deutschen Spitzenpolitikers, der wegen seines engen *Kontaktes* zum israelischen Premierminister Shimon Peres und zur ame*rikanischen* Administration für Mittlermissionen in Nahost geradezu prädestiniert erscheint.

Ein Erfolg der jetzigen Mission ist publik. Damaskus wird nicht militärisch gegen die Christen in Libanon *vorgehen*, um doch noch die Anerkennung des unter syrischer Feder*führung* ausgehandelten Abkommens zwischen den Christen, Drusen und *Schiiten* in Libanon durchzusetzen. Syrien wolle nun „strikte Neutralität" wahren. Das habe Assad ihm versichert.

In der syrischen *Führung* hatten sich vor allem Vizepräsident Khaddam, der den Widerstand im Lager der libanesischen Christen falsch eingeschätzt hatte, und der *Geheim*dienstchef Ali Duba dafür ausgesprochen. Dagegen waren *Verteidigungs*minister Tlass und der immer mehr an Statur gewinnende Generalstab*schef Schahabi*. Strauß *traf mit* allen außer Ali Duba zusammen. Wann und ob Assad jedoch den Dialog mit dem libanesischen Präsidenten Gemayel, der ebenfalls enge Kontakte zu Strauß pflegt, wieder aufnimmt, bleibt vorerst offen. Hier sind noch hohe psychologische Barrieren im Prestigedenken der Syrer zu überwinden. Ein baldiges syrisch-libanesisches Treffen auf neutralem Boden könnte, von Strauß arrangiert, das Eis vielleicht brechen. Strauß: Die Chancen sind „hauchdünn".

Warten auf Vorleistungen

Ein weiterer Erfolg der Strauß-Mission ist noch geheim – wenn es überhaupt ein Thema der Syrien-Reise war. Hartnäckig hält sich in Damaskus das Gerücht, daß Strauß auch die Befreiung von drei israelischen Kriegsgefangenen vermitteln sollte, die sich in der Hand der pro-syrischen Abu-Nidal-Gruppe befinden. Den Israelis liegt viel an der Befreiung der drei Soldaten. Es wäre zweifellos auch ein großer, innenpolitisch verwertbarer Erfolg für Peres, sollte ein Dreiecksgeschäft zur Befreiung der drei Israelis führen. Strauß war erst vor kurzem mit Peres in Bonn zusammengetroffen.

Auch einige Mitglieder der Reagan-Administration glauben, Syrien zu einer Politik wohlwollender Neutralität gegenüber dem Westen, mithin zu einer Friedenspolitik bewegen zu können. Aber man erwartet nach zahlreichen Enttäuschungen der letzten Jahre nun Vorleistungen. Ohne diese wird eine umfassende Wirtschaftshilfe jedenfalls schwierig sein. Auch wenn, wie Strauß sagt, Assad „Wert darauf legt, nicht als abhängig von der Sowjetunion betrachtet zu werden".

„Konservative" bremsen Gorbatschow

Ligatschow als Gegenspieler / Die heftigsten Machtkämpfe seit Chruschtschows Zeiten

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

In der sowjetischen Führung finden zur Zeit die heftigsten internen Machtkämpfe seit den Tagen Chruschtschows statt. Diese Schlußfolgerung amerikanischer Ostexperten, die in der US-Presse ihren Niederschlag fand, wird durch einige Symptome aus der sowjetischen Innen- und Blockpolitik erhärtet. Demnach ist es dem neuen Generalsekretär Gorbatschow bisher nicht gelungen, seine Linie gegenüber oppositionellen Kräften innerhalb der KPdSU-Führung voll durchzusetzen.

Vor allem Gorbatschows Pläne für eine Wirtschaftsreform, aber auch seine außenpolitischen Absichten – hier in erster Linie die von ihm vertretene Reduzierung des sowjetischen Engagements in der Dritten Welt – sind von „konservativen" Elementen der Sowjetführung gebremst worden.

Während Gorbatschow die übermäßige sowjetische Verstrickung in „nationale Befreiungsbewegungen" und anti-imperialistische Aktionen in Afrika, Asien und Lateinamerika reduzieren wollte – schon um solchermaßen den Weg für ein Rüstungskontrollabkommen mit den USA freizumachen –, wird von den Amerikanern das für Ideologie, Kaderfragen und den Parteiapparat zuständige Moskauer Politbüromitglied Jegor Ligatschow, Mitglied des ZK-Sekretariats und zweiter Mann der Sowjet-Hierarchie, als Gegenspieler des Parteichefs betrachtet.

Ligatschow habe hinter sich die neo-konservativen, antiwestlichen Kräfte sowie das Militär versammelt. Der Exponent der sowjetischen Armee, Verteidigungsminister Marschall Sokolow, habe es aber nicht geschafft, auf dem Parteikongreß eine Vollmitgliedschaft im Politbüro zu erreichen. Im Gegensatz zu vielen seiner Vorgänger bleibt er nur Kandidat des Politbüros der KPdSU.

Die amerikanische Einschätzung, wonach die sowjetischen Militärs zwar ihr früheres Vetorecht in Abrüstungsfragen verloren haben, aber immer noch eine bremsende Rolle spielten könnten, wird durch eine Beobachtung politischer und diplomatischer Kreise in Wien bestätigt. Demnach ist seit Anfang dieses Jahres zwischen der Sowjetunion und den USA, beziehungsweise zwischen Warschauer Pakt und NATO in Nachrüstungs- und Rüstungskontrollfragen „nichts mehr vorwärtsgegangen" – was sich auch bei den MBFR-Verhandlungen in Wien zeigte.

Auch die Beziehungen Moskaus zu den osteuropäischen Ländern sind ein Gradmesser für die Schwierigkeiten Gorbatschows. So fällt auf, daß sowohl der tschechoslowakische Parteichef Gustav Husak wie der bulgarische Parteichef Todor Schiwkow, deren Politik von Gorbatschow ursprünglich mehr oder weniger scharf kritisiert wurde, ihre Positionen inzwischen konsolidieren konnten.

Anstelle des für die osteuropäischen Staaten zuständigen ZK-Sekretärs Russakow ist im Kreml bis heute noch kein Nachfolger ernannt worden. Zum Parteitag in Prag entsandte die Sowjetführung einen Mann des zweiten Ranges – Politbüromitglied Solomenzew – der überdies kein Mitglied der „Seilschaft" Gorbatschows ist.

Asyl für ehemaligen Sowjetsoldaten

AP, Bern

Der 24jährige ehemalige Sowjetsoldat Juri Powarnizin wird in der Schweiz als Flüchtling anerkannt und erhält politisches Asyl. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeiministerium hat nach eigenen Angaben vom Dienstag einem Einspruch des desertierten Soldaten gegen einen negativen Entscheid des Bundesamtes für Polizeiwesen stattgegeben. Begründet wird die Asylgewährung damit, daß „in Würdigung der Fakten und der außergewöhnlichen Umstände des Falles" die Flüchtlingseigenschaft gegeben sei.

Powarnizin war 1981 in Afghanistan desertiert und von den Widerstandskämpfern gefangengenommen worden. Ende Mai 1982 kam er nach Vermittlung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) als einer der ersten von insgesamt elf Sowjetsoldaten in die Schweiz, wo er – entsprechend der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen – interniert wurde.

Obwohl der Binnenmarkt klein ist, bietet der neue EG-Partner Portugal nach Überzeugung von Ministerpräsident Cavaco Silva deutschen Investoren gewinnträchtige Chancen. Die jetzige Konstellation in Lissabon mit einem sozialistischen Präsidenten und einer Mitte-Rechts-Regierung hält er für stabil. In einem WELT-Interview anläßlich seines Bonn-Besuchs Mitte April kündigt der Regierungschef eine weitere Liberalisierung der Wirtschaft an und nimmt zu innen- und außenpolitischen Fragen Stellung. Mit Cavaco Silva sprach Rolf Görtz.

„Nichts hindert die Regierung, die Wirtschaft liberaler zu gestalten"

WELT: *Herr Ministerpräsident, Sie werden vom 14. bis zum 16. April zu Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Kohl nach Bonn kommen.* Was erwarten Sie von Ihrem Besuch in Deutschland?

Cavaco Silva: In Bonn möchte ich unsere Ziele und unseren Markt erklären. Deutschland ist einer der wichtigsten Partner Portugals. Nun, da wir in der EG sind, ist es besonders wichtig auch multilaterale Themen zu besprechen. In der Außenpolitik vor allem die Beziehungen zu Afrika. Denn Portugal spielt mit seinen über Jahrhunderte gewachsenen Kontakten zu einigen Ländern Afrikas hier eine besondere Rolle und kann gute Vorschläge machen.

Außerdem will ich die Unternehmer in Deutschland ermuntern, in unserem Land zu investieren. Wir sind zwar ein kleiner Markt mit nur neun Millionen Einwohnern. Aber wir haben niedrige Lohnkosten, kaum Streiks, Steuervorteile und die Fähigkeit, uns an neue Techniken anzupassen. Hier gibt es jede Menge gewinnversprechender Chancen.

WELT: Portugal verhandelt mit Bonn über die Lieferung von drei modernsten Fregatten im Wert von *etwa 1,7 Milliarden Mark.* Wann wird der Auftrag unterschrieben?

Cavaco Silva: Unser Festland, Madeira und die Azoren sind von großer strategischer Bedeutung. Weil wir in der NATO eine aktive Rolle spielen wollen sind wir bereit, zur Verteidigung Westeuropas diese Fregatten zu übernehmen. Obwohl vor allem Deutschland und die USA uns bei der Finanzierung helfen, fordert ihre Anschaffung von uns große Opfer. Es müssen noch einige Punkte geklärt werden.

WELT: Portugal hat 16 Milliarden Dollar Außenschuld und damit eine der höchsten Pro Kopf Verschuldungen. Kann ihr Land seinen Verpflichtungen nachkommen?

Cavaco Silva: Diese Schuldenlast ist durchaus vertretbar, zumal die Zinsen und der Dollarkurs sinken. Der Schuldendienst macht 25 Prozent unser Exporterlöse aus und hat eine sinkende Tendenz. Wir hatten 1985 einen deutlichen Exportüberschuß und erwarten dank sinkender Ölpreise für dieses Jahr ein nur geringes Außenhandelsdefizit. Außerdem lagern in unseren Tresoren 700 Tonnen Gold.

WELT: *Die Portugiesische Verfassung strebt eine Sozialistische Gesellschaft an. Das gilt auch für die Arbeitsgesetze, die Entlassungen praktisch unmöglich machen.* Welchen Spielraum haben Sie für Ihre marktwirtschaftlichen Ziele?

Cavaco Silva: Unsere Verfassung ist ein Ergebnis der Revolution von 1974. Wir haben sie 1982 teilweise revidiert. Aber da sind immer noch Bestimmungen, die korrigiert werden müssen.

Jedoch sind Verfassung und Verfassungswirklichkeit zweierlei Dinge. Die Verfassung hindert uns nicht, die Wirtschaft täglich liberaler zu gestalten. Und das obwohl im zweiten Artikel der Verfassung steht, *daß die* Maßnahmen der Regierung zum Sozialismus führen sollen. In der Praxis tun wir genau das Gegenteil.

Die Verfassung zu ändern ist nicht leicht, zumal die Kommunisten und Sozialisten mit der geltenden Form sehr zufrieden sind. Eine Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Änderung ist im Parlament nicht darstellbar.

Nur das Verbot, verstaatlichte Unternehmen und Banken zu reprivatisieren, behindert uns wirklich. Wir können jedoch private Beteiligungen zulassen.

Die Arbeitsgesetze werden wir dahingehend ändern, daß lange Zeitverträge möglich werden. Denn im Moment sind nur die unkündbaren Verträge möglich, die auch Staatsfirmen mit Sechsmonats-Verträgen umgehen. Das bedeutet für die Arbeiter eine unzumutbare Unsicherheit. Deshalb wollen wir Arbeitsverträge flexibler machen.

WELT: Ihrer Sozialdemokratischen Partei (PSD) fehlt im Parlament die Mehrheit. Wie lange werden sie unter diesen Umständen überhaupt regieren können?

Cavaco Silva: Ich bin ziemlich optimistisch. Strukturelle Reformen, für die wir in der gescheiterten Koalition mit Mario Soares und den Sozialisten im Parlament keine Mehrheit fanden, gelingen uns ironischerweise als Minderheitsregierung viel eher. Meine Regierung hat beispielsweise zum ersten Mal seit 1974 unrentable Staatsbetriebe geschlossen und das Fernsehen *der Privatinitiative geöffnet.* Deshalb glaube ich auch, daß wir eine Chance haben, die Arbeitsgesetze zu ändern.

WELT: Mit Mario Soares ist ihr politischer Gegenspieler Präsident geworden. Werden sie mit ihm auskommen?

Cavaco Silva: Wie sie wissen, hat der Präsident nur im Fall einer politischen Krise Kompetenzen. Er kann einer Regierung Schwierigkeiten machen, er kann ihr aber auch helfen. Der Präsident hat aber keine Macht, die tägliche Politik zu beeinflussen. Deshalb erwarte ich von diesem Präsidenten keine wirklichen Probleme. Sorgen haben wir eher mit dem Parlament.

WELT: Wird nicht die Kommunistische Partei, ohne deren Stimmen Mario Soares nicht Präsident geworden wäre, ihre Position ausnutzen und über die von ihr betonte „Präsidialmehrheit" in die Regierungsgeschäfte eingreifen wollen?

Cavaco Silva: Die sogenannte Präsidialmehrheit ist ein Konzept, das selbst von Mario Soares abgelehnt wird. Er weiß, daß es sie nicht gibt. Obwohl wir eine Minderheitsregierung sind, würde es der Opposition extrem schwer fallen, uns mit einer anderen Regierung zu ersetzen.

Eine Initiative uns zu stürzen wäre für Portugal eine Tragödie. Der Grund ist sehr einfach: Es gibt nur eine denkbare Konstellation die uns ersetzen kann, und das ist die Volksfront. Drei Parteien wären dazu nötig: die PRD von Eanes, die Sozialisten und die Kommunisten. Das wäre seit 1975 die erste von Kommunisten mitgetragene Regierung. Der entstehende Vertrauensverlust würde sofort Investitionen aus dem In- und Ausland abschrecken.

Die Schwierigkeiten einer solchen Volksfront würde ich nicht im Traum gegen meine Schwierigkeiten als Minderheitsregierung eintauschen wollen. Deshalb fürchten sich sogar die Sozialisten vor einer Koalition mit den Kommunisten.

WELT: Aber die Opposition könnte sie durch ein Mißtrauensvotum zu Fall bringen.

Cavaco Silva: Nein. Die Sozialisten haben erklärt, daß ein Mißtrauensantrag für sie nicht „nicht am Horizont" stehe.

Meine Regierung ist sehr beliebt. Bei Neuwahlen, deren Zeitpunkt wir nicht bestimmen können, wären wir die klaren Sieger. Im Oktober hatten wir noch 30 Prozent. Aber schon bei den Präsidentschaftswahlen bekam unser Kandidat Freitas do Amaral 49 Prozent. Hinzu kommt, daß sich die Sozialisten und die PRD den gleichen Wählerstamm streitig machen, also Gegner sind.

Außerdem ist die zerstrittene Opposition bis in die zweite Hälfte dieses Jahres auf Parteitagen damit beschäftigt, eine Linie zu finden. Solange sind außer den Kommunisten alle daran interessiert, meine Regierung zu halten.

WELT: Hinter dem portugiesischen Begriff des „Sebastianismo" verbirgt sich der Sage nach die Sehnsucht nach dem Retter, dem jungen König Sebastian, der in einer Kreuzzugsschlacht vernichtend geschlagen wurde und auf dessen Rückkehr das verzweifelte Volk wartet um aus allem Elend befreit zu werden. Wie begegnen Sie dem modernen „Sebastianismo", der sich heute als Flucht in die Bürokratie äußert?

Cavaco Silva: Tatsächlich nahm nach der Revolution die Zahl der Beamten um 150 000 zu. Aber ich bin vor allem Pragmatiker. Wir haben den Mut, öffentliche Ausgaben zu reduzieren und marode Staatsbetriebe zu liquidieren.

WELT: Die Sowjetische Kriegsflotte ist im Südatlantik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen *Kolonien* Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Moçambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

Wir haben große Zweifel, ob es richtig ist, in Angola die Guerrillas von Jonas Savimbi zu unterstützen. Denn das verstärkt die sowjetische Militärhilfe für die Gegenseite und schwächt die Position der gemäßigten Kräfte, die mit uns reden wollen und von Russen und Kubanern genug haben.

Deutschland könnte mit portugiesicher Vermittlung seine Kontakte zu den Ländern im südlichen Afrika ausbauen. Denn wir haben den Vorteil zu wissen, wie man mit den Regierungen unser ehemaligen *Kolonien* am besten spricht.

Die offene, marktwirtschaftliche Gesellschaft in Portugal hat sich der seit 1985 amtierende Regierungschef Anibal Cavaco Silva zur Aufgabe gestellt. Kabinettserfahrung sammelte der Premier einer Minderheitsregierung schon als Finanz- und Wirtschaftsminister 1980/81. Seit Mai 1985 ist er Chef der liberalen Sozialdemokratischen Partei.

Warschau gründet Grunwald-Komitee

JGG. Warschau

Der „Landesrat" der polnischen „Patriotischen Bewegung der Erneuerung" hat jetzt ein Grunwald-Komitee gegründet, zu dessen Vorsitzendem der stellvertretende Staatsratschef, Kazimierz Barcikowski ernannt wurde. Wie die Zeitung „Za Wolnosc i Lud" (Für Freiheit und Volk) berichtet, wurde der Politiker beauftragt, Regionalkomitees zu gründen, um möglichst rasch in die Bevölkerung und vor allen Dingen in die Jugend hineinzuwirken.

Die Grunwald-Idee, so heißt es, wolle an die „ruhmreiche Schlacht" polnischer Ritter 1410 beim ostpreußischen Tannenberg (polnisch: Grunwald) gegen den „ewigen germanischen Drang" anknüpfen. Dieser „Drang nach Osten" sei damals durch die deutschen Ritter verkörpert worden. Der „siegreiche Kampf" sei später gegen „deutsche Feudalherren, Ritter, preußische Militaristen und braune Imperialisten" fortgesetzt worden.

Bonner: Sacharow geht es schlechter

rtr, Newton

Die Frau des sowjetischen Regimekritikers Andrej Sacharow hat das von der Moskauer Regierung für die Zeit ihres USA-Aufenthalts auferlegte öffentliche Redeverbot gebrochen. Jelena Bonner äußerte sich zu einem Video-Film des sowjetischen Geheimdienstes KGB, auf dem der nach Gorki verbannte Physiker zu sehen ist. Frau Bonner, die sich nach einer Herzoperation bei Verwandten in Newton im US-Bundesstaat Massachusetts erholt, sagte, sie habe den Eindruck, daß der Film auf einen verschlechterten Gesundheitszustand ihres Mannes hindeute.

Die „Bild"-Zeitung hatte am Montag Standfotos aus dem Film veröffentlicht und in dem dazugehörigen Text die Vermutung geäußert, der Friedensnobelpreisträger habe offensichtlich nicht bemerkt, daß er gefilmt worden sei. Der 15minütige *Film soll in der Zeit von Dezember* 1985 bis Februar 1986 entstanden sein.

USA: Offizier aus Surinam verhaftet

AP, Miami

Ein führendes Regierungsmitglied des südamerikanischen Staates Surinam ist in Miami im US-Staat Florida verhaftet worden. Die amerikanischen Bundesjustizbehörden werfen dem 28jährigen Hauptmann Etienne Boerenveen vor, er habe Kokainschmugglern gegen hohe Geldsummen militärischen Schutz bei der Benutzung von Flugplätzen und Häfen in Surinam angeboten. Boerenveen ist Angehöriger des fünfköpfigen Militärrates in der ehemaligen niederländischen Kolonie in Südamerika.

Zusammen mit dem Regierungsmitglied wurden von der US-Polizei noch zwei Zivilisten festgenommen, die gemeinsam mit Boerenveen auf einer Jacht in Florida eingetroffen waren. Die drei Surinamer kamen zu Verhandlungen mit vermeintlichen Rauschgifthändlern in die Vereinigten Staaten. In Wirklichkeit waren die „Gesprächspartner" in Nordamerika aber amerikanische Polizeibeamte.

Wie die GSG 9 in der Bundesrepublik Deutschland, so ist „Kobra" in Österreich ein Begriff. Das Gendarmerieeinsatzkommando (GEK) – Österreichs Speerspitze im Kampf gegen den Terrorismus – wurde im April 1978 ins Leben gerufen. Der Überfall auf die Opec 1975 in Wien, die RAF-Schießerei 1976 bei der Wiener Staatsoper und die Palmers-Entführung im Herbst 1977 hatten die politischen Entscheidungen beschleunigt. Die WELT berichtet in einer dreiteiligen Serie über Ziele, Ausbildung und Struktur von „Kobra".





Geiselnahme in einem alten Schulgebäude. Während ein Teil der Männer von „Kobra" vom Hubschrauber aus durch die Fenster eindringt, stürmen die anderen das Gebäude auf herkömmlichem Weg. Die GEK probt den Ernstfall. FOTOS: HANS HÖFT

„Kobra, übernehmen Sie" – Österreichs Kampf gegen Terror

Von WALTER H. RUEB

Mitten im niederösterreichischen Schönau geht ein Hubschrauber bis auf wenige Meter auf ein abbruchreifes Schulhaus nieder. An Seilen hangeln sich dunkelgekleidete Männer akrobatisch zum Dach hinunter, auf dem Erdboden pirscht sich derweil eine sechsköpfige Gruppe Schwerbewaffneter an das Haus heran. Jede Bewegung wirkt wie einstudiert. Schwarze Masken machen Gesichter unkenntlich, Schutzwesten geben den Gestalten das Aussehen von Schwerathleten, ihre Helme erinnern an Bilder aus einer anderen Welt.

Die Schwarzgekleideten sind Angehörige des Gendarmerieeinsatzkommandos, Österreichs heißester Waffe im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Sie üben zum hundertsten Mal die Erstürmung eines Hauses, bilden menschliche Pyramiden hinauf zum zweiten Stock, zeigen sich an glatten Wänden gewandt wie Teilnehmer an der Weltmeisterschaft im Freiklettern, scheuen sich weder vor Abgründen noch vor dem, was hinter Mauern und unter Steildächern auf sie wartet.

Drei Geiselnehmer haben sich im zweiten Stock in einem leeren Klassenzimmer verschanzt. Taktik und Machtentfaltung der Schwarzgekleideten können sie vom Eckfenster so gut beobachten wie der Kapitän eines Ozeanriesen von der Kommandobrücke die Manöver seines Schiffes im Hafen. Tische und Bänke haben die Geiselnehmer in einer Ecke des Klassenzimmers zusammengeschoben, die Tür verbarrikadiert, das Ofenrohr aus der Wand gerissen.

Eine nicht geplante Aktion: Jetzt ist der Klassenraum von einer schwarzen Wolke verdunkelt. Der wenige Meter über Dach und Kamin schwebende Hubschrauber hat sie ins Zimmer gewirbelt. Das Atmen fällt schwer, aus dem Treppenhaus dringt kein Laut ins Zimmer, und die Finger am Abzug der automatischen Waffen werden langsam klamm. Wo sind die Angreifer?

Sie lassen nicht lange auf sich warten. Doch ihr Sturm kommt überraschend von zwei Seiten: Die Tür fliegt auf, Gebrüll läßt das Blut in den Adern erstarren. Schwere Revolver bellen, und durch das geschlossene Fenster fliegt eine geballte Ladung von Wucht und Schrecken in den Raum.

Der Fenstersprung eines angeseilten Angreifers vom Dach hat geklappt. Der Kampf ist in Bruchteilen von Sekunden entschieden, die Treffsicherheit der Gendarmen hinterher ablesbar: Die Mannscheiben sind an entscheidenden Stellen von der Plastikmunition durchlöchert.





Auf der Straße vor dem hundert Jahre alten Schulgebäude gehen ein paar stehengebliebene Neugierige ihres Wegs, die Übung – der dramatische Dauerbrenner von Schönau – ist vorüber. Ein paar Kilometer vor den Toren der Gemeinde gibt der Kommandeur der Anti-Terror-Truppe, Oberst Johannes Pechter, bereitwillig Auskunft.

„Die Geburtsstunde des Gendarmerieeinsatzkommandos schlug im Herbst 1973, als palästinensische Terroristen am sowjetisch-österreichischen Grenzübergang Marchegg einen Sonderzug mit jüdischen Emigranten aus der UdSSR überfielen und diese auf dem Flughafen Wien-Schwechat anderthalb Tage lang in ihrer Gewalt hielten", sagt Pechter und erinnert an die blutige Spur, die von terroristischen Mordkommandos in den folgenden Jahren durch Österreich gezogen wurde: Opec-Überfall 1975 in Wien mit drei Toten, RAF-Schießerei bei der Wiener Staatsoper 1976, Palmers-Entführung im Herbst 1977. „Da war unser Land nicht länger eine Insel der Seligen."

Seit April 1978 gibt es das GEK offiziell. Längst ist die Abkürzung allgemein bekannt, die Truppe hochangesehen, ihr Renommee gesichert. Sie hat sogar einen Spitznamen: „Kobra" nennt man die Spezialeinheit im Volksmund („Kobra, übernehmen Sie"). Ihre Angehörigen hören den Spitznamen gern, halten ihn für ein Zeichen der Anerkennung, ja sogar der Popularität. „Es war ein hartes Stück Arbeit, bis wir so weit waren", sagt Pechter. „Wir hatten zwar noch kein Mogadischu, aber einen Ernstfall, der uns einiges abverlangte. Wir haben die Probe bestanden."

Der Ernstfall machte Schlagzeilen. „In Graz hatte ein Jugoslawe 1980 eine Arztordination überfallen", erinnert sich Pechter. „Dreiundzwanzig Personen gerieten in seine Gewalt, darunter alte Menschen und kleine Kinder. Wir fuhren hin, trafen unsere Dispositionen, verhandelten mit dem Attentäter. Er war mit einer automatischen Schrotflinte bewaffnet, in der engen Arztpraxis eine schreckliche Bedrohung. Als nach 20 Stunden ein Patient den Geiselnehmer zu überwältigen versuchte, fiel ein Schuß – das von uns verabredete Zeichen zum Eingreifen. Der Jugoslawe wurde erschossen, die 23 Menschen in seiner Gewalt blieben unversehrt."

Das GEK untersteht im Rahmen des Innenministeriums dem Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit und in Angelegenheiten des inneren Dienstes dem Gendarmeriezentralkommando. Der Aufgabenkatalog umfaßt Planung, Vorbereitung, Durchführung und Auswertung besonderer Einsätze gegen Rechtsbrecher, die durch Androhung und Ausführung aufsehenerregender Straftaten wie Geiselnahmen, Flugzeugentführungen und Erpressungen Schrecken zu verbreiten suchen und die Freilassung von Verwahrten zu erzwingen und andere persönliche, politische und finanzielle Ziele durchzusetzen versuchen; ferner Bewachung und Begleitung des österreichischen Bundeskanzlers, anderer hochgefährdeter Personen, die Erledigung von Sicherungsaufgaben auf dem Flughafen Wien-Schwechat und die Übernahme des Schutzes hoher Staatsgäste, vor allem aber Aus- und Fortbildung, Training und nochmals Training – Tag für Tag, Woche um Woche – jahrelang.

„Das GEK hat rund 150 Mann, darunter zehn Offiziere", sagt Oberst Pechter. „Zugang haben nur Gendarmeriebeamte mit abgeschlossener Grundausbildung. Diese dauert 15 Monate, die Basisausbildung bei uns nochmals fünfeinhalb Monate. Bewerber müssen wenigstens 20 Jahre alt sein. Jährlich gehen zweimal 40 bis 60 Bewerbungen ein. Unser Bedarf liegt pro Halbjahr jedoch bei maximal 24 Mann."

Die Aufnahmeprüfungen zum GEK sind deshalb hart und dauern drei Tage. Weichlinge und Angsthasen, aber auch Abenteurer haben keine Chance. Am ersten Tag prüfen Ärzte die Kandidaten auf Herz und Nieren. Diabetiker und Alkoholiker scheiden gleich aus, Brillenträger müssen meist zurückstehen, selbst Zahnersatz kann das „Aus" bedeuten, eine Operationsnarbe hat zusätzliche Fragen und Untersuchungen im Gefolge.

Beim Psychologen wird versucht, die Beweggründe der Bewerber zu ermitteln, die sie zum GEK treiben. „Schießwütige werden schnell erkannt und ausgeschieden", sagt Pechter. „Wert wird auf Charakterstärke, Einsatzbereitschaft und Teamgeist gelegt. Das ist in einer Spezialtruppe sehr wichtig."

Am dritten Tag werden körperliche Fitness, sportliche Geschicklichkeit, Wille, Belastbarkeit, Härte und Schießkünste mit Punkten belohnt. 200 sind das Maximum, 80 das Minimum. Wer nicht wenigstens 130 Punkte schafft, ist gescheitert. Wer bestanden hat, wird für mindestens zweieinhalb Jahre einberufen, bekommt im GEK jedoch keinerlei Spezial-Zulagen. Zulagen gibt es nur für Bereitschafts- und Überstunden. Solche fallen jedoch reichlich an. Verheiratete bekommen auch Trennungszulagen.

Wer den Sprung ins GEK geschafft hat und seinen linken Oberarm mit dem Zeichen einer flammenden Granate, dem Korpsabzeichen der Gendamerie, schmücken darf, kann sich jedoch nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Bei Tests werden jeden Monat die Besten in Einsatztaktik, Schießen und Körperausbildung ermittelt, die vergebenen Punkte zusammengezählt und in Ranglisten und Tabellen festgehalten. Die Besten werden mit Leistungsabzeichen belohnt, die Tabellenletzten zu ihrer Gendarmerie-Stammdienststelle zurückversetzt. „Nur so ist ein hohes Niveau gewährleistet", sagt Oberst Pechter ungerührt. „Das GEK ist eine Versammlung der Besten."

Auf seinem Arm prangt das begehrte Leistungsabzeichen. Darauf und auf seinen Haufen ist Pechter stolz, das merkt man bei seinen Worten. „Wir haben vier Einsatzzüge mit je 20 Beamten", teilt er mit. „Das Durchschnittsalter des gesamten Kommandos liegt bei 30 Jahren, bei den Einsatzgruppen beträgt es sogar nur 26 Jahre. Die Härte des Dienstes aber fordert auch Tribut. Es gibt schon mal einen Knochenbruch, ein Beamter verlor beim Sprengen durch Splitter ein Auge, Schlimmeres hatten wir bisher nicht zu beklagen."

Morgen in der WELT

Bei der Austrian Airlines sind die GEK-Beamten mit an Bord. An der Ausrüstung und an den Fahrzeugen wird nicht gespart.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die mißhandelte Sprache

Zu den 83,7 Prozent befragter Bürger in der Bundesrepublik Deutschland, die einen raschen Zerfall unserer Sprache sehen („Ade, du liebe Muttersprache"; WELT vom 15. März) gehören auch viele Leserbrief-Autoren. Sie reagieren damit auch auf den Artikel „Wo es ächzt und würgt" und „Sprachzerfall" von Dankwart Guratzsch (beide ebenfalls in der WELT vom 15. März). Nachfolgend bringen wir eine zweite Auslese aus den zahlreichen Zuschriften zu diesem aktuellen Thema.

Seit Jahrzehnten wird unser „geliebtes Deutsch" (Faust) von Fremdworten unterwandert; der „jettende Opernfreak", die „extreme Teleaufnahme", die „Viktimisierung" und die „Verifikation" sind die neuesten Sumpfblüten. Ohne „pro" und „per", ohne „exakt", „perfekt", „generell" und „präzis", ohne „initiieren", „inhaftieren" (!), „elaborieren" und „optimieren" (!) geht es nicht mehr.

Neuerdings macht die „Deutsche" Bundesbahn Reklame mit „Park & Rail", „Gepäck-Service", „Intercity-Plus", „Reise-Center", „Piktogramm", „Twen-Nachttramper", „Zugbegleit-Team" und „Quick-Pick"; ein „super-schneller" Versuchszug heißt „Intercity Experimental", was im Fernsehen „-mangtall", „-mäntel" oder „-mentahl" ausgesprochen wird.

Das Bundeskanzleramt sagt, der Verkehrsminister sei zuständig. Der Innenminister läßt ausrichten, die Länder hätten die „Kulturhoheit", aber die „Gesellschaft für deutsche Sprache" werde „finanziell" (unterstrichen) unterstützt (die vor der Pleite steht).

Im Postministerium sind meine „punktuellen" (!) Anregungen „nicht auf Verständnis" gestoßen. Verkehrsminister Dollinger schrieb mir persönlich, er sehe „wenig Sinn" darin, „wie weiland Don Quichotte" gegen Windmühlen zu kämpfen; nicht er sei verantwortlich, sondern die Hauptverwaltung der Bahn in Frankfurt a. M. Diese wiederum meinte, sie müsse sich „den heute allgemein üblichen Werbemethoden" anpassen. Meine Frage nach der Aussprache von „Experimental" wurde nicht beantwortet.

Meine fünfseitige Anfrage beim Verkehrsminister habe ich den elf Kultusministern und -senatoren mit der Bitte um Stellungnahme zugehen lassen. Ein Ministerium schreibt, man sei „bereits 1976" tätig geworden; allerdings sei man gegen „provinzielle Deutschtümelei". Ein zweites weist auf das „erwachte Nationalgefühl am Anfang des 20. (!) Jahrhunderts" hin; „tröstlich" sei der Gedanke, „daß viele neue Wörter nicht nur bei uns, sondern in gleicher Weise auch in andere Sprachen Eingang gefunden haben." Eine dritte Antwort verweist darauf, daß auch ich „Minister, Präsident, Medien, Pamphlet u. a." verwende. Einem vierten Schreiben ist zu entnehmen, daß sich „der Entwicklungsprozeß einer Sprache nicht sprachlich vorschreiben" lasse, während in einem fünften festgestellt wird, daß „jede lebende Sprache ... ständigen Veränderungen unterworfen" ist. Ein sechstes Ministerium ist dafür, die Sprache „lebendig" zu erhalten; auf die „Semantik" komme es an. Nummer 7 bis 11 haben nicht geantwortet.

Die Entscheidung der Väter des Grundgesetzes, den deutschen Kultusminister zu streichen, ist nicht ohne Folgen geblieben. Was kann man tun? Was sagt unser Bundestag dazu?

Friedrich Doepner, Oberst a. D., Celle

*

Den Ausführungen von Dankwart Guratzsch kann man nur beipflichten. Die deutsche Sprache ist ein Kulturgut, dessen Zerfall Einhalt zu gebieten höchste Zeit ist. Immer wieder, selbst in renommierten Zeitungen, finden sich grobe Verstöße gegen die deutsche Grammatik.

Die Schulen sind aufgerufen, richtiges Deutsch zu lehren. Aber sind sie dieser Aufgabe auch gewachsen, nachdem viele Jahre die deutsche Sprache in den Schulen sträflicherweise vernachlässigt worden ist?

Dr. Friedrich Bünger, Bonn 2

*

Der Sprachverfall ist ja nicht nur auf die verfehlte Schulpolitik der Länder zurückzuführen. Die Nachrichtenredaktionen der Fernsehanstalten beispielsweise beherrschen nicht einmal die Kunst der indirekten Rede. Da kommt dann ein primitiver Verbalismus zum Vorschein, daß sich die Haare sträuben.

Der Rückgang des Interesses der deutschen Sprache im Ausland liegt auch daran, daß es keine einheitlichen Regeln gibt, die als verbindlich gelten. Ausländer, die deutsche Lehrbücher benutzen, klagen immer wieder darüber, daß ein Buch dieses sagt, ein anderes jenes.

Gerade lese ich in der WELT vom 18. März das Wort vom „DDR"-Lauschangriff, eine besonders hirnrissige Umschreibung des Abhörens. Sollten nicht auch Journalisten die Konsequenzen ziehen?

Mit freundlichen Grüßen
W. Eimbcke, Hamburg 60

*

Sehr geehrter Herr Guratzsch,
für Ihren Artikel „Sprachverfall" herzlichen Dank.

Allerdings: Die WELT sollte endlich in sich gehen. Ich habe mich im Laufe der Zeit verschiedentlich bemüht, auf den Fremdwörtermißbrauch hinzuweisen, leider vergeblich. Man scheint kritiklos ohne Durchsicht alle Beiträge mit Fremdwörtern zu belassen. Auf Seite 3 der Ausgabe vom 15. März finde ich zum Beispiel: Statement, con sordino (mußte ich nachsehen), freak, Gag, Graphik-Tableau. Es wimmelt sonst von flops, Deal (nicht nur bei Drogen), Jackpots, „es macht Sinn" usw.; gravierend, relevant sind ganz unnötig und können mehrfach deutsch ausgedrückt werden.

Mir scheint, hier ist ein „Kommissar" nötig.

Mit freundlichen Grüßen
Karl H. Wolbrandt, Wennerstorf

*

Sehr geehrte Damen und Herren,
selten sprach mir ein Kommentar der WELT so aus dem Herzen wie der von Dankwart Guratzsch über den Sprachverfall.

Als Tochter eines altmodischen Deutschlehrers, die inzwischen fast 50 ist, fällt mir immer wieder auf, daß vor allem in der Rechtschreibung vieles nicht in Ordnung ist. Meine Tochter (19), kurz vor dem Abitur, bestätigt mir, daß selbst die heutigen Lehrkräfte Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben.

Als aufmerksame Leserin fällt mir auf, daß das auch bei Journalisten, die doch eigentlich mit der Sprache ihr tägliches Brot verdienen, so ist. Es vergeht fast kein Tag, an dem mir nicht irgendein Schnitzer in grammatikalischer Hinsicht in der WELT auffällt. Letztes Beispiel:

Ausgabe Nr. 62 vom 14. 3. 1986, Seite 20, in dem Artikel von Anja-K. Keymes, Bonn, „Erinnerung an Lebertran" im letzten Absatz. Ich zitiere: „Im Rahmen einer TV-Gala wird morgen abend zu Spenden für ein Projekt aufgerufen, daß in Afrika beispielgebend sein soll ...". Wie haben wir es vor 40 Jahren gelernt: Wenn man das durch welche (r, s) ersetzen kann, wird es mit einfachem s geschrieben.

Mit freundlichen Grüßen
Elisabeth Poisz, Dudenhofen

*

Wer mit ein wenig Interesse und Aufmerksamkeit die Entwicklung unserer Muttersprache verfolgt, dem kann nur das kalte Grausen kommen. Es hat den Anschein, als ob von den meisten Menschen kaum noch jemand soviel Bildung und Stilgefühl besitzt, um zu bemerken, wie tief wir inzwischen kulturell gesunken sind. Gerade maßgebende Persönlichkeiten haben ein gestörtes Verhältnis zu ihrer eigenen Muttersprache.

Es wurde bereits verschiedentlich offen darüber gesprochen und es wurden folgende „Sprachgruppen" festgestellt:

- *Beamten- und* Juristendeutsch (hat es wohl schon immer gegeben),
- Professorendeutsch (nur noch Fremdwörter und ausländische Ausdrücke),
- Zeitungsdeutsch (bitte um Verzeihung: nicht in der WELT),
- Supermarkt- und Reklamedeutsch,
- Abfallkübeldeutsch.

Ich beglückwünsche Sie zu Ihren Veröffentlichungen und werde mich – durch die Artikel informiert – um die Mitgliedschaft bei der „Gesellschaft für deutsche Sprache" bemühen.

Mit freundlichen Grüßen
Donatus Stieler, Freiamt

Die Wahrheit?

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Erzwingung der Einleitung des Ermittlungsverfahrens gegen Bundeskanzler Helmut Kohl durch den Kölner Generalstaatsanwalt würde von der Öffentlichkeit eher begriffen und hingenommen worden sein, hätte nicht der Generalstaatsanwalt mehrfach Unwahres behauptet und überzeugende Begründungen vorenthalten!

Es ist bisher nicht bekannt, daß etwa den Bonner Staatsanwälten einschließlich ihres leitenden Oberstaatsanwaltes mangelnde Rechts- und Sachkunde vorzuhalten gewesen wäre. Auch wurde ihnen irgendein pflichtwidriges Handeln bislang nicht vorgeworfen. Was aber waren dann, wenn nicht politische, die maßgeblichen Gründe für den Generalstaatsanwalt, das Verfahren zu erzwingen? Und weshalb „informierte" er dreimal wahrheitswidrig die Öffentlichkeit?

Erstens: Die Bonner Staatsanwaltschaft hätte ein Verfahren „aus eigener Erkenntnis" einleiten wollen. Zweitens: Seitens der Bonner Staatsanwaltschaft hätte es „keine Gegenvorstellungen" gegeben. Drittens: Er, der Generalstaatsanwalt, habe mit dem Jusitzminister „keinerlei Kontakte" gehabt.

Darf ein Generalstaatsanwalt ungestraft die Öffentlichkeit an der Nase herumführen?

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Oskar Sittart, Krefeld 11

Wort des Tages

„Jeder, der lobt, fürchtet heute, für dumm gehalten zu werden. Jeder, der tadelt, ist sicher, für klug gehalten zu werden."

Jean Cocteau, französischer Autor, Maler und Regisseur (1889–1963)

Kompliment

Leserbrief zum Thema Notausgabe der WELT vom 24. März

Liebe WELT-Mannschaft,
ich danke Ihnen dafür, daß mir Ihre Notausgabe vom Montag doch etwas das Frühstück verdorben hat. Das mag merkwürdig klingen, aber wäre es nicht schlimmer gewesen, wenn es mir gleichgültig gewesen wäre? Der Fehler zeigt, wie sehr wir uns aneinander gewöhnt haben: Mensch und Zeitung, Leser und WELT-Mannschaft.

Die Technik hat Sie vielleicht eine Nacht lang in die Knie zwingen können, aber dafür haben Sie in all den Jahren, in denen ich Sie kenne, Tag für Tag standhaft Stellung bezogen und saubere journalistische Arbeit geliefert. Und das werden Sie weiter tun, das weiß ich, und dafür möchte ich Ihnen danken.

Robert Stegemann, Sinzig-Bad Bodendorf

Billige Kost

„Die jungen Leute lassen die schnelle Küche hochleben"; WELT vom 24. März

Sehr geehrte Damen und Herren,
bei „Fast-Food" fällt mir eine Anmerkung eines Freundes aus der Schweiz ein: „Welch ein Glück für die Feinschmecker, daß die Deutschen so schlecht essen!"

Ich glaube, er hat recht.

Wenn die Deutschen so essen würden, wie auch heute noch ungezählte Franzosen, würde das Kilo Turbot 300 Mark und die Flasche La Tache 1000 Mark kosten.

Heinz Runge, Freiburg/Br.

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Das Königreich Tonga entsendet in Kürze einen neuen Botschafter nach Bonn. **Siaosi Taimani Aho** erhielt inzwischen das Agrément. Auch Saudi-Arabien wird demnächst durch einen neuen Botschafter in Bonn vertreten sein. Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat dem Diplomaten **Abbas Fayek Ghazawi** das Agrément erteilt.

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Werner Rother** feiert heute seinen 70. Geburtstag. Professor Rother hat an der Maximilians-Universität München Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht gelehrt. Professor Rother, in Dresden geboren, studierte in Leipzig und Kiel und promovierte 1941 in Leipzig. Nach dem Krieg war er zunächst im Dienst der Stadt Leipzig. Aus politischen Gründen konnte er sich in Leipzig nicht habilitieren und verlor auch seine Stelle. 1958 floh er in die Bundesrepublik Deutschland und habilitierte sich 1963 an der Universität München, 1968 wurde er zum außerplanmäßigen Professor ernannt. In München war er bis zu seiner Pensionierung 1981 tätig.

AUSZEICHNUNG

Herbert von Karajan ist für die beste musikalische Leitung einer der zehn französischen Opern-Schallplatten-Preise in Paris zuerkannt worden. Karajan erhielt die Auszeichnung für die Aufnahme von Giuseppe Verdis und Johannes Brahms' „Requiem" (DGG), an der die Wiener Philharmoniker und der Wiener Singverein mitgewirkt hatten. Der deutschen Sopranistin **Waltraud Meier**, die in Richard Wagners „Parsifal" (Pathe Marconi) die Kundry singt, wurde der Preis des französischen Kulturministeriums verliehen.

VERANSTALTUNGEN

Die Stiftung Ostdeutscher Kulturrat gab in Hannover einen Empfang für **Wilhelm Kampf**, der am Sonntag seinen 80. Geburtstag feierte. Von 1958 an war der geborene Hesse als Referent für kulturelle Aufgaben und gesamtdeutsche Öffentlichkeitsarbeit im niedersächsischen Vertriebenenministerium tätig. Seine 1971 anstehende Versetzung in den Ruhestand wurde um drei Jahre verschoben, weil man auf sein Fachwissen nicht verzichten wollte. Wilhelm Kampf ist Vorsitzender des Kuratoriums in der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat und gehört dem Vorstand des „Nordostdeutschen Kulturwerks" in Lüneburg an.

*

Die Stadt Goslar hatte wieder einmal eingeladen, der „Churfürstlich Meintzische Mundtkoch" **Marxen Rumpolt** hatte mit seinem 1587 erschienenen Kochbuch Rezepte und Regieanweisungen geliefert, „wie man herrliche große Pancketen ordentlich anrichten und bestellen soll". Und 200 Prominente aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien waren dem Ruf zum mittelalterlichen Schmaus in die Kaiserpfalz gefolgt. Ehrengast des „19. Goslarischen Panckets" war diesmal der Vorstandsvorsitzende der Preussag AG, **Günther Saßmannshausen**. Mit dabei waren der Präsident des niedersächsischen Landtags, **Edzard Blanke** (CDU), und der Landtagsvizepräsident **Helmut Bosse** (SPD).

BERUFUNG

Der Generalmusikdirektor am Stadttheater Bremerhaven, **Leo Plettner**, ist zum 1. Oktober 1986 als ordentlicher Professor für musikalische Leitung der musikdramatischen Darstellung an der Wiener Hochschule für Musik und darstellende Kunst berufen worden. Leo Plettner wird jedoch im Rahmen seines Vertrages dem Städtischen Orchester sowie dem Stadttheater Bremerhaven weiterhin zur Verfügung stehen.

WAHL

Dr. **Walter Hoppe**, außerplanmäßiger Professor für Physikalische Chemie der TU München, emeritiertes wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Instituts für Biochemie, wurde zum ordentlichen Mitglied der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gewählt.

Der Unternehmer **Benno Hettlage** ist am Sonntag in seiner Villa in Grünwald bei München verstorben. Der Besitzer von 40 Kaufhäusern wäre im Juni 80 Jahre alt geworden. Hettlage hatte vor 50 Jahren in München sein erstes Kaufhaus eröffnet. Inzwischen beschäftigt sein Imperium 2500 Mitarbeiter. Jeder zweite von ihnen ist im Besitz von Aktien der Firma.

FUSSBALL / Pokalspiel Stuttgart – Dortmund

Förster: Verletzt, aber dabei

sid, **Stuttgart**

Im Normalfall hätte Karlheinz Förster nein gesagt. Doch weil ein Finale um den DFB-Pokal auch für einen Vize-Weltmeister, Europameister und Deutschen Meister etwas Besonderes ist, will der Kapitän des VfB Stuttgart heute beim Halbfinale gegen Borussia Dortmund (20 Uhr; live in SAT 1) trotz einer hartnäckigen Adduktoren-Reizung dabeisein. Schließlich war Förster noch nicht einmal vier Monate alt, als Stuttgart 1958 zum bisher letzten Mal nach 1954 (1:0 gegen den 1. FC Köln n. V.) ein Pokal-Finale bestritten und mit 4:3 n. V. gegen Fortuna Düsseldorf gewonnen hat. „Die Schmerzen sind noch nicht ganz weg", sagte Förster. Aber Sportarzt Professor Klümper meinte, die Leiste sei nicht das Problem.

Der SC Freiburg, Tabellenvorletzter der zweiten Fußball-Liga, hat seinen Trainer Josef Beckr beurlaubt und Amateurtrainer Kurt Rettenberger zum Interimstrainer ernannt.

STAND ● PUNKT / *Mexiko*

Die Besetzung war hochkarätig, die das Haus Adidas 68 Tage vor Beginn der Fußball-WM in seinem Hotel in Herzogenaurach über hundert Gästen aus 16 Ländern präsentierte: Carlos Alberto, Mannschaftsführer des brasilianischen Teams, das 1970 in Mexiko Weltmeister wurde, Gordon Banks, mit England 1966 Weltmeister, der deutsche Teamchef Franz Beckenbauer, Homa Borras, Trainer aus Uruguay, Guy Thijs, Belgiens Nationalcoach, und Michel Hidalgo, technischer Direktor des französischen Verbandes.

Vor allem Franz Beckenbauer konnte sich zuweilen beruhigt zurücklehnen, wenn er von den Problemen der anderen hörte. Eigene hat der deutsche Teamchef ohnehin noch zur Genüge.

Aber derzeit schlagen sie sich noch alle mit ähnlichen Sorgen herum: Wie kann der Höhenunterschied am besten überwunden werden? Was tue ich gegen die Hitze (40 Grad) in Mexiko? Was Beckenbauer am meisten beruhigt: Die anderen haben auch noch nicht die Idealbesetzung für die WM gefunden.

Homa Borras zum Beispiel reist derzeit in Europa umher, um die Form seiner außerhalb Uruguays spielenden Landsleute zu überprüfen. Er sagt: „Ich will keine Namen, sondern Spieler, die Leistung bringen können, ins Aufgebot berufen." Die Wunsch-Elf hat er im Kopf, gespielt hat sie aber noch nie.

Bei den Belgiern ist es nicht viel anders. Guy Thijs vertraut auf die Blockbildung in Anderlecht und Brügge. Fazit: „Es gibt einen großen Kern, aber noch keine Mannschaft."

Die Brasilianer seien auch noch nicht viel weiter, erzählte Alberto. Die Probleme für Trainer Santana werden beginnen, wenn von 29 auf 22 Spieler reduziert werden muß. Für die Briten (England, Nordirland, Schottland), erwartet Gordon Banks die Hochform in den letzten drei Wochen vor der WM. Eine Ausnahme bilden vielleicht nur die Franzosen. Michel Hidalgo: „Bei uns wissen acht, neun Spieler, daß sie erste Wahl sind." WM-Favorit Frankreich?

Franz Beckenbauer jedenfalls fühlt sich nachträglich bestätigt, weil er stets gesagt hatte, die deutsche Mannschaft werde sich wohl erst in Mexiko finden. Alle Experten waren sich darüber einig, daß dann vor allem die technisch versierten Mannschaften im Vorteil sein werden. Hidalgo ging noch weiter: „Die Anpassung an den harten Boden ist ein besonders wichtiges Kriterium. Kleine Spieler haben dabei weniger Probleme. Das sollte sich auch auf die Zusammensetzung des Teams auswirken."

Wie froh wären also die Deutschen, wenn sie Pierre Littbarski oder Rudi Völler dabei hätten. Und Bernd Schuster?

Beckenbauer sagte, vor Ostern werde wohl die Entscheidung fallen, ob der Star aus Barcelona in die Nationalelf zurückkehrt. Zeit genug, ihn zu integrieren, bliebe also. Und mit Schuster würde sich das technische Element der deutschen Mannschaft erheblich verbessern.

ULRICH DOST

BASKETBALL / Die Drogensucht und ihre Auswirkungen in den USA

Kokain! Die Strafe: lebenslänglich für einen Superstar. Nie mehr Profi

LARRY ROSBUD, **New York**

Das Urteil war hart, aber notwendig und längst überfällig. Zu lange hatten die Verantwortlichen den Kopf in den Sand gesteckt, zu lange heile Welt gespielt. Der Name: Michael Ray Richardson. Die Verfehlung: Kokain. Die Strafe: lebenslänglich.

Richardson, einer der besten Basketballspieler der USA, darf nie wieder in der amerikanischen Profiliga NBA spielen. Der ins Zwielicht geratene, von Drogenskandalen erschütterte amerikanische Berufssport mußte ein Signal setzen. Daß es einen Superstar erwischte, erhöht die Wirkung.

Geschätzte vier Millionen Amerikaner schnupfen die Modedroge Kokain. Auch im Sport hat sie schon lange Einzug gehalten. Baseball hatte seinen Skandal, nach der Super-Bowl, dem Endspiel der US-Football-Meisterschaft, erwischte man einige Spieler des Finalisten New England, Berufsboxer wie Aaron Pryor oder Alexis Argello brachten die in ihren WM-Kämpfen verdienten Millionen mit Kokain durch.

Die Schätzungen, wie viele Spieler der Basketball-Profiliga von Drogen abhängig sind oder zumindest gelegentlich zu ihnen greifen, schwanken zwischen 30 und 50 Prozent. Michael Ray Richardson, der bei New Jersey Nets umgerechnet rund zwei Millionen Mark pro Jahr an Fixum kassierte, war der vielleicht bekannteste der Sünder. Drei Entziehungskuren hatte er bereits hinter sich – jedes Mal wurde er rückfällig. Bis er jetzt aus der Liga flog.

Aber das Problem der Drogen ist nicht nur ein Problem im Basketball. Die Verhältnisse im Football, Baseball oder Boxen sind ähnlich. Für die Dealer drängen sich Berufssportler als Kunden förmlich auf, junge Männer aus meist unteren Schichten, die plötzlich die Taschen voller Geld haben.

Zunächst steigert das Kokain die Konzentrationsfähigkeit des Spielers – aber schon bald muß die Dosis erhöht werden, und in weiterer Folge kehrt sich die anfänglich zumindest subjektiv positive Wirkung ins Gegenteil.

Es hat zuvor schon Drogenabhängigkeit in der NBA gegeben. Etwa Marvin Barnes mit dem bezeichnenden Spitznamen „bad news" (schlechte Nachrichten). Er wurde zwar im Gegensatz zu Richardson nie gesperrt, fand aber trotz einmaliger Fähigkeiten schließlich keinen Klub mehr, der das Risiko eingehen wollte, ihn zu verpflichten. Nicht einmal in Europa, wo er nach einem Jahr großer Leistung und noch größerer Probleme aus Venedig verschwinden mußte. Oder Marques Johnson, um den es zwischen zwei Klubs sogar einen Kokain-Prozeß gab. Milwaukee hatte bei seinem Transfer zu San Diego verschwiegen, daß er drogenabhängig war, und, und, und ...

MOTORSPORT / Beim Formel-1-Rennen in der Eifel – vor dem Fernseher

Die Wette gilt: Ein Steak gegen Zakspeed

LEO WIELAND, **Nürburg**

Wer fährt an einem verregneten Nachmittag zum Nürburgring, wenn kein Rennen stattfindet? Die Formel-1-Fans, denn im Hotel „Döttinger Höhe" gibt es fast immer ein Autorennen zu sehen – im Fernsehen.

Weil die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten nur in Ausschnitten von der Formel-1-WM berichten, hatten sich auch zur Saisoneröffnung an die 150 Motorsportbegeisterte auf den Weg in die Eifel gemacht. In der „Döttinger Höhe" wird nämlich RTL-Plus empfangen. Und die Luxemburger sind bei jedem Grand Prix live dabei.

Den „Tag des Herrn" nannte deshalb Karl Heinz Bell aus Adenau den 23. März 1986, als Nelson Piquet in Rio gewann und ganz Brasilien Samba tanzte. Genau 140 Tage dauerte die Winterpause der Formel 1 – die Stammtischrunde fühlt sich mit Fußball und Tennis übersättigt.

Das Rennen beginnt zwar erst um 17.00 Uhr, doch schon zwei Stunden vorher ist es im Gastraum der „Döttinger Höhe" proppenvoll. Wer zuerst kommt, kriegt den besten Platz. Von wegen Reservierungen. Die Fans drängeln sich um drei Fernsehgeräte – und irgendwie zaubert Wirt Retterath immer neue Stühle herbei: jeder soll seinen Sitzplatz haben. Countdown vor dem ersten Grand Prix 1986, mit Kaffee und Kuchen, mit Käse und Schinken, Bier und Skat. Saisonstart hoch oben in der Eifel – und der Wirt strahlt.

„Wie kurz nach dem Krieg" sagt Karl Heinz Bell. Der 47jährige hat schon 1954 das Finale um die Fußballweltmeisterschaft in der „Döttinger Höhe" vor dem Bildschirm miterlebt. Fernsehgeräte waren damals noch rar, doch dort oben gab es eines. Das Restaurant gleich an der Chaussee wurde zum Treffpunkt, die Sportübertragungen zum Ereignis.

Kurz vor fünf kann man die berühmte Stecknadel fallen hören. Die Leitung nach Rio ist geschaltet, das Starterfeld geht auf die Einführungsrunde. Am Stammtisch fiebern sie mit ihren Favoriten, mit dem Brasilianer Nelson Piquet und mit Alain Prost, dem Weltmeister aus Frankreich.

Nach wenigen Runden übernimmt Piquet die Spitze, Prost rückt immer weiter nach vorn. Zum ersten Mal gibt es in der „Döttinger Höhe" Applaus, und als Piquet nach eineinhalb Stunden gewinnt, ist die Stimmung auf dem Siedepunkt. „Den richtigen Sieger habe ich nicht getippt, gewonnen habe ich trotzdem", jubelt Alfred Tempel aus Jammelshofen. Er hatte mit dem Wirt gewettet, daß Zakowskis Auto nicht ins Ziel kommt. Tempels Gewinn: ein Pfeffersteak. Trotz der verlorenen Wette ist der Wirt der Gewinner des Tages. Das Lokal war voll, der Rubel rollte.

Seit Ende 1984 die motorsportfreundlichen Wellen aus Luxemburg über der Eifel zusammenschlugen, kann Retterath in der Rennsaison einen überaus erfreulichen Extra-Umsatz verbuchen. Er weiß natürlich, daß es ein Geschäft auf Zeit ist: „Wenn alles verkabelt ist, ist Schluß."

NACHRICHTEN

Neue Fußball-Liga

New York (sid) – In den USA ist mit der sieben Vereine umfassenden „Western Soccer Alliance" eine neue Fußball-Profiliga gegründet worden. Erlaubt sind pro Team zwei Ausländer.

Piontek bleibt

Belfast (sid) – Josef Piontek (46) wird seinen Vertrag als dänischer Fußball-Nationaltrainer bis zum 30. Juni 1988 erfüllen. Piontek hatte auch von Real Madrid und aus Saudi-Arabien Angebote erhalten.

Tödlich verunglückt

Spittal (sid) – Bei einem Autounfall in der Nähe von Spittal (Österreich) sind die beiden jugoslawischen Skirennläufer Joze Kuralt und Stane Jeriek tödlich verunglückt.

Löhr sagte ab

Düsseldorf (dpa) – Hannes Löhr (43), ehedem Trainer des Fußball-Bundesligaklubs 1. FC Köln, schlug ein Angebot des Konkurrenzvereins Fortuna Düsseldorf für eine Managertätigkeit aus.

Paris und Olympia

Paris (sid) – Paris hat sich nach Barcelona, Amsterdam, Birmingham, Sofia und Brisbane offiziell um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 1992 beworben. Das Budget: eine Milliarde Dollar.

Baric wieder nach Wien

Wien (O. B.) – Otto Baric, ehedem Trainer bei Rapid Wien und dann beim deutschen EX-Meister VfB Stuttgart tätig, kehrt zu Rapid Wien zurück.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Rotterdam, erste Runde: Pimek (CSSR) – Maurer (Deutschland) 6:3, 3:6, 6:3.

EISHOCKEY

Länderspiel in Helsinki: Finnland – Deutschland 5:1 (2:0, 2:0, 1:1).

GEWINNQUOTEN

Lotto: Gewinnklasse 1: 1 215 485,70 Mark, 2: 117 627,60, 3: 6690,70, 4: 110,50, 5: 8,30. – **Elferwette:** 1: 29 349,90, 2: 714,10, 3: 53,70. – **„6 aus 45":** 1: unbesetzt (Jackpot 423 628,90), 2: unbesetzt (Jackpot 72 528,50), 3: 3050,10, 4: 59,90, 5: 5,80. – **Rennquintett:** Rennen A, 1: 119,50, 2: 8,40. Rennen B, 1: 43,30, 2: 13,20, Kombinationsgewinn: 359 194,40 Mark. (Ohne Gewähr)

TENNIS

Rekordstrafe für Connors

sid, **New York**

Der Amerikaner Jimmy Connors (33) wurde von der Internationalen Vereinigung der Tennis-Profis (MIPTC) für 30 Tage gesperrt und muß eine Strafe von 20 000 Dollar zahlen. Connors hatte in Boca Raton (US-Bundesstaat Florida) gegen den späteren Sieger Ivan Lendl (CSSR) wegen einer Entscheidung des Schiedsrichters im fünften Satz den Platz verlassen.

Unmittelbar danach war er von der Turnierleitung bereits mit 5000 Dollar Strafe belegt worden.

Die bisherige Höchststrafe ging auf das Konto des Argentiniers Guillermo Vilas, der 1983 wegen unerlaubter Entgegennahme eines Handgelds von 60 000 Dollar beim Turnier in Rotterdam zu 20 000 Dollar und einem Jahr Sperre verurteilt worden war. Die Sperre trat jedoch nicht in Kraft, weil Vilas mit Erfolg in die Berufung ging.

LEICHTATHLETIK

Hingsen: „Mit dem Rücken zur Wand"

CURD MORELL, **Uerdingen**

„Der Europacup-Wettkampf vom vorigen Jahr ist abgehakt, und jetzt stehe ich mit dem Rücken zur Wand", sagte der Uerdinger Zehnkampf-Weltrekordler Jürgen Hingsen gestern und begab sich gemeinsam mit Ehefrau Jeanne, Trainer Norbert Pixken und dem Physiotherapeuten Hans Pfeifer auf die Reise nach Los Angeles. Neuanfang nennt der 27jährige das, was nach seinem vorzeitigen Ausscheiden im letzten Herbst beim Europacup-Finale nunmehr in Kalifornien erfolgen soll.

In Santa Barbara will er nun den Grundstein dafür legen. Ob es bei den Europameisterschaften Ende August in Stuttgart noch einmal zum großen Duell zwischen ihm und dem farbigen englischen Olympiasieger Daly Thompson kommt? „Zu Prognosen lasse ich mich nicht mehr hinreißen", sagt Hingsen, „schließlich habe ich seit eineinhalb Jahren keinen Zehnkampf mehr durchgestanden und lasse es erst einmal auf mich zukommen." Wenn er zurückkommt, werden das erst einmal drei EM-Qualifikationen sein.

STELLENGESUCHE

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte

Architekten mit EDV-orientiertem Fach- und Führungswissen

Die **Technische Akademie Wuppertal** hat einen mit dem Fachvermittlungsdienst Düsseldorf konzipierten **8-monatigen Vollzeit-Lehrgang für Architekten** durchgeführt.

Die Teilnehmer sind intensiv in den Bereichen Kostenrechnung, Arbeitsvorbereitung, Bauphysik, Baurecht, BWL, CAD, Sicherheitstechnik und Statik geschult worden.

Ein besonderer Schwerpunkt des Lehrgangs lag *auf dem Einsatz der EDV in den o. g. Bereichen.*

Nachstehend finden Sie detaillierte Informationen über die Qualifikation der einzelnen Teilnehmer:

Architekt, Diplom-Ingenieur, FH Kiel
38, 8 J. Berufserfahrung in Entwurf, Ausführungs-, *Detailplanung, Projekt- und Bauleitung,* Ausbauüberwachung von Wohnungs- und Verwaltungsbauten; Altbausanierung, Industrie- und Anlagenbau, 3 J. Auslandserfahrung bei Intern. Unternehmen. Englische Sprachkenntnisse.
Wunsch: Verantwortliche Tätigkeit in Architekturbüro, Bauunternehmen, Wohnungsbaugesellschaft, bevorzugt Raum NW, Ruhrgebiet, Düsseldorf . . . . TAW 01

Architekt, TU Berlin, Diplom-Ingenieur
44, Erfahrungen in Wettbewerb, Entwurf, Ausführungsplanung und Städtebau, Kenntnisse und besonderes Interessé an EDV/CAD;
sucht Anstellung in Raum 4000, 5000 oder 6000 . . . . TAW 02

Architekt/Innenarchitekt
45, 20 J. Berufserfahrung in Detaillierungen, Ausführungsplanung, Berechnung und Entwurf, *besondere zeichnerische Fähigkeiten;*
sucht Anstellung im Großraum NRW . . . . TAW 03

Architekt AKNW/Diplom-Ingenieur
55, 34 J. Berufserfahrung als Architekt, Bauleiter und Oberbauleiter im Wohnungs- und Geschäftshausbau . . . . TAW 04

Architekt, Diplom-Ingenieur (FH)
49, verh., 25 J. Erfahrung im Ges.-Bereich *Planung,* Gestaltung, *Planungsprojektleitung und* Ausbauüberwachung von Großobjekten des Wohn-, Geschäfts-, Warenhaus-, Büro-, Verwaltungs-, Schul- und Sportbaus sowie Einkaufszentren;
sucht verantwortliche Tätigkeit in NRW, ggf. objektgebundener Zeitvertrag oder freie Mitarbeit . . . . TAW 05

Diplom-Ingenieur, Architektur (FH)
35, FH Wuppertal, Erfahrung im allgem. Hochbau, Entwurf, Planung und Detailplanung. Englisch, Französisch, Italienisch.
Wunsch: Entwurf, Planung und Projektleitung, Architekturbüro in NRW . . . . TAW 06

Architektin
39, 7 J. Berufserfahrung im allgemeinen Hochbau, Vorentwürfe, baureife Planungen, Detail- und Ausführungsplanung. Spanische und englische Sprachkenntnisse.
Wunsch: Verantwortliche Tätigkeit im Raum Düsseldorf . . . . TAW 07

Architekt, Diplom-Ingenieur
51, langjährige Praxis in mittelgroßen Architekturbüros; bauvorlagenberechtigt; Wettbewerbs-, Bauleit-, Entwurfs-, Ausführungsplanung für Bauträgergesellschaften, überregionale, kommunale und priv. Bauherren, schlüsselfertig und konventionell; Projektsteuerung, techn. Bauberatung; Erfahrungen im Umgang mit Baubehörden, Englisch, Serbokroatisch in Anfängen;
sucht eigenverantwortliche, möglichst selbständige Tätigkeit in der Planungsabteilung eines *Architekturbüros, einer Bauträgergesellschaft, Behörde oder Industrie im Großraum Wuppertal* – Solingen – Köln – Düsseldorf – Duisburg – Essen . . . . TAW 08

Architektin, Diplom-Ingenieur (FH)
28, 4 J. Berufserfahrung, Bauanträge, Ausführungs- und Detailplanung, Ausschreibungen, *Aufmaß und Abrechnung, Bauleitung.*
Wunsch: Aufgaben ggf. mit EDV-Anwendung in den Bereichen Entwurf, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baukostenplanung, Bauleitung . . . . TAW 09

Architekt, Diplom-Ingenieur (FH)
30, 4 J. Berufserfahrung im Erstellen von Bauvorlagen, Ausführungs- und Detailplanung, Massenberechnungen und Ausschreibung im Bereich Wohnungs- und Industriebau;
sucht verantwortliche Tätigkeit in Architekturbüro, Raum NRW . . . . TAW 10

Ingenieur (grad.) Architektur
40, Indonesier, FH Düsseldorf 1974, mehrj. Berufserfahrung in Entwurf und Gestaltung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Vergabe, Bauleitung, Rechnungsprüfung (Abrechnung), Englisch, Holländisch.
Wunsch: Architekturbüro, Bauträger-Gesellschaft in Entwurf und Gestaltung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Vergabe, Bauleitung, Rechnungsprüfung (Abrechnung) oder bei einem Wohnungsunternehmen im Bereich Modernisierung und Instandhaltung . . . . TAW 11

Architektin
40, verh., Erfahrung in Planung, Bauvorlagen, Ausführungs- und Detailplänen. Langjährige Tätigkeit in Wohnungsbaugesellschaft und namhaftem Architekturbüro.
Wunsch: Architekturbüro, Wohnungsbaugesellschaft oder Bauunternehmung, Großraum Düsseldorf . . . . TAW 12

Diplom-Ingenieurin (FH) Architektur
29, GHS Wuppertal, 5 J. Praxis im Architekturbüro. Erfahrung in Entwurfs-, Genehmigungs- und Ausführungsplanung, vorwiegend Wohnungsbau.
Wunsch: Planer oder Bauleiter in Architekturbüro, Bauunternehmen oder Wohnungsbaugesellschaft. *Raum Düsseldorf, Wuppertal, Köln, Dortmund und Bochum* . . . . TAW 13

Architekt (FH) Dortmund
34, Elektroinstallateur, Erfahrung *in Entwurf, Konstruktion;*
sucht Stelle in Konstruktion oder Bauleitung . . . . TAW 14

Architekt AKNW/Diplom-Ingenieur
30, FS Kl. 3, Berufserfahrung in Entwurf, Ausführungsplanung, Ausschreibung und Bauleitung, in der ganzen BRD . . . . TAW 15

Diplom-Ingenieur (FH) Architektur
28, Berufspraxis in *Entwurf, Detail- und Ausführungsplanung,* Bauleitung, Arbeitsfeld im Bereich von Wohnungs- und Industriehallenbau, Altbausanierung.
Wunsch: Verantwortliche Tätigkeit bei Bauunternehmen oder Architekturbüro im Raum NW, geneigt auch für das Ausland . . . . TAW 16

Haben Sie Interesse an einer Bewerbung, so fordern Sie bitte die entsprechenden Unterlagen unter Angabe der Kennziffer an.

Ihr Gesprächspartner: Eberhard Nagel
Fachvermittlungsdienst für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
beim Arbeitsamt Düsseldorf, Immermannstraße 65d.
Postanschrift: Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1, Telefon: 0211/8226-262, -363,
FS: 8588292 aaddd, Telefax: 0211/8226-295

Bundesanstalt für Arbeit

BANKER

Mittfünfziger, jahrzehntelang tätig als Fil.-Dir., Großb. u. Vorst.-Mitgl., Volksbank, m. besten Zeugnissen sucht verantw. Tätigkeit in einem Kredit-/Finanzinstitut od. Wirtschaftsunternehmen.
Langj. Praxis im Aktiv- u. Passivgeschäft, Verwaltung, Überwachung, Personalwesen u. Außenhandel.

Zuschriften erbeten unter Z 9911 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer

Industrie, *Dipl.-Kfm.,* 40 Jahre, verh., führungserprobte und integrierende Persönlichkeit mit den Schwerpunkten

– Vertrieb – Controlling – Finanzen –

sucht neue Aufgabe als vertriebsorientierter kaufmännischer Geschäftsführer oder Konzernmanager in Norddeutschland.
Ang. u. L 1010 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Deutsch-Kanadier, Dipl.-Ing.

Fachricht. Allgem. El.-Technik, Ende 30, z. Z. wohnhaft in der Nähe von Toronto, Ontario, Kanada, kaufmännisch orientiert, sucht ab Mitte 1986 neue verantwortungsvolle Position in Kanada, möglichst in einer Zweigniederlassung eines deutschen Unternehmens oder einer im Aufbau befindlichen Tochter. Erfahrungen in Investitionsplanung, el.- und allgemeine Bauleitung, Produktion, Werkleitung, Vertrieb, Einkauf und Buchhaltung. Durch langjährigen Auslandsaufenthalt voll zweisprachig in Deutsch und in Englisch.
Angebote erbeten unter M 1011 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH) Architekt

15 J. Berufserf. im Wohn- und Industriebau, EDV-Kenntnisse, perfekt im schlüsself. Bauen, flexibel, engagiert, untern. denkend, Führungserf., su. neue leitende Tätigkeit, evtl. freie *Mitarbeit oder Partnerschaft.*

Angebote u. G 1007 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIPLOM-VOLKSWIRT

37, mehrjährige Erfahrung in Organisation u. Verkauf, sucht interess. Führungsaufgabe im Vertrieb. Auch auf freiberufl. Basis möglich. Standort Raum Nordbayern.

Angebote unter B 1002 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIPLOM-DESIGNERIN BDG */42/werbl. BERUFSPRAXIS. Agentur/*
Behörde SCHWERPKT. terminger visuelle Umsetzungen PROD
TECHN KENNTN. Umbruch/Buchdr /Offset/Lichtsatz
WUNSCH Mitarbeit grafischer Gestaltungstechniken
in Verlag/Druckerei/Industrie
Ganztagsstelle/ortsungebunden
Ang. erb. u. Nr. H 1008 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Suche für zirka 3 Jahre eine Aufgabe
die Intuition, Einfühlungsvermögen und Dynamik verlangt. Akademikerin mit Erfahrung im internationalen, organisatorischen und kulturellen Bereich.
Ang. u. R 1014 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Vertrieb u. Marketing
Vertriebsleiter (41 J.), Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) einer Firma mit 150 Beschäftigten für techn. erklärungsbedürftige Produkte an die Industrie und OEM (150 TDM), mobil, sucht neue Aufgabe. Zuschriften erb. u. E 1005 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chefassistentin
38, verh., perfekt Französisch/Englisch (inkl. Steno). Dolmetscher-/Übersetzerpraxis, Auslandserfahrung, selbständige und verantwortungsbewußte Arbeitsweise, in ungekündigter Stellung, sucht zum 1. 7. oder später neue Aufgabe im Raum Köln.
Angeb. u. C 1003 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH)
Biomed. Technik, 31 J., mehrj. Berufserfahrung in der Projektabwicklung und Softwareentwicklung f. med. Bildauswertesysteme, sucht interessante und ausbaubare Stellung im Bereich der Datenverarbeitung.
Angeb. u. F 1006 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Weltoffen

Was heute irgendwo auf der Welt geschieht, kann morgen unser Leben verändern. 90 Korrespondenten an 35 wichtigen Plätzen des In- und Auslandes berichten in der WELT über die Ereignisse und ihre Hintergründe. Das gibt den WELT-Lesern einen wahrhaft weltweiten Horizont. Probieren Sie's aus.

DIE WELT
W 3961

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte

Außenhandelsbetriebswirt

46, *Industriekaufmann, Außenhandelsstudium. Erfolgreiche* Tätigkeit als Geschäftsführer in deutsch-lateinamerikanischen Wirtschaftsvereinigungen und als Ausstellungsprojekt*leiter in* Messedurchführungsgesellschaften. Berufliche Kenntnisse: Exportförderung, Absatzberatung, Marktbeobachtung, Marketing, PR, Messen/Ausstellungen, Organisationen; Spanisch fließend, Englisch gut;
sucht Führungsaufgabe in exportorientiertem Unternehmen, auch Auslandstätigkeit.
Auskünfte gibt: Frau Rudolph
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4, 2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-593, -595

Verkaufsleiter

30, verh., fundierte Kenntnisse in den Bereichen Disposition, Auftragsabwicklung, Innenverkauf, Statistik, Erf. im Umgang mit Kunden u. Außendienstmitarbeitern, Grundkenntnisse der engl. Sprache;
sucht Tätigkeit als Verkaufsleiter Innendienst, *Leiter der Auftragsabwicklung oder Disposition: vorzugsweise in der Unterhaltungselektronik/Konsumgüter oder in der Industrie in* Nord- und Nordwestdeutschland.
Auskünfte gibt: Frau Krauel
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16, 2000 Hamburg 1, ☎ 040/2485-2331, FS 2163213

Einkäufer/Verkäufer

Groß- und Außenhandelskaufmann. 55, verh., langj. Erf. im Kaffeehandel, Rohkaffee-Im/Export, Kalkulation, Kosten, Warenterminbörsen, Arbitrage, Schiedsgericht, gute englische Sprachkenntnisse;
sucht neuen Aufgabenbereich im norddeutschen Raum.
Auskünfte gibt: Frau Krauel
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16, 2000 Hamburg 1, ☎ 040/2485-2331, FS 2163213

Bundesanstalt für Arbeit

Dipl.-Betriebswirtin
Franz. perf. (Muttersprache) u. gt. Engl.-Kenntn., franz. Abschl.-Dipl. (Dipl. d'Etudes Supérieures, Commerciales, Administratives et Financières), 24 J., ledig, mehrere Praktika in D. u. Fr., su. Anf.'stellg. in dem Bereich Finanzierung od. Außenhandel.
Ang. u. K 1009 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger Mann, 28 J., unabh., 8 Sem. *Gießereitechn., 5 Sem. Fertigungst.,* engl. Sprachkenntn., su. Anstellung evtl. m. finanzieller Beteiligung. Zuschr. u. N 9650 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

ALLROUND-KAUFMANN
37 J., Top-Verkäufer und guter Organisator, sucht neuen Wirkungskreis im Bereich Immobilien, Anlage, PV etc. Detaillierte seriöse Angebote (auch für Ausland) erbeten u. D 1004 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

100 Mill. Jahresumsatz?
Wollen Sie bundesweit einen Vertrieb aufbauen?
Junger dynamischer, sehr erfolgreicher
Vertriebschef/Verkaufstrainer
beste Referenzen, sucht neues Betätigungsfeld. Bisher u. a. f. gr. Initiatoren im Steuersparmodell u. Versicherungsvertrieb bundesweit tätig gewesen.
Zuschr. u. D 9651 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

New York
Speditions-Kfm., 28, sucht Tätigkeit als Niederlassungsleiter oder als Versandleiter in Industrie oder Handel.
Zuschr. u. N 1012 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportmanager
46 J., seit 5 Jahren im Ausland, sucht neue Aufgabe in Hamburg.
Angeb. erb. u. PS 48932 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Maurermeister, 38 J. jung,
sucht neuen Wirkungskreis i. Raum Norddeutschland, langj. Erf. als Bauführer im Wohnungs- u. Industriebaubereich, Schlüsselfertigbau sowie in der Angebotskalkulation u. Abrechnung. Zuschr. u. A 9670 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslandsanzeigenleiter
verkaufsstark, mit sehr guten Industriekontakten in fast allen westeuropäischen und zahlreichen überseeischen Ländern, mit nachweisbaren Verkaufserfolgen, fließend Englisch sprechend und mit guten Französischkenntnissen ausgestattet, ortsungebunden, sucht zum 1. 7. 1986 oder auch schon früher neuen Wirkungskreis – übernimmt ebenso auch Anzeigenvertretungen.
Zuschr. erb. unt. M 9900 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

New York / New Jersey
Deutsche, 37, gelernte Kindergärtnerin, sucht Tätigkeit od. Vertretung für deutsche Firma.
Zuschriften unter P 1013 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suchen Sie Fach- und Führungskräfte aus dem Maschinen- und Anlagenbau?

In der WELT erscheinen am

5. April

Sonderseiten mit einer Vielzahl von Stellenangeboten speziell aus diesem Wirtschaftszweig. Gehört Ihr Unternehmen dieser Branche an oder suchen Sie Fach- und Führungskräfte aus diesem Bereich? Dann sollte Ihre Stellenanzeige innerhalb dieser Sonderseiten nicht fehlen.
Anzeigenschluß ist am 2. April 1986.
Sind Sie an einer Insertion interessiert? Wir informieren Sie gern. DIE WELT, Anzeigenabteilung, Kaiser-Wilhelm-Str. 1, 2000 Hamburg 36, Tel. (040) 3474391/4318.

STELLENANGEBOTE

Der Merrill Lynch-Konzern:
Bilanzsumme 1983: über 23 Mrd. US-$ · Über 4,2 Millionen Wertpapierkonten
Nahezu 600 Niederlassungen und Büros in 29 Ländern

Wird Ihre Leistung honoriert?

...fragt Merrill Lynch.

Das Finanzszenarium ändert sich; das weite Feld der Dienstleistungen der großen Finanzkonzerne ist einem ständigen Wandel unterworfen. Märkte wachsen durch grenzüberschreitenden Einsatz innovativer Technologien zusammen, Informationsbeschaffung und -verwertung erfordern erheblichen Mitteleinsatz. Neue Kapitalanlagemöglichkeiten und ausgereifte Anlageinstrumente prägen entscheidend das Bild der Finanzdienstleistungen von morgen.

Merrill Lynch steht hier mit an der Spitze. An der Spitze in der Kommunikationstechnik, im Aufwand für Wertpapierforschung und -analyse, in der Entwicklung neuartiger Dienstleistungsangebote für die anspruchsvolle Merrill Lynch-Klientel in der ganzen Welt. Was die Technik bietet, macht sich Merrill Lynch zunutze.

Doch was wäre dies alles ohne die richtige Umsetzung, ohne praktische Anwendung. *Cui bono? Eine Schlüsselstellung in der Organisation des weltweit operierenden Fi*nanzkonzerns Merrill Lynch nimmt daher der Kundenberater ein, der professionell ausgebildet wurde und neben fundiertem Allgemeinwissen über besondere Kenntnisse der Finanzmärkte verfügt. Diese Position des Kundenberaters - quasi die Transferstelle zwischen Angebot und Nachfrage - verlangt den Spezialisten mit Erfahrung, verlangt Niveau, Dynamik und Motivation.

Wir suchen zum nächstmöglichen Termin für alle unsere Niederlassungen in der Bundesrepublik den qualifizierten und zukunftsorientierten Anlageberater. Er sollte neben Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit ausgeprägte Akquisitionsfähigkeit und -bereitschaft mitbringen. Ein abgeschlossenes Hochschulstudium oder entprechende Ausbildung, *gute Englischkenntnisse,* fundierte Berufserfahrung sowie absolute Integrität werden vorausgesetzt.

Haben Sie sich selbst hohe Ziele gesteckt? Wollen Sie, daß Ihre Leistung, und nur Ih*re Leistung, entsprechend bewertet wird? Dann* wenden Sie sich mit Ihren Unterlagen an den jeweiligen Geschäftsführer des nächstgelegenen Büros des deutschen Repräsentanten Merrill Lynch AG.

Beginnen Sie Ihre Karriere und die Gestaltung eines attraktiven Einkommens mit einem der weltführenden Finanzdienstleistungskonzerne. Absolute Vertraulichkeit wird zugesichert.



Als Investmentbank eine Institution auf dem US-Kapitalmarkt

4000 Düsseldorf	6000 Frankfurt/M.	2000 Hamburg 1	8000 München 2	7000 Stuttgart 1
Karl-Arnold-Platz 2	Ulmenstraße 30	Paulstraße 3	Promenadeplatz 12	Kronprinzstraße 14
Tel. 0211/45810	Tel. 069/71530	Tel. 040/321491	Tel. 089/230360	Tel. 0711/22200

Der *Gemeinnützige Bauverein Gütersloh eG sucht den Nachfolger* für das ausscheidende

geschäftsführende Vorstandsmitglied

Die Genossenschaft hat einen Bestand von etwa 1100 Wohnungen und betreut darüber hinaus ca. 1200 Wohneinheiten für Dritte.
Wir erwarten eine aktive dynamische Persönlichkeit mit Führungsqualitäten und ausgezeichneten Kenntnissen in allen Bereichen eines gemeinnützigen Wohnungsunternehmens. Ausgiebige Erfahrungen auf dem Gebiet der Betriebswirtschaft werden vorausgesetzt, ebenso intensive Kenntnisse der Probleme des Grundstückswesens, der Neufinanzierung sowie des Rechnungswesens. Entsprechendes Fachwissen als Dipl.-Volkswirt oder Dipl.-Betriebswirt mit abgeschlossenem Hochschul- oder Fachhochschulstudium erwünscht, aber nicht Bedingung.
Die Stelle ist nach dem Wohnungswirtschaftstarif Gruppe VI mit Zuschlag dotiert. Die Übernahme dieser Position soll zum 1. 10. 1986, ggfls. auch früher, erfolgen.
Bitte, übersenden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bis zum 31. 5. 1986 an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Stadtbaurat Dipl.-Ing. Helmut Krieg, Gemeinnütziger Bauverein Gütersloh eG, Strengerstr. 12 in 4830 Gütersloh.

Informatiker/in

als *Assistent/in des Geschäftsführers* für Marketing und Vertrieb von PC-Vertriebsfirma gesucht. Alter 25 bis 30 J.

Dr. Messner Vertriebs-GmbH
Albert-Schweitzer-Ring 20
2000 Hamburg 70
Tel. 040/665538

Ungewöhnlich selbständig machen
im Bereich Esoterik, praktische Psychologie, Managementwissen (auch nebenber.). Infos unter: BEP-Büro HH, Rothenbaumch. 5, 2 HH 13, Tel. 040/454014 od. 455122 (Herr Mascher).

mach mit ...



Aktion Saubere Landschaft e. V.
Godesberger Straße 17, 5300 Bonn

Engelhard sieht 116 im Einklang mit Verfassung

Arbeitgeber sehen Bedenken bereits durch die Anhörung widerlegt

GÜNTHER BADING, Bonn

Das vom früheren Verfassungsgerichtspräsidenten Ernst Benda im Auftrag der SPD-geführten Landesregierung von Nordrhein-Westfalen erarbeitete Gutachten zur Frage der Verfassungsmäßigkeit des neuen Neutralitäts-Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) gibt nach Auffassung von Bundesjustizminister Hans A. Engelhard „keinen Anlaß", den Standpunkt der Bundesregierung zu revidieren. Engelhard: „Es bleibt dabei. Die vom Deutschen Bundestag beschlossene Änderung des Neutralitäts-Paragraphen steht mit der Verfassung in Einklang."

Den Kernthesen des Benda-Gutachtens hält Bundesjustizminister Engelhard folgendes entgegen:

- „Die Behauptung Professor Bendas ist unrichtig, daß der Gesetzgeber mit der geplanten Änderung des Paragraphen 116 AFG sachwidrig und unverhältnismäßig in Eigentumsrechte eingreife. Auch die Bundesregierung ist bei ihrer Beurteilung davon ausgegangen, daß Ansprüche auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung Eigentumsschutz genießen. Die vorgesehene Regelung ist aber eine durchaus zulässige Bestimmung von Inhalt und Schranken des Eigentums. Benda geht zu Unrecht davon aus, daß hier eine Klarstellung der Rechtslage nicht erforderlich sei. Spätestens mit der Entscheidung des Sozialgerichts Frankfurt, die die Neutralitätsanordnung für rechtswidrig und unwirksam erklärt habe, ist eine klare gesetzliche Regelung unabweisbar.

Streikrecht unberührt

Benda verkennt auch den Regelungsspielraum, der dem Gesetzgeber bei dem Ausgleich zwischen Eigentumsschutz und Koalitionsfreiheit zusteht: Der Gesetzgeber hat das unbestreitbare Recht, die Voraussetzungen für die Sicherstellung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf zu präzisieren. An dieser Beurteilung hat sich auch angesichts der jüngsten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18. März 1986 zum Eigentumsschutz von Arbeitslosengeld nichts geändert." (Siehe WELT v. 20.3.)

- „Falsch ist die Behauptung Bendas, daß die Neuregelung des Paragraphen 116 AFG auf eine ‚Veränderung der Kampfchancen im Arbeitskampf' abziele. Der Entwurf regelt keineswegs die rechtliche Zulässigkeit von Streik und Aussperrung, insbesondere wird hierdurch das Streikrecht nicht eingeschränkt. Der Gesetzgeber kann sich aber nicht der Pflicht entziehen, die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit angesichts veränderter Arbeitskampfmethoden sicherzustellen."
- „Völlig verfehlt ist schließlich die Behauptung Bendas, die Versicherten würden als ‚Faustpfand' benutzt, um ‚andere Ziele zu verfolgen'. Die geplante Neuregelung des Paragraphen 116 AFG sieht das Ruhen der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung nur vor für jene Versicherte, denen der Arbeitskampf voraussichtlich zugute kommt.

Versicherte als Faustpfand

Niemand hat aber ein Recht auf Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit, wenn dadurch gegen die Neutralitätspflicht des Staates bei Arbeitskämpfen verstoßen wird."

Justizminister Engelhard begrüßte im übrigen die Feststellung Bendas in seinem Gutachten, daß gegen den Gesetzentwurf unter dem rechtsstaatlichen Gesichtspunkt der „Normenklarheit" keine Bedenken wegen der Verwendung unbestimmter Rechtsbegriffe bestünden.

Auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hält bei aller Kritik an der jetzigen Fassung des 116 AFG das vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur Neutralitätssicherung des Staates im Arbeitskampf für verfassungskonform. Die Bundesvereinigung verweist im übrigen darauf, daß die überwiegende Zahl der juristischen Sachverständigen während der Anhörung im Bundestag die Verfassungsmäßigkeit „überzeugend bejaht" habe. Die Meinung Bendas sei in der Anhörung dagegen widerlegt worden. Hinter Bendas Ansicht stellte sich erwartungsgemäß der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel. Er appellierte an alle sozialdemokratisch regierten Länder und die eigene Fraktion, sich einer Verfassungsklage der nordrhein-westfälischen Landesregierung gegen den Paragraphen anzuschließen.

Der DGB und das „Votum der Arbeitnehmer"

gba. Bonn

Als „politische Agitation" hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Stimmzettelaktion des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gegen die Neufassung des Neutralitäts-Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) bezeichnet. Die unter dem Stichwort „Arbeitnehmervotum" angesagte Befragungsaktion des DGB soll am 2. April beginnen und zwei Wochen dauern.

Im Aufruf zu der Abstimmung geht der DGB so weit, der parlamentarischen Mehrheitsentscheidung das „Arbeitnehmervotum" entgegenzustellen. In dem vom geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB gebilligten Wortlaut heißt es: „Das jetzt beschlossene Gesetz verdreht die geltende Rechtslage zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in ihr Gegenteil. Tatsache ist: Das Votum der Mehrheit des Deutschen Bundestages ist ein frontaler Angriff auf die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften und gefährdet den sozialen Frieden. Wir setzen das Votum der Arbeitnehmer dagegen."

Das Flugblatt enthält auch Aussagen, die geeignet sind, bei den befragten Arbeitnehmern falsche Eindrücke zu erwecken. So wird suggeriert, daß alle Arbeitnehmer außerhalb eines umkämpften Tarifgebietes „von Ausnahmen abgesehen" in Zukunft weder Lohn noch Kurzarbeitergeld erhalten sollen. Tatsache ist allerdings, daß es keinerlei Fernwirkungen in andere Branchen gibt und daß im Gegensatz zur DGB-Äußerung die Verweigerung von Kurzarbeitergeld die Ausnahme ist.

Im sogenannten „Arbeitnehmervotum" wird nicht neutral nach der Haltung zum neuen 116 gefragt. In dem „Stimmzettel" heißt es: „Ich will die Streikfähigkeit der Gewerkschaften erhalten. Deshalb lehne ich die vom Deutschen Bundestag beschlossene Änderung des Streikparagraphen 116 AFG ab." Dahinter kann Ja oder Nein angekreuzt werden.

Darunter ist der Schlußsatz gedruckt: „Ich versichere, daß ich diese Erklärung nur einmal abgebe." Für den Eintrag von Namen oder Unterschrift fehlt der Raum. Kritiker der Aktion fürchten deshalb ähnliche Manipulationen, wie sie etwa bei der IG Metall-Urabstimmung 1984 im Stuttgarter Raum offenkundig geworden sind.

Japanische Unternehmen zeigen jetzt starkes Interesse an SDI-Beteiligung

Experten erkundigen sich in USA nach Fortschritten der technologischen Forschung

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mit der für heute in Washington vorgesehenen Unterzeichnung der beiden deutsch-amerikanischen Kooperationsabkommen für die SDI-Forschung und den allgemeinen Technologie-Transfer durch den Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann und US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger richtet sich das Interesse auf die möglichen Absichten anderer westlicher Industrienationen, der amerikanischen Einladung zur Beteilung an der „Strategischen Verteidigungsinitiative" (SDI) zu folgen.

Bereits bekannt ist, daß auch Italien mit den USA in Verhandlungen getreten ist. Gleichzeitig wird aus Tokio berichtet, daß am kommenden Montag eine japanische Delegation in die USA reist, um die bereits im vergangenen Jahr geknüpften Kontakte über eine Beteiligung japanischer Unternehmen an SDI zu vertiefen. Erstmals werden diesen Delegierten auch führende Vertreter der japanischen Industrie angehören. Die Gruppe, der auch neun Vertreter diverser Tokioter Ministerien beigeordnet sind, wird insgesamt 55 Mitglieder umfassen und damit ungewöhnlich umfangreich sein.

Mit dieser Abordnung reist zum dritten Mal eine japanische Gruppe in die USA, um weitere Informationen über den jüngsten Stand der Entwicklung innerhalb der SDI-Forschung zu sammeln. Die Tatsache der erstmaligen Beteiligung auch privater Unternehmer zeigt, daß das anfangs für dieses Projekt eher hinderliche innenpolitische Klima in Japan sich inzwischen gewandelt zu haben scheint. Nach den ersten beiden Delegationen, die allein aus Regierungsvertretern bestanden, und die sich im Juni 1985 und im vergangenen Januar in den USA aufhielten, sieht die japanische Industrie nun offensichtlich die Zeit gekommen, durch eigene kritische Begutachtung und Bewertung herauszufinden, welche Möglichkeiten des technologischen Fortschritts sich für ihre stark leistungsorientiert eingestuften Unternehmen durch SDI ergeben. Dem Vernehmen nach will die japanische Regierung noch keine Entscheidungen über eine wie immer geartete offizielle Unterstützung der Industrie treffen. Sie möchte aber zur Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels der sieben westlichen Industrienationen Anfang Mai in Tokio durch eine gesicherte Informationsbasis die Voraussetzungen für ihre eigene Urteilsfähigkeit in Sachen SDI schaffen.

Neben Vertretern der Ministerien für Äußeres, Internationalen Handel und Industrie, Verteidigung sowie Wissenschaft und Technologie werden 46 Industrierepräsentanten von 21 privaten Firmen neun Tage lang die USA bereisen. Nach Unterrichtungen im Pentagon durch das SDI-Büro will sich die Delegation dann in drei gleich starke Gruppen aufteilen und an verschiedenen Orten der USA die Forschungsprojekte „gerichtete Energiewaffen", „kinetische Energiewaffen" sowie „Überwachung, Zielerfassung und -verfolgung, Schadensbewertung" studieren. Auf dem Besichtigungsprogramm stehen dafür die Laboratorien in Los Alamos, das Strategische Verteidigungskommando des Heeres, die Universität von Texas sowie die Raketen- und Weltraum-Abteilung von Lockheed.

Schröder teilt den ‚Ansatz' Lafontaines

rmc. Bonn

Die Forderungen des saarländischen Ministerpräsidenten Oscar Lafontaine (SPD) nach einem Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der militärischen Integration der NATO sind vom niedersächsischen SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder im Prinzip unterstützt worden. Schröder sagte im Deutschlandfunk, der „langfristige Ansatz" Lafontaines gelte als richtig. Europa müsse zwischen den Supermächten eine „eigene Position" entwickeln. Dies nicht nur zu wollen, sondern dann auch zu sagen, sei Lafontaines Verdienst.

Schröder meinte jedoch einschränkend, eine lediglich politische Integration und eine militärische Desintegration könne erst am Ende eines sehr langen Prozesses stehen. Unterdessen forderte Außenminister Hans-Dietrich Genscher den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau auf, sich klärend zu den Ansichten Lafontaines zu äußern.

Von Vogel ein Lob für Kohl

dpa, Bonn

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat die Haltung von Bundeskanzler Helmut Kohl in dem Ermittlungsverfahren der Bonner und der Koblenzer Staatsanwaltschaften gelobt. Vor der Fraktionsspitze sagte er, es verdiene Anerkennung, daß Kohl sich von den „verleumderischen Ausfällen" des niedersächsischen CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht distanziert und sein Vertrauen in die korrekte Handhabung des Verfahrens durch die Staatsanwälte bekundet habe.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Kohl wegen uneidlicher Falschaussage vor den Spendenuntersuchungsausschüssen in Bonn und Mainz. Der SPD-Fraktionschef meinte weiter, es wäre allerdings gut, wenn der Bundeskanzler seine Einschätzung auch jenen vermittelte, die das Vertrauen in die Justiz „aus parteitaktischem Kalkül rücksichtslos untergraben".

Letzte Offiziere mit Kriegserfahrung

DW. Bonn

Aus dem aktiven Dienst der Bundeswehr scheiden am 31. März die letzten kriegsgedienten Wehrmacht-Offiziere. Es sind dies die Generale Werner Schäfer, Horst Netzler, Heinrich-Felix Beckmann, Martin Holzfuß und Franz-Josef Wiesner. Die Soldaten gehören den Jahrgängen 1925/26 an und waren in der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges noch zum Offizier befördert worden. Generalleutnant Schäfer steht dem Kölner Heeresamt vor, Generalmajor Netzler kommandiert die 1. Gebirgsdivision in Garmisch. Bereits gestern wurde Generalmajor Beckmann, ebenfalls im Heeresamt tätig, mit einem feierlichen Appell in Münster-Handorf in den Ruhestand verabschiedet. Verteidigungsminister Manfred Wörner überreichte Beckmann das von Bundespräsident Richard von Weizsäcker verliehene Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Bayerische SPD hört nicht auf Rat von Wernitz

PETER SCHMALZ, München

Nachdem die bayerische SPD gestern auf einer außerordentlichen Landesvorstandssitzung ihren Aufruf zur Teilnahme an der Osterdemonstration gegen die Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf bekräftigte, wird nun die Frage diskutiert, ob ein Abstand von 500 Metern zwischen Kundgebungsplatz und Bauzaun tatsächlich ausreicht, um friedliche Demonstranten und Gewalttäter zu trennen.

Der SPD-Vorstand hatte sich Karten und einen Videofilm über das vorgesehene Kundgebungsgelände angesehen und war zu der Überzeugung gekommen, der Ort liege in ausreichender Entfernung zum Bauzaun. Durch diesen Abstand sei sichergestellt, „daß kein Demonstrationsteilnehmer unfreiwillig in gewaltsame Aktionen verwickelt wird", erklärte die stellvertretende Landesvorsitzende Renate Schmidt nach der Sitzung.

In einem Offenen Brief, den der Landesvorstand einstimmig billigte, appelliert der SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann an die Demonstranten, nach der Kundgebung nicht zum Bauzaun zu ziehen, sondern den Demonstrationsort friedfertig zu verlassen.

Staatssekretär Heinz Rosenbauer vom bayerischen Innenministerium erklärte gestern, er wolle der SPD keineswegs das Demonstrationsrecht nehmen, aber angesichts der zahlreichen Aufforderungen zu Gewalttaten am Baugelände könne sie ihrer Verantwortung für einen Demonstrationsaufruf nur gerecht werden, wenn die Veranstaltung in den Ostertagen nicht im Raum Wackersdorf stattfände.

Der bayerische FDP-Vorsitzende Manfred Brunner bezeichnete es als einen interessanten Vorgang, daß der SPD-Landesvorstand die Forderung des SPD-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Bundestagsinnenausschusses, Axel Wernitz, von einer Teilnahme abzusehen, nicht beachte.

Auch die evangelische Kirche in Bayern äußerte ihre Besorgnis. Im Hinblick auf die geplanten Osterdemonstrationen und -märsche in Wackersdorf gab Kardinal Friedrich Wetter in München zu bedenken, daß „christliche Feste immer mehr zu Demonstrationsfestivals verfälscht werden".

Stabilitäts-Illusionen

ed. – Jubelbotschaften von der Preisfront: Im März sind die Lebenshaltungskosten vermutlich nur noch um 0,2 Prozent höher als vor einem Jahr. Und für April zeichnet *sich endgültig Preisstabilität* oder sogar ein Rückgang des Preisniveaus gegenüber dem Vorjahr ab, wenn jetzt auch noch die an die gesunkenen Ölpreise gekoppelten Erdgaspreise reduziert werden. Die Prognosen, daß die Preissteigerungsrate in diesem Jahr eine Eins vor dem Komma haben wird, gelten bereits als überholt. Man rechnet jetzt mit einem Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt um weniger als ein Prozent.

Auf solche Traumergebnisse hatten vor einigen Monaten *selbst* die größten Optimisten nicht zu hoffen gewagt. Erst die starke Aufwertung der *Mark gegenüber dem Dollar*, die den Import verbilligt hat und der Ölpreisverfall machten dies möglich. *Ein Himmelsgeschenk* also, über das sich jedermann freuen darf, das aber auch nicht zu Euphorie verführen sollte. Denn es hat den Charakter einer einmaligen Gabe.

Die niedrigeren Einfuhr-und Energiepreise werden zwar dafür sorgen, daß die Verbraucher auch künftig *preiswert einkaufen* können; aber es wird nicht noch einmal einen so kräftigen Preisrutsch geben *wie in den letzten Wochen und* Monaten. Der importierte Verbilligungseffekt wird eines Tages statistisch aufgezehrt sein. Dann wird sich die Preissteigerungsrate wieder auf dem Niveau einpendeln, auf dem sie auch jetzt ohne die Sondereinflüsse läge, *nämlich* mit einer Zwei vor dem Komma, was immer noch ein ganz gutes Ergebnis wäre.

Optimismus

Wb. – Die Überschrift strotzt von Optimismus: „Mittelfristig wird Btx zum Massenmedium". Die ZVEI-nahe Gesellschaft zur Förderung der Unterhaltungselektronik (GFU), von der die Pressemitteilung unter diesem Titel stammt, mag sich indessen auf Prognosen nicht so recht einlassen. Nur kurzfristig, nämlich bis zum Jahresende, *soll sich die derzeitige Zahl der* Bildschirmtext-Teilnehmer von rund 42 000 schlichtweg verdoppeln. *Doch auch die Basis* solcher Zuversicht hat wenig mit einem *„Massenmedium"* zu tun. Denn bei ihrer Vorhersage stützt sich die GFU vor allem auf die Neuzulassungen sogenannter externer Rechner, sozusagen privater Btx-Zentralen, an die öffentlichen Netzknoten. Diese externen Rechner aber werden überwiegend von Unternehmen für firmeninterne Zwecke betrieben. *Hier*, im semiprofessionellen Feld, liegen in der Tat derzeit die einzigen Wachstumschancen für den elektronischen Textdienst. Daran wird sich erst dann etwas ändern, wenn die Industrie *Btx-Geräte zu akzeptablen* Preisen auf den Markt bringt.

Latente Stahlkrise

Von Joachim Gehlhoff

Nach langer Krise, die ihnen zumal durch die Subventionslawinen in die Kassen ihrer europäischen Konkurrenten mindestens 15 Milliarden *Mark Verluste* eintrug, arbeiteten im letzten Jahr praktisch alle deutschen Stahlunternehmen wieder mit *Gewinn. Nichts* Schlechteres erwarten sie in diesem Jahr. Von dem in anderen (Export-)Branchen zunehmend sorgenvoll kommentierten Dollarkursabfall können sie nun im Saldo aus Exporterlösminderung und Materialeinkaufsverbilligung sogar beträchtliche Ergebnisverbesserungen *erwarten – solange die exportie*renden Stahlverbraucher den Wettbewerbsnachteil aus Dollarschwäche nicht auch in Beschäftigungsschwäche zu spüren bekommen.

Ist also die seit Herbst 1974 währende Stahlkrise endlich und endgültig überwunden? Hat die deutsche Stahlindustrie nach radikaler Strukturanpassung an kleinere Kapazitäten ein neues Gleichgewicht gefunden? *Man könnte es meinen*, wenn man einige der Nachrichten aus der Branche Revue passieren läßt.

Da läßt der Klöckner-Konzern seinen Stahltechnik-Chef (Prof. Ludwig von Bogdandy) ohne Nachfolge im Konzernvorstand „zu größeren Aufgaben" in den Vorstand des noch verlustreichen österreichischen Staats-Stahlkonzerns Voest-Alpine auswandern. Die eigenen Stahlprobleme seien ja nun im *wesentlichen gelöst*, heißt es dazu, sowohl beim langjährigen Problemfall, der großen Bremer Flachstahlhütte, als auch mit neuer Verfahrenstechnik bei der Georgsmarienhütte/Osnabrück.

Da verkündert Krupp, ohne Nachfolger-Benennung, den „aus persönlichen Gründen" abrupten Abschiedswunsch seines Stahlkonzernchefs (Alfons Gödde). Auch dies mit Gelassenheit, *da der reduzierte und umstrukturierte* Stahlbereich seit 1984 wieder verläßlich im Gewinn sei.

Da wird drittens und vor allem nun frohgemut ausposaunt, auch Arbed-Saarstahl, seit langem der gravierendste Problem- und Subventionsfall der Branche, sei dank endlich perfektem Forderungsverzicht von Bund, Land und Banken soviel von seinem Schuldenberg quitt, daß unter *industrieller* Führung der benachbarten (und erfolgreichen) Dillinger Hütte eine stabil gedeihliche Zukunft winke.

Das fällige Gegenstück zu solchen Nachrichten und Folgerungen lieferte dieser Tage Thyssen-Konzernchef Dieter Spethmann vor seinen Aktionären. Der Chef dieses „Multis", der trotz aller Diversifizierung (und fast Halbierung des Stahlpotentials) immer noch größten privatwirtschaftli*chen Stahlproduzenten Europas auf* der Hauptversammlung: Es wäre „fahrlässig", aus heutiger Gewinnlage ein Ende der Stahlprobleme abzuleiten.

Weiter und insbesondere: Seit 1980 habe die EG-Stahlindustrie ihre Walzstahlkapazitäten um rund 30 Mill. auf 143 Mill. *Tonnen* (bei 97 Mill. Tonnen 1985er Produktion) gekappt. Aber immer noch gebe es zuviel (nach Meinung der *EG-Kommission* 20 Mill. Tonnen zuviel) an Kapazität. „Die Gefahr des Ausbruchs eines neuen Preis- und Verdrängungswettbewerbs ist daher gerade in Europa weiterhin groß."

Groß in der Tat, zumal beim Blick auf die von den EG-Konkurrenten kassierten gut *100 Milliarden* Subventionen, denen bei den Deutschen mit ihrem Drittel-Anteil am EG-Stahlpotential insgesamt nur sechs Milliarden (davon die Hälfte für Arbed-Saarstahl) gegenüberstehen. Groß auch, weil das in der EG mit Ablauf von 1985 feierlich beschworene *Subventions-Ende* offensichtlich noch nicht fugendicht ist.

Wie Subventionsempfänger sündigen, um dem Geber den erwünschten „Beschäftigungseffekt" vorzuführen, zeigt im eigenen Land bislang Arbed-Saarstahl. Die dortigen Profilprodukte, ob Massen- oder Edelstahl, werden der Kundschaft um etliche Zehnmark-Scheine je Tonne billiger als anderswo angeboten.

Ein auch im Lichte der jetzt proklamierten Saarstahl-Lösung aberwitziges Verhalten. Denn Zinsersparnis blüht der Firma (die ihre Staatskredite ohnehin nicht verzinste) nur aus den 250 Mill. DM Forderungsverzicht der Banken, ergo mit maximal 20 Mill. DM pro Jahr. Mindestens das *Doppelte* an Ergebnisverbesserung aber würden schon 20 DM/t Produktpreisaufbesserung durch Verzicht auf subventionierte Preisaggressivität bringen.

Das wird die Bewährungsprobe für die jetzt gefundene „industrielle" Saarstahl-Lösung. Sie muß, so die Bonner Auflage, in einem Jahr bestanden sein. Eine vernünftige Auflage. Denn ohne Preisdisziplin, ohne *weitere Konzentration* von Produktprogrammen und Kapazitäten wird in der Branche – und erst recht an der Saar – *die latente Krisengefahr* gewiß nicht endgültig überwunden.

AGRARPOLITIK / Der Ministerrat lehnt Vorschläge der EG-Kommission ab

Die Preisverhandlungen in Brüssel stecken nun in einer Sackgasse

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Verhandlungen über die europäischen Agrarpreise sind vorerst festgefahren. Dies hat ein zweitägiger Meinungsaustausch der Landwirtschaftsminister gezeigt. Mehrere Regierungen – darunter die deutsche und die neue französische – sind nicht bereit, die Preisvorschläge der *EG-Kommission weiterhin als Diskussionsgrundlage* zu akzeptieren. Die niederländische Präsidentschaft scheut jedoch wegen der hohen Kosten davor zurück, von sich aus neue Vorschläge zu präsentieren.

Die Kommission hatte den Ministern ein Preispaket unterbreitet, das den *rund* acht Millionen Bauern der Gemeinschaft zum Teil erhebliche Einkommenseinbußen abverlangt. *Zu Buche schlägt dabei weniger* der vorgesehene Preisstopp für fast alle wichtigen Agrarerzeugnisse, sondern eine *Serie* von *flankierenden* Vorschlägen zur besseren Beherrschung der Märkte. Auch bei Annahme dieser Vorschläge würden die Kosten der Agrarpolitik entgegen einem feierlichen Beschluß der Regierungen 1986 noch um rund 3,4 Milliarden DM schneller steigen als die Eigeneinnahmen der EG. Jeder darüber hinausgehende Beschluß würde den gegebenen Finanzrahmen der Gemeinschaft *sprengen*.

Schon bei einer ersten Verhandlungsrunde der Fachminister war Ende *Februar klar geworden, daß Bonn* den vorgesehenen Sparmaßnahmen – darunter eine dreiprozentige Erzeugerabgabe für *Getreide, eine* Anhebung der Qualitätskriterien für die Intervention sowie eine zeitliche Beschränkung der staatlichen Ankaufsverpflichtungen – widersprechen würde. Der Regierungswechsel in Frankreich hat Ernährungsminister Ignaz Kiechle zumindest auf den ersten Blick einen wichtigen Bundesgenossen geliefert.

Der erst in dieser Woche ernannte *Pariser Landwirtschaftsminister* François Guillaume ließ bei seinem Debüt in Brüssel keinen Zweifel, daß er *nicht* bereit ist, seinen Bauern Einkommensminderungen zuzumuten. Als langjähriger Präsident des mächtigen französischen Bauernverbandes FNSEA war Guillaume erst kürzlich noch lautstark für eine Aufbesserung der Erzeugerpreise um 4,7 Prozent eingetreten.

Diese Zahl nannte er zwar nach seiner Ernennung nicht mehr, doch lehnte er das Kommissionspaket als erster Minister in Bausch und Bogen ab. Auch Kiechle sah gestern keine Möglichkeit mehr, auf der Grundlage dieser Vorschläge weiter zu verhandeln. Die Bundesregierung sei zwar für eine Politik, die die Agrarüberschüsse *einschränke*, sagte er, sie werde sich jedoch nach wie vor allen Maßnahmen widersetzen – wie Preissenkungen –, die das Einkommen der Landwirte beschränkten.

Kiechle war zu Beginn der Sitzung mit Guillaume zum Frühstück zusammengetroffen. Dabei hatten beide Politiker den Nutzen eines möglichst weitgehenden gemeinsamen Papiers unterstrichen. Sie wollen erreichen, daß Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Premierminister Jacques Chirac sich möglichst *schnell zu einer* Grundsatzaussprache über die künftige Agrarpolitik zusammensetzen.

In Expertenkreisen ist freilich registriert worden, daß die deutschen und französischen Auffassungen über die Reform der Agrarpolitik keineswegs deckungsgleich sind: sie stimmen lediglich in der Bewertung überein, daß den Landwirten keine neuen Einkommensopfer ausgebürdet werden können. Während Frankreich für eine Stützung der bisherigen Marktordnungselemente – vor allem *für eine ungebrochene Subven*tionspolitik für Exporte in Drittländer – eintritt, möchte Kiechle die Einkommenssicherung vornehmlich über eine Mengensteuerung erreichen. Die Franzosen lehnen dagegen jegliche Kontingentierung der Produktion entschieden ab.

Vor der Presse meinte Kiechle gestern, Bonn sei bereit, seinen Beitrag zur Agrarreform zu leisten, es sei jedoch sinnvoller, den Bauern einen Teil der Subventionen für den Verzicht auf die Produktion von Überschüssen zu geben, als mit dem Geld überschüssige Erzeugnisse auf den Weltmarkt zu werfen.

AUF EIN WORT



„Wir haben eher zu viele Gesetze als zu wenige. Gesetze halten den Wettbewerb nicht auf, sie lenken ihn jedoch teilweise in eine sehr gefährliche Richtung. Mehr Bekenntnis zur freien Markt- und Wettbewerbswirtschaft täte uns allen gut."

Helmut Nanz, Vorsitzender der Unternehmensleitung der Nanz-Gruppe, Stuttgart. FOTO: DIE WELT

Jamani: Anarchie auf Ölmärkten

dpa/VWD, *Manama*

Auf den internationalen Rohölmärkten hat sich der Preisverfall nach der gescheiterten Konferenz der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) fortgesetzt. Der saudiarabische Ölminister Ahmed Saki Jamani sprach von einer Anarchie auf den Ölmärkten. Nach seinen Angaben kann der Preis für einen Barrel (159 Liter) Rohöl noch unter die Grenze von acht Dollar fallen. In den Vereinigten Staaten ging der Preis für West Texas Intermediate um 2,94 Dollar auf *elf Dollar* pro Barrel zurück. Er liegt derzeit 60 Prozent unter dem Stand von November 1985. Britisches Nordseeöl verlor 2,10 Dollar und wird derzeit zu 11,40 Dollar gehandelt. Marktbeobachter in den USA und in Japan erwarten einen Preisverfall auf zehn bis acht Dollar.

DEVISENMÄRKTE

Der Dollar profitierte vom Zwischenfall im Mittelmeer

cd. Frankfurt

Der Dollar hat gestern erstmals seit einem Monat die Marke von 2,30 DM überschritten. Nach einem Anstieg auf 2,3132 (2,2887) DM bei der amtlichen Notierung befestigte er sich am *frühen Nachmittag weiter auf* 2,33 DM. Motor der anziehenden Tendenz waren die Kampfhandlungen in der Großen Syrte. Wie auch früher in weltpolitischen Krisensituationen rechneten Marktteilnehmer damit, daß Amerikaner Guthaben aus anderen Ländern und Währungen aus Sicherheitsgründen in die USA repatriieren würden, was bislang jedoch noch nicht geschah. Ferner profitierte *der Dollar gestern von den jüngsten* guten Nachrichten von der Konjunktur- und Preisfront.

Die Nachfrage stieß auf ein ohnehin knappes Angebot, nachdem zahlreiche Marktteilnehmer in der Erwartung, daß der Dollar eher schwächer tendieren würde, Shortpositionen aufgebaut hatten. Diese Spekulanten *begannen jedoch während der letzten* Tage mit Eindeckungen. Anlaß dazu war nicht nur die Stärkung der Position des an einer Dollarschwäche nicht interessierten US-Notenbankchefs Volcker. So wird zumindest der Rücktritt seines Vize Preston Martin interpretiert.

Auch die Interventionen, mit denen die Bank von Japan eine den Export schwächende weitere Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar abzubremsen begann, haben die Baissespekulation während der letzten Tage verunsichert. Versionen, daß auch die US-Notenbank einem weiteren Rückgang des Dollarkurses entgegenwirken wolle, werden jedoch in gut informierten Kreisen als reine Spekulation bezeichnet; das liefe den Intentionen des an einem niedrigeren Dollarkurs interessierten und für Interventionen verantwortlichen Schatzamtes zuwider.

BUND DER STEUERZAHLER

Umfrage: Reform sollte ein Jahr vorgezogen werden

A. G. Bonn

Die überwältigende Mehrheit der Steuerzahler unterstützt die Forderung nach einem Vorziehen der zweiten Stufe der Steuersenkung um ein Jahr auf den 1. 1. 1987. Das ergab eine vom Bund der Steuerzahler beim Emnid-Institut in Auftrag gegebene Umfrage bei 2000 Bundesbürgern. Danach haben sich 84 Prozent der Be*fragten für eine Vorverlegung* ausgesprochen, 13 Prozent waren dagegen, und drei Prozent machten keine Angaben.

Wie der Präsident dieser Organisation, Armin Feit, gestern vor der Presse in Bonn erklärte, sollte die Bundesregierung dieses Ergebnis zum Anlaß nehmen, ihre Steuerpläne schleunigst zu revidieren.

Feit forderte auch eine Präzisierung der weiteren Steuersenkungsvorhaben, so zum Beispiel die Beantwortung der Frage, wie der Steuerausfall finanziert werden soll, durch Streichung von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen oder durch neue steuerliche Belastungen (Mehrwertsteuer).

Die Umfrage förderte auch zutage, *daß 81 Prozent von der laut Bundes*kanzler Kohl „größten Steuerentlastung aller Zeiten" nichts gespürt haben. Nur 18 Prozent behaupteten das Gegenteil, und ein Prozent machte keine Angabe.

Feit begründete diese Einschätzung mit der Tatsache, daß die Steuer*entlastungen vielfach* von höheren Beitragszahlungen an die Kranken- und Rentenversicherung aufgefressen worden seien. 55 Prozent der Befragten halten die gegenwärtige Belastung mit Steuern und Sozialabgaben für zu hoch und 38 Prozent für gerade noch tragbar.

Auf die Frage nach der persönlichen Einstellung zum Steuerzahlen sprachen sich 30 Prozent für Hinterziehen beziehungsweise „ein bißchen mogeln" aus.

VERBRAUCHER

Zerstrittene Opec legt auch billige Ostereier ins Nest

THOMAS LINKE, Bonn

Der Osterhase kann sich freuen. Die für das alljährliche Treiben so nötigen Eier kauft er billiger als im letzten Jahr. Ganze 2,50 Mark kostet in diesen Tagen die Zehnerpackung *Gewichtsklasse III. 30 Pfennig* billiger ist die Gewichtsklasse IV. Das sind durchschnittlich fast zwei Groschen weniger als in den Vergleichsmonaten 1985. Und spätestens nach den Ostertagen wird sich der Abstand zum Vorjahr nach Meinung der zentralen Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft (ZMP) noch vergrößern.

Schuld daran hat – wie konnte es anders sein: die Opec. Das ist nicht etwa ein über die Legequoten zerstrittener Hennenverband, sondern das allseits bekannte Kartell, daß den Abnehmern nach Jahren der Knebelung *nun mal wieder sinkende Ölpreise* beschert. Genau die sind auch der Grund, weshalb bei uns die Eier so billig sind.

Mit im Lege-Spiel sind noch die Holländer. Sie sind was die Eier angeht, das größte Überschußland der Europäischen Gemeinschaft. Über sechs Milliarden Stück exportierten die Nachbarn im vergangenen Jahr, mehr als vier Milliarden davon in die Bundesrepublik – und das mit steigender Tendenz.

Den Opec-Ländern im Nahen Osten und in Nordafrika – sonst bevorzugter Exportmarkt für Holland-Eier – sind durch die rapide fallenden Ölpreise die Petro-Devisen knapp geworden. Die sogenannten *Drittländer* außerhalb der Europäischen Gemeinschaft kauften in diesem Januar bei den Holländern nur halb so viel wie im Januar des vorigen Jahres. Ein Exportvertrag mit Algerien ist ausgelaufen, größere Anschlußverträge sind nicht in Sicht. Iran und Irak werden ihre Devisen wohl noch längere Zeit für kriegstauglichere und weniger zerbrechliche Importgüter *als das Ei* verwenden. Viele der alten Abnehmer des Eis aus Holland brüten aus Kostengründen nun selbst in der *Wüste. Da unsere Nachbarn* selbst keine großen Eierliebhaber sind – während wir pro Kopf im Jahr über 280 Stück *vertilgen, kommen* die Niederländer gerade mal knapp über die Zweihunderter-Grenze – werfen sie ihren Überschuß nun auf den deutschen Markt und drücken Preise und Stimmung am Eiermarkt.

Den Verbraucher freut es, zumal auch der Osterbraten weniger kostet als im letzten Jahr. Das Kilo Lammkeule gibt es schon für knapp 16 Mark (minus 2,20 Mark), Schweinefleisch, Geflügel und Kalb kosten nach ZMP-Angaben je Kilo bis zu fünfzig Pfennig weniger als im Vorjahr. Einziger Schönheitsfehler: Für den in der Karwoche besonders nachgefragten *Rotbarsch kassieren die Fischhänd*ler einiges mehr als im Vorjahr. Dafür hat die zerstrittene Opec auch für eine billige Osterspritztour gesorgt: *Normalbenzin unter einer Mark ist bun*desweit die Regel.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Jedes dritte Auto aus dem Ausland

Flensburg (rtr) – Die ausländischen Autohersteller bauen ihren Anteil am Personenwagen-Markt in der Bundesrepublik Deutschland weiter aus. Nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes waren von den im Februar auf 195 852 von 164 469 vor einem Jahr gestiegenen Pkw-Neuzulassungen 64 967 (49 069) ausländischen Fabrikats. Damit erhöhte sich deren Anteil in den ersten zwei *Monaten* auf 33,3 (30,1) Prozent. Allein die Quote von Japan wuchs nach diesen Angaben auf 13,9 (12,2) Prozent.

Computerkriminalität

Berlin (dpa/VWD) – Auf die hohe Dunkelziffer bei der Computerkriminalität hat der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), Ulrich Gähner, hingewiesen. Auf jede bei der Polizei bekannte Tat kämen in der Bundesrepublik schätzungsweise 99 unentdeckte Delikte, stellte Gähner fest. Fachleute schätzten den dadurch jährlich verursach*ten Schaden allein in der Bundes*republik auf 15 Mrd. DM.

Dichtes Netz

Bonn (dpa/VWD) – Das Zweigstellennetz der Banken in der Bundesrepublik wächst nicht mehr. Wie der Bundesverband deutscher Banken *mitteilte, ist die Zahl der Zweigstel*len von 1957 bis 1981 um 18 442 auf 44 775 gestiegen. Seither habe sich die Zahl kaum verändert. Das Bankstellennetz in der Bundesrepublik sei das dichteste aller größeren Industrienationen. Im vergangenen Jahr kamen nach den Angaben auf eine Zweigstelle 1364 Einwohner, in Japan, den USA und Großbritanien waren es weit über 2000.

„Normalbenzin verbieten"

Bonn (S.R.) – Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion Klaus Beckmann hat die Bundesregierung aufgefordert, möglichst rasch die Zustimmung der EG zum Verbot des bleihaltigen Normalbenzins in der Bundesrepublik zu erlangen. Ein Verkaufsverbot würde einen zusätzlichen Anreiz zum zügigen Umstieg auf schadstoffarme Fahrzeuge schaffen. Bundesinnenminister Zimmermann erklärte, daß der *Bestand schadstoffarmer Autos* zunimmt.

Dritte Metro-Runde

Düsseldorf (dpa/VWD) – Nach der Bochumer und Kölner Justiz muß sich seit Dienstag auch die VI. Kam*mer für Handelssachen des Düssel*dorfer Landgerichts mit der Klage der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) gegen eine Metro-Handelsgesellschaft befassen. Die HDE will erreichen, daß die Metro sich nicht mehr als Großhändler bezeichnet, keine Einkaufsausweise mehr ausgibt, die Ladenschlußzeiten beachtet und bei der Preisauszeichnung Endpreise inklusive Mehr*wertsteuer herausstellt.*

Bargeldlos bevorzugt

Bonn (dpa/VWD) – Der bargeldlose Zahlungsverkehr erreichte 1985 mit über *15,5 Billionen DM einen neuen* Höchststand. 1984 betrug der Wert aller Überweisungen, Lastschriften und Scheckverrechnungen, die von deutschen Kreditinstituten für ihre Kunden durchgeführt wurden, 14,47 Billionen DM. 1960 waren es erst 1,28 Billionen DM. Lastschriften werden bereits zu 88 Prozent und Überweisungen zu 45 Prozent auf rein elektronischem Wege erledigt.

„Preisstabilität sichern"

Bonn (A.G.) – Die Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer hat davor gewarnt, aufgrund des spektakulären Rückgangs der Inflationsrate auf 0,7 Prozent den Kampf gegen die Inflation bereits als gewonnen zu betrachten. *Die Stabilisierungsfort*schritte seien allein statistischen und außenwirtschaftlichen Einflüssen zu verdanken. Ohne die einfuhrbedingten Verbilligungen hätte die Preissteigerungsrate im Januar zwei Prozent (statt 1,3) und im Februar 1,9 (statt 0,7) Prozent betragen.

Private Geldgeber gesucht

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kommission will private Geldgeber ermutigen, sich stärker als bisher auch an der Finanzierung risikoreicher Vorhaben der Gemeinschaft zu beteiligen. Die Kommission kündigte einen Richtlinienentwurf an, mit dem Unternehmen Finanzierungsmöglichkeiten eröffnet und die Finanzierung von Projekten „europäischer Dimension" erleichtert werden soll. Es werden Investoren für Infrastrukturvorhaben und die Verwertung der EG-Forschungsvorhaben gesucht.

Dieter Spethmann wird 60 Jahre



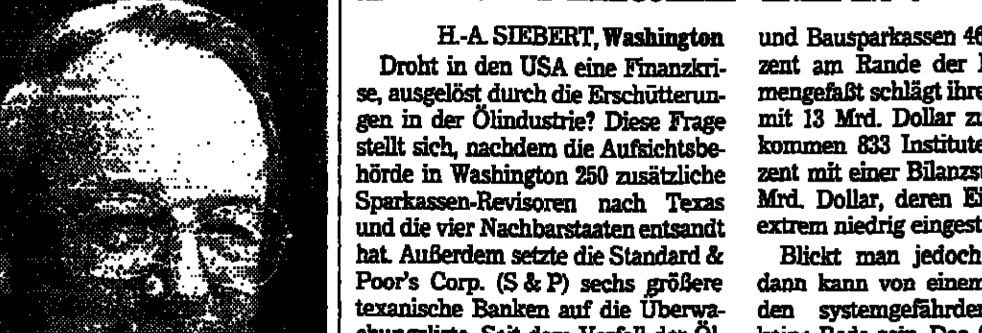
In den bisher 13 Jahren seiner Amtsführung habe sich die Thyssen-Aktie für den seit damals treuen Aktionär aus Dividenden, Bezugsrechten und Kursanstieg mit 12,7 Prozent pro Jahr rentiert. Genüßlich lauscht er dem Nachhall der stolzen Zahl und setzt drauf: „Wir arbeiten an mehr!" Dieter Spethmann, gelernter Industriekaufmann, promovierter Jurist, Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG und am 27. März 60 Jahre alt, zeigte sich gerade auch mit solcher Bilanz für seine 220 000 Aktionäre dieser Tage auf der Hauptversammlung im Zenit des Erfolgs.

Der ist diesem so elegant auch in Englisch und Französisch parlierenden, kunstsinnigen Mann, der zunächst als ein Karriere-Glückskind schien (schon mit 36 Jahren hatte er sein erstes großes Vorstandsamt im Konzern), nicht in den Schoß gefallen. Seine bisherige Amtszeit an der Thyssen-Spitze war geprägt von der mörderischen Stahlkrise, vom expansiven Umsteuern des größten privatwirtschaftlichen Stahlerzeugers in Europa auf aussichtsreiche Felder in Verarbeitungsindustrie und Handel.

Auch schwere Rückschläge bis hin zu der vor zwei Jahren öffentlich heiß diskutierten „Führungskrise" überwand der mit scharfem analytischen Verstand ausgestattete Konzernchef in beachtlicher Standfestigkeit, ohne sich vom Kurs abbringen zu lassen. Er hat recht behalten und kann nun, mit Ämtern und Ehrenämtern überhäuft, seinen Aktionären mit Gelassenheit verkünden: „Für die Vergangenheit gibt es nichts. Wir machen eine Unternehmenspolitik, die für die Zukunft überzeugt." (J. G.)

US-BANKEN / Ölpreisverfall verlängert die Problemliste – Aufsichtsbehörde entsendet Revisoren nach Texas

Eine Finanz-Krise ist momentan nicht in Sicht



H.-A. SIEBERT, Washington

Droht in den USA eine Finanzkrise, ausgelöst durch die Erschütterungen in der Ölindustrie? Diese Frage stellt sich, nachdem die Aufsichtsbehörde in Washington 250 zusätzliche Sparkassen-Revisoren nach Texas und die vier Nachbarstaaten entsandt hat. Außerdem setzte die Standard & Poor's Corp. (S & P) sechs größere texanische Banken auf die Überwachungsliste. Seit dem Verfall der Öl- und Immobilienpreise türmen sich bei ihnen die faulen Kredite und Verluste.

Die neue Aktion wird als Beweis dafür angesehen, daß sich die Institute in einer schwierigen Lage befinden, die sich noch verschlechtert. Seit der Erlös für ein Barrel Öl (159 Liter) in nur sechs Monaten von 25 auf rund 13 Dollar gesunken ist, breitet sich die Zahlungsunfähigkeit vieler Kreditnehmer rapide aus.

In dieser kritischen Phase hat zudem der Bundesrechnungshof in der US-Hauptstadt Öl in das von Hiobsmeldungen angefachte Feuer gegossen. Danach operieren von den 3180 versicherten amerikanischen Spar- und Bausparkassen 461 oder 14 Prozent am Rande der Pleite. Zusammengefaßt schlägt ihre Bilanzsumme mit 13 Mrd. Dollar zu Buch. Hinzu kommen 833 Institute oder 25 Prozent mit einer Bilanzsumme von 312 Mrd. Dollar, deren Eigenkapital als extrem niedrig eingestuft wird.

Blickt man jedoch genauer hin, dann kann von einem bevorstehenden systemgefährdenden Kollaps keine Rede sein. Das Auffangnetz ist weit gespannt; denn auch im schlimmsten Fall könnte die Federal Savings and Loan Insurance Corp. ohne große Mühe die Kosten, die auf 5,6 bis 22,5 Mrd. Dollar zu veranschlagen wären, decken. Notfalls hilft der Kongreß. Auf der Strecke bleiben gewöhnlich aber nur die insolventen Sparkassen ohne Einkommen; diese Stützmaßnahmen würden 2,9 bis 11,8 Mrd. Dollar erfordern. Zu einer echten Finanzkrise kommt es auch nicht, wenn mehrere texanische Banken über die Klinge springen sollten. Hier steht die Federal Deposit Insurance Corp. (FDIC) bereit.

Für das Dilemma, in dem die Institute stecken, ist die First City Bank in Houston mit 70 Filialen in Texas typisch. Ihre Ausleihungen konzentrieren sich auf die Ölindustrie und den Immobilienmarkt. Hier kommt der sogenannte Ripple-Effekt zum Tragen: Die Bankrottwelle vor allem im Öldienstleistungsgeschäft trifft alle Branchen mit der Folge, daß beispielsweise mehr als zwei Fünftel der Bürotürme in Houston leerstehen. Bisher rettete sich die First City über die Runden, indem sie die Dividenden kürzte und Vermögenswerte verkaufte.

Was auf die überwachten Banken zukommt, sind umfangreiche Abschreibungen, während die langfristige Verschuldung, einschließlich Vorzugsaktien, bereits 1,4 Mrd. Dollar erreicht hat. Beides zusammen ist schwer zu verkraften. Die vorsichtigere Einschätzung durch S & P bedeutet, daß die Refinanzierung für die Institute teurer wird, sie also nicht von den niedrigeren Zinsen profitieren. Dies ist umso problematischer, als sich Amerikas Ölindustrie schon seit 1983 in einer Rezession befindet, die Durststrecke durch den Preisverfall also verlängert worden ist.

Auch der neue Vorsitzende der FDIC, William Seidman, hat davor gewarnt, eine Finanzkrise herbeizureden. Nach seiner Rechnung stehen heute 1196 US-Banken auf der Problemliste, verglichen mit 200 vor fünf Jahren. Die meisten sind jedoch klein, rund 40 Prozent auf dem Lande angesiedelt. Vielleicht zehn Prozent werden laut Seidman 1986 schließen müssen. Normalerweise werden sie mit Hilfe der FDIC mit anderen Banken fusioniert.

Damit aber bei Zusammenbrüchen auch großer Institute keine Panik ausbricht und die Krise nicht um sich greift, hat die FDIC dem Kongreß vorgeschlagen, einen gesetzlichen Mechanismus zu schaffen, der es ihr erlaubt, schon bei sich abzeichnenden Pleiten einzugreifen. In einer solchen Situation würde die Behörde die Bank fallieren lassen und dann selbst übernehmen, bis die Konsolidierung abgeschlossen ist. Kreiert wurde bereits der Begriff „Bridge Bank". Außerdem dringt die FDIC darauf, daß Pleitebanken von Instituten, die in anderen US-Staaten registriert sind, aufgekauft werden dürfen.

BANKHAUS HAUCK / Gesellschafterkreis verjüngt

Gutes Dienstleistungsgeschäft

adh. Frankfurt

Alle Sparten des Bankgeschäfts unterliegen derzeit besonders starken Veränderungen, erinnern die Frankfurter Privatbankiers Georg Hauck & Sohn KGaA in ihrem Geschäftsbericht 1985. Auf den daraus resultierenden Trend zu mehr Markt habe man sich aber mit einer Forcierung des Dienstleistungsbereiches rechtzeitig eingestellt, betont Michael Hauck, einer der drei persönlich haftenden Gesellschafter, deren Kreis sich mit der Pensionierung von Reinhard C. Schroeder und dem Eintritt von Burkhard Kopf (42) deutlich verjüngt hat.

An der strategischen Ausrichtung des erfolgreichen Privatbankhauses soll das nichts ändern. Denn Hauck & Sohn ist mit seiner frühzeitigen Ausrichtung auf Dienstleistungen gut gefahren, besonders, da angesichts der hohen Liquidität bei den „guten" Industrieadressen das klassische Kreditgeschäft stagniert. „Höchstens" noch 40 Prozent des Ertrages stammen aus dem bilanzwirksamen Geschäft. Fazit: „Wenn wir für 1985 einen guten Abschluß vorlegen können, so glauben wir, daß dies zum Teil auch im flexiblen Ausbau und in der Anpassung unserer Dienstleistungen an die Kundenwünsche begründet ist."

Bei einem leicht auf 12,8 (13,4) Mill. DM gesunkenen Zinsüberschuß steigerte Hauck das Gesamtbetriebsergebnis um nochmals gut 30 Prozent. Der Provisionsüberschuß wuchs dabei um knapp 37 Prozent. Das konsolidierte Bilanzvolumen erreicht 1,12 (1,09) Mrd. DM, davon 390 (382) Mill. DM bei der Luxemburger Tochter, bei der „ein interessantes internationales Privatkundengeschäft" aufgebaut wurde.

An der „sehr erfreulichen Entwicklung" partizipieren die Aktionäre mit einer auf 14 (12) Prozent erhöhten Dividende. Daneben soll ein Bonus von 19 Prozent den Aktionären nach dem Motto Schütt-aus-hol-zurück die Teilnahme an einer Kapitalerhöhung um 2 auf 20,4 Mill. DM ermöglichen. Die ausgewiesenen Eigenmittel (auch in diesem Jahr wurden zusätzlich stille Reserven gelegt) stellen sich damit auf 41,5 Mill. DM oder 5,6 Prozent des Bilanzvolumens.

ITALIEN / Banken dürften Diskontsenkung kaum vollständig an Kunden weitergeben

Rom ist unter Zugzwang geraten

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Mit der am 22. März in Kraft getretenen Diskontsenkung von 15 auf 14 Prozent haben die italienischen Währungs- und Kreditbehörden das erste deutliche Signal zur Herabschleusung der Geld- und Kapitalmarktsätze gesetzt. Die Maßnahme kam ziemlich überraschend, da noch wenige Tage vorher Schatzminister Giovanni Goria als möglichen Termin für eine Zinswende die Wochen nach Ostern genannt hatte. Dabei war bekannt, daß Schatzministerium und Zentralbank erst den Ausgang der französischen Wahlen und eine Entscheidung der neuen Regierung in Paris in Sachen Franc abwarten wollten, um den Zinskordon um die Lira zu lockern.

Begründet wird die Diskontsenkung mit der Tatsache, daß die Inflationsrate gegenwärtig um die 7,5 Prozent liegt, das heißt um einen Prozentpunkt unter der vom Jahresende, und die Inflation bis Jahresende voraussichtlich weiter auf fünf Prozent sinken dürfte. Darüber hinaus hat wohl zu dem Zinssenkungsbeschluß auch beigetragen, daß die Realzinsen in Italien inzwischen zu den höchsten der Welt zählen. 1995 fällige Zehnjahresschatzanweisungen haben derzeit einen Effektivzins von 15,5 Prozent, Dreimonatspapiere des Schatzamtes immerhin noch von über 13 Prozent. Auf das Jahresende projiziert, bedeutet dies einen Realzins von acht Prozent.

Druck auf die Währungs- und Kreditbehörden zur Senkung des Leitzinses war in den letzten Wochen vor allem von Unternehmerseite ausgegangen. Flankenschutz erhielten sie dabei auch aus politischen Kreisen, vor allem von den Sozialisten, die den Zeitpunkt für gekommen sahen, den Fuß vom Bremspedal zu nehmen. Dies ist jetzt in einer Form geschehen, die es zuläßt, die Zinsen in den nächsten Wochen so vorsichtig nach unten zu schleusen, daß Rückwirkungen auf die Währung ausgeschlossen bleiben. Unangetastet gelassen wurden zunächst noch die Maßnahmen, die am 16. Januar eingeführt wurden, um der Ausdehnung des Kreditvolumens einen Riegel vorzuschieben. Das bezieht sich vor allem auf den Kreditplafonds, dessen Abschaffung noch nicht zur Debatte steht. Das bedeutet jedoch, daß die Banken die Diskontsenkung schwerlich in voller Höhe an ihre Kundschaft weitergeben dürften.

Dennoch zeigt der Beschluß der italienischen Währungs- und Kreditbehörden, daß Rom in einen gewissen Zugzwang geraten ist. Das betrifft nicht nur die Zinspolitik, sondern auch den Rest der wirtschafts- und haushaltspolitischen Strategie. Mit der Ankündigung des neuen französischen Ministerpräsidenten, einen Teil der von den Sozialisten eingeführten Maßnahmen wieder rückgängig zu machen, steht Italien unter den großen EG-Partnerländern jetzt plötzlich als das einzige da, in dem staatlicher Dirigismus und sozialistisch inspirierte Wirtschaftspolitik für die Rahmenbedingungen sorgen.

Temming-Dividende auf erhöhtes Kapital

dpa/VWD, Hamburg

Von einem guten Erfolg berichtet der Papierhersteller Peter Temming AG, Glückstadt, in seinem ersten Aktionärsbrief nach dem Gang an die Börse im vergangenem Jahr. Der Absatz habe sich 1985 um sieben Prozent auf etwa 94 000 Tonnen erhöht, der Umsatz dagegen durch den Rückgang des Dollarkurses nur knapp behauptet. Für 1986 ist eine weitere Absatzsteigerung um sieben Prozent geplant. Die Produktionskapazitäten waren 1985, so teilte das Unternehmens weiter mit, voll ausgelastet. Die Zahl der Mitarbeiter stieg von 518 auf über 550.

Das Unternehmen war im vergangenen Jahr mit 5,25 Mill. DM Vorzugsaktien an die Hamburger Börse gegangen. Der Jahresüberschuß werde es erlauben, auf das um 40 Prozent auf 18 Mill. DM erhöhte Grundkapital die in Aussicht gestellte Dividende von 1,50 DM auf die 50-DM-Vorzugsaktien auszuschütten. Dies entspricht auf Jahresbasis zwölf Prozent Dividende. Auf die Stammaktien sollen 5 DM gezahlt werden.

BW-BANK / Kreditvolumen um neun Prozent gestiegen

Betriebsergebnis verbessert

nl. Stuttgart

„Wir sind schon verheiratet und befinden uns deshalb nicht auf Partnersuche." Mit dieser Bemerkung begegnet Manfred Prechtl, Vorstandssprecher der Baden-Württembergische Bank AG (BW-Bank), Stuttgart, an welcher das Land Baden-Württemberg direkt und indirekt mehrheitlich beteiligt ist, der Frage nach der Situationsbeurteilung im Zeichen der im Südwesten von Regierungsseite her laufenden Bestrebungen um eine Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Bankenstruktur. Die BW-Bank, die in den siebziger Jahren aus der Fusion von drei baden-württembergischen Regionalbanken entstand, sei bemüht, sich um ihr Geschäft zu kümmern, was ihr wohl auch gut bekommen sei.

Ertragsmäßig hat das Institut in 1985 hervorragend abgeschnitten. Bei einem um 2,8 Prozent auf 228,4 Mill. DM gestiegenen Zinsüberschuß und einem um 27 Prozent auf 52,5 Mill. DM verbesserten Zinsüberschuß aus dem Dienstleistungsgeschäft nahm das Teilbetriebsergebnis um fünf Prozent auf 104,2 Mill. DM zu. Einschließlich Eigenhandel erhöhte sich das Betriebsergebnis sogar um stark ein Fünftel. Auf Beteiligungen wurden 1,4 Mill. DM abgeschrieben. Aus dem mit 35,9 (1984: 29,1) Mill. DM ausgewiesenen Jahresüberschuß wird eine von elf auf zwölf DM je Aktie erhöhte Dividende auf ein Aktienkapital von 108 Mill. DM ausgeschüttet (HV am 6. Mai).

Die Bilanzsumme der BW-Bank ist im Berichtsjahr 1985 um 11,2 Prozent auf 10,7 Mill. DM angestiegen. Dabei nahm das gesamte Kundenkreditvolumen um neun Prozent auf 7,7 Mill. DM zu. Während Wechselkredite sich um ein Prozent auf 587 Mill. DM ermäßigten, stiegen Buchkredite um 10,4 Prozent auf 576 Mill. DM. Auf der Passivseite wuchsen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 18,3 Prozent auf 2,4 Mill. DM. Kundeneinlagen erhöhten sich um 12,4 Prozent auf 6,6 Mill. DM, wobei die Spareinlagen auf 1,1 Mill. DM (plus 0,7 Prozent) zunahmen.

NAMEN

Horst Franke (37), stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Wiesbaden/Bonn, ist zum 1. April 1986 als Hauptgeschäftsführer berufen worden.

Dr. **Günther Saßmannshausen**, Preussag-Vorstandschef, ist zum Aufsichtsratsvorsitzenden bei der Ende 1985 neu gegründeten Heraeus Holding GmbH, Hanau, berufen worden und tritt die Nachfolge des verstorbenen Dr. **Reinhard Heraeus** an.

Dr. **André Deselaers**, Vorstandssprecher der Kaiserśs Kaffee-Geschäft AG, Viersen, feiert am 27. März den 65 Geburtstag.

Dr. **Hermann Karoli**, Wirtschaftsprüfer, Gründer und ehemaliger Geschäftsführer der Karoli-Wirtschaftsprüfungs-GmbH, Essen, wird am 27. März 80 Jahre.

Dr. **Berthold Eichwald** und **Günter Hanft** sind mit Wirkung vom 1. April 1986 zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern der Bayerischen Volksbank AG, München, bestellt worden.

Bernd Thiel (43), geschäftsführender Direktor der KKB Bank KGaA, Düsseldorf, ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Wüstenrot Bank AG, Ludwigsburg, bestellt worden.

DÄNEMARK / Höhere Verbrauchsteuern beschlossen

Ein zweiter Konsumdämpfer

G. MEHNER, Kopenhagen

Dänemark hat jetzt erneut Maßnahmen zur Eindämmung des privaten Konsums in Gang gesetzt: Am 1. April wird ein umfangreiches „Osterpaket" wirksam, das die überbordende Verbrauchsnachfrage – netto 10,3 Mrd. Kronen (2,5 Mrd. DM) – zurückschrauben will. Dies ist der zweite Dämpfer innerhalb kürzester Zeit. Im September hatte ein „Weihnachtspaket" schon 8 Mrd. Kronen Kaufkraft stillgelegt.

Ein weiterer Eingriff ist schon vorprogrammiert: Der Kernpunkt des jetzigen Stabilisierungspakets, die Anhebung der Energieabgaben, durch die 7,9 Mrd. Kronen der Ölverbilligung in die Staatskassen umgeleitet werden, soll zu Pfingsten überprüft werden. Bei gravierenden Abweichungen von der derzeitigen Kalkulationsbasis von 17,5 Dollar je Faß ist eine Neujustierung fest eingeplant.

Die seit Mitte November eingetretene Ölpreisverbilligung hat die dänische Regierung damit weitgehend abgeschöpft. Zum Maßnahmenbündel gehören daneben höhere Abgaben auf Tabak, Alkohol und beispielsweise Schokolade. Durch eine Art Luxussteuer werden Haushaltsgroßgeräte, Video-Recorder sowie Charterreisen teurer. An Stempelsteuer im Aktienhandel sind jetzt ein (0,5) Prozent fällig.

Gleichzeitig wurde der Zugang zu den ausländischen Kapitalmärkten erschwert: Hinreichende Bedingung ist nicht länger nur eine inländische Mehrwertsteuer-Registrierung, die Nationalbank differenziert jetzt auch nach Unternehmenszweigen. Unerwünscht sind vor allem solche Adressen, die Auslandsgelder praktisch nur durchreichen.

Unter Stabilisierungszugzwang kam die dänische Regierung aufgrund des alarmierend hohen Rekorddefizits in der Zahlungsbilanz im vergangenen Jahr von 28 Mrd. Kronen. Mit 4,6 Prozent des Bruttosozialprodukts ist dies eine Größenordnung, die andere Volkswirtschaften nur in den Hochphasen der Ölpreiskrisen hatten. Die Auslandsverschuldung sprang dadurch auf 243 Mrd. Kronen, dies entspricht einem Anteil von mehr als 37 Prozent des Bruttosozialprodukts. Mit einem Handelsdefizit im Januar von 1,8 Mrd. Kronen drohte sich die Erosion im laufenden Jahr noch fortzusetzen.

GRIECHENLAND / Die kräftigen Preiserhöhungen lösten eine riesige Kaufwelle aus

Radikale Sparpläne bisher ohne Erfolg

E. ANTONAROS, Athen

Fast wie einen kleinen Triumph feierten Athens sozialistische Wirtschaftsplaner den durch den Winterschlußverkauf bedingten Rückgang des Preisindexes im Februar um 0,7 Prozent. Aber dieser unbedeutende Lichtblick kann keineswegs über die unbestreitbare Tatsache hinwegtäuschen, daß Griechenland in einer Wirtschaftskrise steckt, deren Sanierung nicht so einfach ausfallen wird.

Wenn auch mit einer Verspätung von mehreren Monaten, hatte der sozialistische Regierungschef Andreas Papandreou die Krisensymptome richtig erkannt und im vergangenen Oktober das Steuer radikal herumgerissen. Sein Sparpaket ist das radikalste, mit dem die verwöhnten griechischen Arbeitnehmer seit gut 30 Jahren leben müssen: Ihre Währung wurde um 15 Prozent abgewertet, Importgüter wurden durch die Einführung von Luxussteuern und anderen Abgaben erheblich teurer und gelegentlich auch knapp, das Finanzamt nahm die Steuersünder systematischer als bisher ins Visier. Besonders schmerzhaft ist allerdings das ebenfalls beschlossene Einfrieren aller Löhne und Gehälter bis Ende 1987.

Papandreou hat seither mehrfach an seine Landsleute appelliert, die Gürtel enger zu schnallen, mit der Hoffnung auf „bessere Tage" gewisse Opfer in Kauf zu nehmen. Ein besonders positives Echo haben seine Appelle nicht gehabt. Im Gegenteil: Sehr zu ihrer Verblüffung haben die Wirtschaftsstrategen festgestellt, daß die Griechen genau das Gegenteil dessen gemacht haben, was von ihnen erwartet wurde. Die enormen Preiserhöhungen lösten eine richtige Kaufwut aus, die höchstwahrscheinlich psychologisch durch die Angst vor einem zusätzlichen Kaufkraftverlust zu erklären ist.

Die Folgen spiegelten sich in der griechischen Leistungsbilanz und im Preisindex wider: Das Jahresdefizit für 1985 übertraf mit knapp 3,3 Mrd. Dollar sogar die Befürchtungen der Pessimisten. Die Importe nahmen im November und Dezember, also unmittelbar nach der Einführung der Sparmaßnahmen, trotz prohibitiver Bardepots um 24 bzw. 50 Prozent zu. Schließlich kletterte der Preisindex in 1985 auf 25 Prozent.

Dabei geht es Papandreou in erster Linie darum, das Loch in der Leistungsbilanz möglichst schnell zu stopfen und die Preissprünge in Grenzen zu halten. Gegenüber der Gemeinschaft, die ihm mit einer Sonderhilfe in Höhe von rund 1,7 Mrd. Ecu unter die Arme griff, hat er sich verpflichtet, das Defizit 1986 auf 1,7 Mrd. Dollar und die Inflation auf 16 Prozent zu reduzieren.

Die Aussichten, daß das hochverschuldete Griechenland diese Richtlinien einhalten wird, sind sehr gering. Einerseits wirken Papandreous zweckoptimistische Prognosen alles andere als überzeugend auf den Durchschnittskonsumenten, der sein Erspartes lieber ausgibt, als es zur Bank zu tragen, wo er bei Zinssätzen von maximal 20 Prozent einen beträchtlichen Einkommensverlust erleidet. Andererseits hat die restriktive Einkommenspolitik der Sozialisten eine für Griechenland einmalige Streikwelle ausgelöst. Jede Berufsgruppe hat bisher mindestens einmal gestreikt. Für die ohnehin nicht gerade hohe Produktivität der Hellenen werden inzwischen noch niedrigere Werte als früher ermittelt.

Die von Papandreou beschlossenen Maßnahmen sind zwar längst fällig gewesen. Es ist allerdings äußerst fraglich, ob sie die erwünschte Wirkung zeigen. Denn die wenigsten Griechen scheinen den Ernst der Lage voll erkannt zu haben. (SAD)

PREUSSAG / Metallsparte und AMC belasten Ergebnis

Mit dem Ertrag zufrieden

dos. Hannover

Die völlig unzureichenden Preise für *NE-Metalle* und zusätzliche Belastungen bei der britischen AMC-*Gruppe haben das Ergebnis der* Preussag AG, Hannover, im vierten Quartal 1985 erheblich belastet. Wie es in einem vorläufigen Überblick zur Entwicklung im Gesamtjahr 1985 heißt, hat sich der Mitte 1985 einsetzende Preisrückgang für Blei und Zink im weiteren Jahresverlauf deutlich verstärkt. Hinzu kamen die negativen Auswirkungen der Zinnkrise auf die Handelsaktivitäten an der *Londoner Metallbörse* und der nachgebende Dollar-Kurs.

Die dadurch entstandenen Ertragseinbußen hätten durch verbesserte Ergebnisse der Sparten Verkehr, Energie und Bau nicht ausgeglichen werden können. Insgesamt aber habe das Jahresergebnis der Preussag AG und des Konzerns nach vorläufigen Angaben wieder ein „zufriedenstellendes Niveau" erreicht.

Die Preussag hatte 1984 weltweit einen Gewinn von 154,5 Mill. DM und in der AG einen Überschuß von 103 Mill. DM ausgewiesen und damit ein Rekordergebnis erzielt. Die Dividende war auf 9 (8) DM aufgestockt worden. Ob dieser Satz für 1985 beibehalten wird, erscheint vor allem angesichts der anhaltend unbefriedigenden Ertragsentwicklung in den ersten *Monaten 1986 mehr als fraglich.*

Der konsolidierte Konzernumsatz *erreichte 1985 knapp 4,3 Mrd. DM* und lag damit um 8 Prozent unter dem Vorjahreswert (4,7 Mrd. DM). Während die Unternehmensbereiche Verkehr (534 nach 502 Mill. DM), Erdöl und Chemie (832 nach 788 Mill. DM), Kohle (1,22 nach 1,1 Mrd. DM) und Anlagenbau (569 nach 567 Mill. DM) durchweg den Umsatz steigerten, gab es im *Metallbereich* mit 1,14 (1,7) Mrd. DM einen drastischen Einbruch. Bei der *AMC-Gruppe ist es* mittlerweile im Effektivhandel zur Einstellung beziehungsweise Einschränkung des Handels mit einzelnen Metallen gekommen.

Unter den Planungen blieben 1985 mit 291 (315) Mill. DM die Investitionen im Inlandskonzern; vorgesehen waren 383 Mill. DM. Die Zahl der *Mitarbeiter erhöhte sich um 200 auf* gut 17 000.

FIATALLIS / Nummer zwei auf dem Welt-Baumaschinenmarkt setzt auf Europa

Neue Geräte baggern wieder Gewinn

HARALD POSNY, Turin/Lecce

Nach einem ganzen Bündel widriger Umstände, der Krise in vielen Entwicklungsländern, schlechter Baukonjunktur, Überkapazitäten und Preisverfall und zunehmend aggressiver Preispolitik der japanischen Wettbewerber steht die italienische Fiatallis, der Welt drittgrößter Produzent von Baumaschinen, vor einer bedeutenden Expansionsphase. Bei einem heimischen Marktanteil von 40 Prozent, europaweit von zehn und weltweit von knapp acht Prozent, *wird sich das Unternehmen nach den* Worten seines Vizepräsidenten Leonello Verduzio auf die Auslandsmärkte stützen, neben den USA auf den Schwerpunktmarkt Europa.

Diese neue Strategie zielt – wie bei Fiat Auto – nicht zuletzt auf den japanischen Wettbewerb, der, so Verduzio, mit seinen Dumpingversuchen für einige Jahre durch EG-Einfuhrzölle im Zaum gehalten wird. In dieser *Zeit müsse die Produktivität so*weit gesteigert werden, daß mit kostengünstigerer Fertigung Nippon Paroli geboten werden kann.

Eben dies ist bei dem 1984 aus dem Zusammenschluß von Fiat und Allis-Chalmers entstandenen Unternehmen mit derzeit rund 5600 (6400) Beschäftigten und einem Umsatz von 1,6 Mrd. DM während der letzten drei Jahre entwickelt worden. Dazu gehörten *die Erneuerung und Straffung* der einstmals außerordentlich breiten Produktpalette *sowie starke Investi*tionen (220) Mill. DM in neue Fertigungstechnologien.

Neben dem brasilianischen Werk (1200 Leute), dem Werk im apulischen Lecce (1850 Mitarbeiter), zwei Turiner und einem Mailänder Werk wird in naher Zukunft in Turin das „modernste Baggerwerk Europas" entstehen. Die bisher in den USA gefertigten großen Bulldozer sollen im erweiterten Werk in Lecce gefertigt werden. Die Neuentwicklungen haben *bislang unerwarteten Erfolg.*

Den hat Fiatallis auch nötig, nachdem in den letzten Jahren ein Werk in England und zwei Werke in den USA aus Rentabilitätsgründen stillgelegt worden sind. Jetzt wird der US-Markt, der rund 30 Prozent der Weltproduktion aufnimmt, weitgehend aus europäischer Fertigung bedient.

Immerhin ist es Fiatallis gelungen, die Marktpräsenz international *1983/84 stabil zu halten, 1985 wieder* leicht auszubauen. Und: Nach einem Verlust von 73 Mrd. Lire (114 Mill. DM) 1983 und ausgeglichenem Ergebnis im darauffolgenden Jahr wurde für 1985 wieder ein Gewinn von 26,5 Mrd. Lire (42 Mill. DM) ausgewiesen.

Dem entsprach auf schwierigen und uneinheitlichen Baumaschinen-Märkten ein Absatz von 6755 kompletten Einheiten (plus 6,6 Prozent). *Die Investitionen kletterten von 10* auf 42 Mrd. Lire (65 Mill. DM). So *unterschiedlich die Absatzmärkte* (Italien und England plus 30 Prozent, Frankreich 27 und Deutschland zwei Prozent), auf der anderen Seite Rückgänge um 29 beziehungsweise zehn Prozent in Mittelost und Südamerika waren, so weit gingen auch die Verkäufe der fünf wichtigsten Produktionsbereiche (Planierraupen, Landwirtschaftliche Raupen, Laderaupen, Rohrleger und Flachbagger) auseinander. *In diesen Bereichen sind* Caterpillar, Liebherr, Poclain, O + K, *Hanomag*, Atlas, Komatsu und Hitachi die Hauptkonkurrenten.

In *Europa erwartet* Verduzio *für* Großmaschinen mangels nennenswerter Hoch- und Tiefbauaufträge kaum hohe Zuwachsraten. Dennoch will Fiatallis seine Position in der Bundesrepublik ausbauen. Rolf Eisentraut, Geschäftsführer der Fiatallis Baumaschen GmbH, Heilbronn, verkaufte 1985 an über ein Dutzend *Händler 350 Einheiten (4,5 Prozent* Marktanteil). Davon gingen jedoch 100 in den Export. Der Umsatz lag bei 60 Mill. DM. Eisentraut: „Weniger Erdbewegungen und mehr Erhaltungsarbeiten erzwingen mobileres Gerät, neue Baumethoden ausgefeilte Anbaugeräte für besondere Einsätze". Und: „Das trauen wir uns auch gegen die japanischen ‚Baukrisengewinnler' mit ihren Kleinbaggern und -raupen zu."

STIHL / Einen größeren Marktanteil herausgesägt

Weiteres Wachstum erwartet

WERNER NEITZEL, Waiblingen

Für das laufende Geschäftsjahr 1986 rechnet die Stihl-Firmengruppe, Waiblingen, der Welt größter Hersteller von Motorsägen (25 Prozent Weltmarktanteil) wiederum mit einem Umsatzwachstum, wenngleich in gemäßigten Bahnen. Das Familienunternehmen, das in diesem Jahr auf ein 60jähriges Bestehen zurückblicken kann, hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr 1985 den Gruppenumsatz *um knapp 22 Prozent auf 1,106 Mrd.* DM gesteigert und damit die Milliarden-Marke übersprungen. Dabei vergrößerte sich der Auslandsanteil am Umsatz auf 88 (1984: 85) Prozent.

Das Stammhaus, die Andreas Stihl KG, deren persönlich haftender Gesellschafter der Vorsitzende des Verbandes der Metallindustrie Hans Peter Stihl ist, erzielte mit ihren sechs deutschen Werken einen Umsatzzuwachs von 23 Prozent auf 598 Mill. DM bei einer Exportquote von knapp 80 (79) Prozent. Drei Viertel des Gruppenumsatzes von Stihl entfallen auf die Motorsäge. Darüber *hinaus* hat das Unternehmen noch zahlreiche andere tragbare Motorgeräte im Programm, nämlich Trennschleifer, Motorsensen, Heckenscheren, Erdbohrgeräte, Laubschneider, Sprüh- und Blasgeräte. Der Anteil der Elektrosägen am Motorsägen-Geschäft hat inzwischen sieben Prozent *erreicht und steigt weiter an.*

Insgesamt stagnierte der Weltmarkt für Motorsägen in 1985 bei einem Volumen von etwa 3,5 Mill. Stück. Stihl eroberte Marktanteile vor allem gegen die Konkurrenz aus Japan und Schweden. Ein starkes Gewicht hat für Stihl der US-Markt, wo eine Produktionstochter besteht. Da die Unternehmensgruppe *jedoch* wesentlich mehr Waren in die USA exportiert, *als die dortige Tochtergesellschaft* ausführt, bekommt Stihl im Hinblick auf begrenzte Preiserhöhungsspielräume immer mehr die Schwäche des Dollarkurses in der Ertragsrechnung zu spüren.

Im Berichtsjahr indessen habe das Unternehmen nach Stihls Worten „einen zufriedenstellenden Gewinn" erzielt, der gegenüber dem Vorjahr gestiegen sei. An der Strategie, den Vertrieb im Ausland stärker in eigene *Regie zu übernehmen, wird festgehal*ten. Derzeit laufen 70 Prozent des Umsatzes über die eigene Vertriebsorganisation. Investiert wurden im Berichtsjahr im Stammhaus 27 (16) Mill. DM bei 18 Mill. DM Abschreibungen. Im laufenden Jahr sollen die Investitionen weiter auf 35 Mill. DM aufgestockt werden. Insgesamt zählt die Firmengruppe 5431 (5083) Mitarbeiter. Von den im vergangenen Jahre erstmals angebotenen Genußrechten machten bisher 673 Mitarbeiter Gebrauch.

KALI UND SALZ / Dividende wird wieder gekürzt

Absatzeinbußen im Ausland

dos, Kassel

Die Erwartungen der zum BASF-Konzern gehörenden Kali und Salz AG (K+S), Kassel, haben sich 1985 nicht in vollem Umfang erfüllt. Nach Angaben des Vorstands führte die schwächere Nachfrage auf dem Weltkalimarkt zu einem Rückgang des Kali-Absatzes um sieben Prozent auf 2,46 Mill. Tonnen. Vor allem bei den Exporten nach Übersee mußten deut*liche Einbußen hingenommen wer*den.

*Nur geringfügig dagegen verringer*te sich der Umsatz. Mit 1,72 (1,74) Mrd. DM wurde das Vorjahresniveau fast wieder erreicht. Neben den Erlösverbesserungen wirkte sich auch der hohe Dollarkurs umsatzstabilisierend aus.

Verschlechtert hat sich im Berichtsjahr die Ertragslage. Wie es heißt, ging der Jahresüberschuß um 16 Mill. DM auf 44 Mill. DM zurück. Die Verwaltung schlägt deshalb der *Hauptversammlung die Ausschüt*tung einer gegenüber dem Vorjahr um 1 DM auf 7 DM gekürzte Dividende vor. Erst 1984 hatte K+S die Dividende auf 8 DM je 50-DM-Aktie verdoppelt. Der freien Rücklage wurden vorab 9 (20) Mill. DM zugeführt.

Die Sachanlageninvestitionen erreichten 154 (153) Mill. DM; ihnen stehen Abschreibungen von 149 (141) Mill. DM gegenüber. Die Belegschaft nahm im Berichtsjahr um 119 auf 9251 Mitarbeiter zu. Zufrieden äußert sich der Vorstand *zur Tochter* Chemische Fabrik Kalk GmbH in Köln. Deren Umsatz stieg um zehn Prozent auf 570 Mill. DM; das Ergebnis habe sich spürbar verbessert. Das neue Kaliwerk in der kanadischen Provinz New Brunswick, an dem K+S über die Tochter Potocan mit 20 Prozent beteiligt ist, produziert seit Mitte 1985. Ende 1986 steht dort eine Jahreskapazität von 1,3 Mill. t Kaliumchlorid zur Verfügung.

SCHWEPPES / Hauptprodukte bald auch in Dosen

Umsatzziel nicht erreicht

JB. Hamburg

Die Schweppes GmbH, Hamburg, hat im Geschäftsjahr 1985 das anvisierte Umsatzziel von 100 Mill. DM zwar nicht erreicht, doch zeigt sich Geschäftsführer Siefke Kerwien mit dem erreichten Ergebnis zufrieden. Schweppes weist einen um 2 Prozent höheren Umsatz von 96 Mill. DM aus, wobei im Jahresvergleich allerdings zu berücksichtigen ist, daß durch die Aufgabe des kalorienreduzierten Erfrischungsgetränks Silhuette ein Um*satzvolumen von rund 5 Mill. DM* aufgegeben worden ist. Das vergleichbare *Umsatzwachstum gibt Kerwien* mit 7,2 Prozent an.

Bei stabil gehaltenen Preisen ist nach Angaben von Kerwien der Absatz mit Schweppes-Bittergetränken um 6 Prozent gestiegen und lag damit über dem durchschnittlichen Branchenwachstum der Erfrischungsgetränke-Industrie (plus 4,8 Prozent). Den Marktanteil für Schweppes Bittergetränke, die etwa 80 Prozent des Gesamtumsatzes *ausmachen*, gibt Kerwien mit 65 Prozent im Lebensmitteleinzel*handel an. In der Gastro*nomie liege er noch *leicht* höher. Als vollen Erfolg bezeichnet Kerwien die 1984 eingeführte Pfandflasche.

Nach einigem Zögern, so *Kerwien*, werde Schweppes künftig die Haupt*produkte Bitter Lemon*, Tonic Water und Ginger Ale auch für den Handel in Dosenform und zwar mit 0,35 Liter Inhalt, anbieten. In Dosenform wird ferner das Limonaden-Bier-Mixgetränk McTwo auf den Markt gebracht. Dieses Produkt, das rund 6,5 Prozent zum Gesamtumsatz beisteuert, hat 1985 noch einmal zwei Prozent an Absatz verloren, besitzt aber nach Angaben von Kerwien einen festen Kundenstamm und trägt sich selbst. Den restlichen Umsatz wickelt *Schweppes mit englischer Import*konfitüre und mit der Pure Malt Whisky-Marke Glenfiddich ab, deren Absatz um 34 Prozent auf 244 000 Flaschen stieg.

In diesem Jahr erwartet Kerwien weiterhin *stetiges Wachstum und* noch „schwärzere Zahlen" als 1985. *Ob die Umsatzschwelle von 100 Mill.* DM überschritten wird, liegt nach *Meinung* von Kerwien in der Hand von Petrus.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Börsenneuling Vogt

München (dpa/VWD) – Der Elektronikzulieferer Vogt electronic AG, Erlau, wird jetzt an der Bayerischen Börse notiert. Unter Führung der Deutschen Bank und der Commerzbank wurden 3,05 Mill. DM stimmrechtslose Vorzugsaktien in den geregelten Freiverkehr in *München* einbezogen. Bei einem Ausgabekurs von *315 DM (ab 26. März)* ergibt sich nach Berechnung der Deutschen Bank ein überdurchschnittliches Kurs-Gewinn-Verhältnis von 10,9. Der in den vergangenen fünf Jahren auf rund 61 Mill. DM verdoppelte Umsatz soll im laufenden Geschäftsjahr 1985/86 (30. September) um weitere 15 Prozent wachsen. Beschäftigt werden 1123 Mitarbeiter.

Honsel-Werke zahlen mehr

Meschede (VWD) – Die Honsel-Werke AG, Meschede, schlägt der HV am 7. Mai vor, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1985 von 3,053 (2) Mill. DM 15 (12) Prozent Dividende auf die Stammaktien und 7,5 (6,75) Prozent auf die Vorzugsaktien auszuzahlen. 1,1 Mill. DM sollen in die freie Rücklage eingestellt werden.

Hohe Ausschüttung

Bad Salzuflen (DW.) – Bis zu 7 Mill. DM will die Hoffmann's *Stärkefabri*ken AG, Bad Salzuflen, an ihre Aktionäre für das *Geschäftsjahr 1985* ausschütten. Einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet die Verwaltung der HV am 24. Juni. Das Grundkapital in Höhe von 11,6 Mill. DM befindet sich zu 80 Prozent im Besitz des britischen Nahrungsmittelherstellers Reckitt & Colman, der Rest ist gestreut. Zuletzt hatte Hoffmann's Stärke 1982 eine Dividende von 4 DM gezahlt. Die Notierung der Aktie wurde nach Angaben des Vorstands gestern ausgesetzt, um „irgendwelchen Spekualtionen an der Börse vorzubeugen".

Dividendenausfall

Essen (VWD) – Für 1985 wird die Stern-Brauerei Carl Funke AG, Essen, keine Dividende zahlen, nachdem im Vorjahr 2 DM ausgeschüttet worden waren. Der HV am 13. Mai wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn von 41 921 (798 000) DM auf neue Rechnung vorzutragen.

Württ. Hypo: 12 DM

Stuttgart (VWD) – Die Verwaltung der Württembergische Hypothekenbank AG, Stuttgart, schlägt für 1985 eine Dividende von 12 DM vor. Im Vorjahr waren 11 DM Dividende und ein Bonus von 1 DM ausgeschüttet worden (HV am 2. Mai).

Cassella bleibt bei 15 DM

Frankfurt (VWD) – Eine unveränderte Dividende von 15 DM je 100 DM-Aktie schlägt die Cassella AG, Frankfurt, der HV am 26. April für das Geschäftsjahr 1985 vor. Der Nettoumsatz der AG erreichte 527 (498) Mill. DM. Das 34,1 Mill. DM betragende Grundkapital liegt zu 75,6 Prozent bei der Hoechst AG, Frankfurt.

Aktien spürbar erholt

Dollaranstieg und niedrig bleibender Ölpreis regten an

DW. – Auf den Aktienmärkten kam es am Dienstag nach einigen Tagen schwächerer Tendenz in den meisten Standardaktien zu einer deutlichen Kursbesserung. Den Anstoß für diese Reaktion lieferten der Wiederanstieg des Dollar, die geplatzte Opec-Konferenz, auf der eine Anhebung des Ölpreises durchgesetzt werden sollte, aber auch die vorangegangene Kurserholung an der Wall Street. Zur Festigung der Stimmung trug ferner die günstige Konjunkturprognose des Kieler Instituts für Weltwirtschaft bei.

Großchemieaktien lagen fester. Die chemische Industrie profitiert sowohl von der Aussicht auf noch niedrigere Ölpreise als auch vom Wiederanstieg des Dollar. Wenn hier dennoch sehr behutsam gekauft wird, liegt das an der ständigen Furcht vor Abgaben aus dem Bereich der nahöstlichen Ölförderländer. Ebenfalls fester lagen die Großbankaktien. Bei ihnen erhofft man sich von der am Mittwoch stattfindenden Dresdner Bank-Bilanzpressekonferenz neue Anregungen. Bemerkenswert ist der stetige Anstieg der Vereins- und Westbank, die seit Tagen um jeweils *10 DM* heraufgesetzt wird. Im Bereich der Autowerte erholten sich VW um 8 DM. Die Aktien des Wolfsburger Unternehmens rangieren in den Augen vieler Börsianer jetzt unter den „Konsumwerten", die aus der steigenden Konsumfähigkeit breiter Bevölkerungskreise großen Nutzen ziehen sollten.

Frankfurt: MAN-Roland rückten um 26,50 DM vor. Degussa gewannen 16 DM, Flachglas 12 DM und Goldschmidt 15 DM. Rütgers büßten 6 DM ein. Contigas verloren 8,50 DM und EVA 5 DM. Springer verminderten um 10 DM.

Düsseldorf: AEG-Kabel gaben um 7 DM und Hein. Lehmann um 3 DM nach. Balcke-Dürr stockten um 10 DM, Bilfinger um 3,80 DM und Dyckerhoff St. um 11 DM auf. Mauser lagen um 3,50 DM und Stöhr um 2 DM fester.

Hamburg: Beiersdorf erhöhten um 12 DM und Vereins- und Westbank um 10 DM. Hapag Lloyd erholten sich um 2,50 DM. Markt und Kühlhallen lagen um 2 DM leichter. Malhak wurden um 26 DM zurückgenommen.

Berlin: Kempinski verloren 4,50 DM und Berliner Kindl ermäßigten sich um 3 DM. Deutsche Hypo Berlin wurden um 10 DM höher notiert und und Spinne *Zehlendorf* wurden um 50 DM heraufgesetzt. DUB-Schultheiss verloren 3 DM.

München: Audi AG verminderten um 5 DM, Flachglas um 2 DM und NAK Stoffe um 3,80 DM. Tucher gaben um 8 DM und Wanderer um *4 DM* nach. *Dywidag* stockten um 3,50 DM und Bay. Hartstein um 10 DM auf.

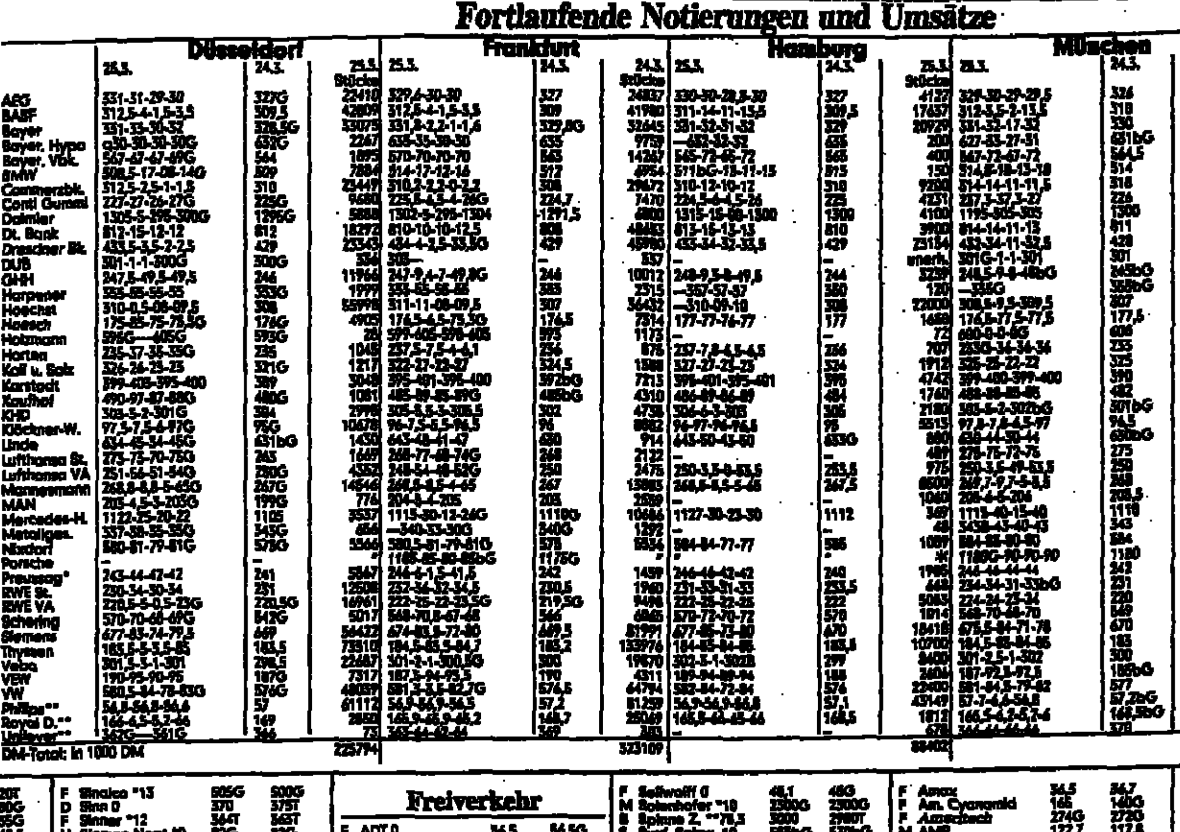
Stuttgart: DLW konnten sich nur leicht um 5,50 DM bessern. Moto-Meter besserten sich um 5 DM. Aesculap setzten ihre Aufwärtsbewegung um 5 DM fort. Boss waren um 20 DM ermäßigt.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 284,37 (285,78)
WELT-Umsatzindex: 4268 (4187)
Advance-decline-Zahl: 118 (81)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze



[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Ausland

Amsterdam

[illegible]

Brüssel

	25.3.	24.3.
Arbed	3400	3350
Brux. Lambert	3000	3000
Cockerill Ougrée	160	161
Ebes	4660	4645
Gevaert	6600	6620
Kredietbank	13700	–
Pétrofina	7050	7190
Soc. Gén. d. Belg.	2970	2720
Sofina	8800	8750
Solvay	7980	7940
UCB	7150	7100
Index	3451,04	3447,85

Hongkong

	25.3.	24.3.
China Light + P.	15,2	15,3
Hongkong Land	5,9	5,9
Hongk. + Sh. Bk.	7,65	7,7
Hongk. Teleph.	9,45	9,75
Hutch. Whampoa	25,9	25,8
Jard Matheson	11,8	11,8
Swire Pac. + A +	33	33

Kopenhagen

[illegible]

London

[illegible]

Luxemburg

[illegible]

Madrid

[illegible]

Mailand

[illegible]

New York

[illegible]

Paris

[illegible]

Johannesburg

[illegible]

Stockholm

[illegible]

Singapur

[illegible]

Sydney

[illegible]

Oslo

	25.3.	24.3.
Bergen Bank	141	146
Borregaard	368	370
Den Norske Cred.	148	151
Elkem	108,5	108
Kreditkassen	152	152,5
Norsk Data	470	460
Norsk Hydro	133,5	139
Storebrand	238	237,5
OSE Ind. Index	354,61	354,71

Tokio

[illegible]

Toronto

[illegible]

Wien

[illegible]

Zürich

[illegible]

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Kurt Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 8, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Inlandszertifikate

	Ausg. 25.3.	Rückn. 25.3.	Rückn. 24.3.
AAR-UNIV.F.I	174,59	164,71	164,71
Adifonds	69,05	65,76	65,57
Adirenta	25,98	24,25	24,20
Adirewa	102,10	97,13	96,31
Aditec	99,92	95,16	94,92
Adiverba	176,82	168,40	168,11
Aegis Eink.-Fds.	39,52	37,69	37,61
Aegis Wachst.-Fds.	63,29	60,27	60,38
AGI Fonds	177,01	168,58	168,58
Akkumula	202,06	192,35	190,85
Albingia Rendite Fds.	51,50	49,44	49,51
Alla Kapital Fds.	35,56	33,06	35,41
Allianz-Rentenfonds	125,41	120,97	120,57
Analytik Fonds	35,56	33,86	32,70
Ara-Rendit.	58,40	56,54	56,55
AriDeka	56,44	53,72	53,15
Assecura I	89,67	89,22	90,32
Austr. Pazifik	unerh.	unerh.	50,85
Berenberg-U-Fonds	425,24	412,85	410,75
Berenberg-U-Renten	123,53	120,32	120,18
BW-Renta-Univ.	54,12	52,80	52,80
BW-Wertberg-Univ.	136,35	130,44	130,44
Colonia Rentenfonds	51,43	49,66	49,64
Concentra	39,01	38,06	37,92
dbi-Fonds V I	–	58,35	58,33
DekaFonds	54,16	51,45	51,16
DekaRent	33,65	32,67	32,71
DekaSpezial	247,48	235,11	235,89
DekaTresor	61,20	59,71	59,71
DespaFonds	83,27	79,11	79,11
DEVIF-Invest	105,80	98,81	97,90
DEVIF-Rent	56,30	54,62	54,55
DIFA-Fonds	185,50	176,28	176,28
DIFA GRUND	103,72	98,53	98,53
DIT Fonds f. Verm.	70,11	68,40	68,26
DIT Rohstoffonds	78,36	74,68	75,25
DIT Pazifikfonds	104,27	101,23	100,43
DIT Technologiefonds	81,25	78,66	78,65
DIT Fds.f. Wdl.u.Opt.A	133,30	130,05	129,00
Dt. Rentenfonds	84,22	82,57	82,58
Dt. Vermögensb. Fds. A	40,97	39,02	unerh.
dgl. I	53,05	50,55	unerh.
dgl. R	27,79	26,99	26,99
DWS Bayern Spezial	100,30	95,52	unerh.
DWS Energiefonds	87,10	84,96	84,64
DWS Provesta	80,85	76,97	unerh.
DWS Rohstoff Fds.	84,25	82,17	81,75
DWS Technologie Fds.	89,56	87,89	87,16
Fondak	73,25	69,76	69,56
Fondirent	88,25	85,68	85,17
Fondis	61,48	58,74	58,45
Fondra	115,91	110,39	110,18
FT Accuzins	142,50	138,35	137,80
FT Am Dynamik	24,90	22,86	22,38
FT Frankf. Eff. F	141,40	134,33	135,16
FT Interspezial I	29,09	26,42	26,71
FT Interspezial II	53,66	50,80	50,92
FT Interzins	45,32	44,00	44,00
FT Nippon Dynamik	83,59	76,30	76,71
FT Re-Spezial	190,28	180,77	180,78
Gerling Dynamik	69,27	66,29	66,46
Gerling Rendite	56,06	54,57	54,32
GKD-Fonds	74,95	72,07	unerh.
Gotharex	100,40	96,91	96,75
Grundbesitz-Invest.	72,90	69,37	69,37
Grundwert-Fonds	131,42	124,57	124,57
Hbg.-M. Rentenfonds	58,60	56,35	56,34
Hansainternational	55,02	53,16	53,14
Hansaprofit	–	28,59	28,59
Hansarenta	48,70	47,05	47,05
Hansasecur	68,95	65,67	65,67
Hansazins	49,78	48,10	48,10
Haus-Invest	71,10	67,68	67,68
Ifi-Fonds Nr. 1	119,40	113,60	113,60
dgl. Nr. 2	77,40	73,60	73,60
Industria	61,26	59,48	59,90
INKA-Global	86,30	82,00	82,40
INKA-Rent	65,00	63,30	63,30
INKA-Re-Invest	135,90	131,90	132,00
Investa	75,05	71,25	71,25
Interglobal	146,76	142,49	142,21
Inter-Renta	39,90	38,75	38,46
Intervest	101,75	96,89	96,33
Interkapital	28,40	26,70	26,80
Int. Rentenfonds	86,47	84,34	85,72
Invesia	unerh.	unerh.	unerh.
Investors Fds.	16,49	15,35	15,25
Ivesfonds	62,16	56,87	56,96
Japan-Pazifik-Fds.	unerh.	unerh.	72,34
Kapital. Spezial	139,53	129,06	129,18
Magdeb. W.-Fd.DIT	86,10	82,00	81,36
Medico-Invest	125,86	115,80	114,20
Merkur I	30,27	30,27	30,80
NB Rent	57,39	55,71	55,58
Nordcumula	unerh.	unerh.	74,65
Nordrenta Int.	unerh.	unerh.	58,65
Nordstern-F. RK	51,85	50,09	50,06
Nürnberger Rentenfds.	49,90	47,64	47,45
Oppenh. Int. Rent.	101,54	98,58	98,53
Oppenh. Priva-Rent	113,96	110,63	110,42
Oppenheim-Privat	57,07	54,34	54,36
Oppenheim-Spez. I	129,32	125,34	125,63
Oppenheim-Spez. II	98,65	93,94	92,82
Plusfonds	75,89	72,28	72,09
Privatfonds	70,50	67,11	67,35
Re-Investa	164,70	142,63	141,66
Rendite-Deka	35,17	34,15	34,14
Rentak	142,67	134,54	134,57
Rentex	109,49	106,40	106,39
Rentensparfonds	57,21	55,54	55,54
Ring Aktien-Fds. DWS	unerh.	unerh.	unerh.
Ring Renten-Fds. DWS	47,75	45,57	45,47
[illegible]-U-Fonds	158,11	151,56	151,06
SMH-Rentenfonds	52,90	51,44	51,43
Südinvest I	71,75	68,31	68,52
dgl. II	82,50	78,65	78,60
dgl. III	26,97	26,18	26,18
dgl. IV	89,59	84,24	84,39
Thesaurent	71,59	68,84	68,97
Thesaurus	239,99	234,34	233,44
Transatlanta	32,92	31,36	31,70
Unifonds	33,68	31,95	31,82
Uniglobal	99,90	95,09	94,30
Unirak	91,05	86,70	85,94
Unirenta	42,70	41,46	41,85
Unispezial I	–	65,50	64,69
Universal-Eff.-F.	92,89	91,87	91,07
Unizins	113,35	110,02	109,95
Verm.-Aufbau-F.	125,33	119,36	118,54
Verm.-Ertrag-F.	105,02	99,06	98,49
VICTORIA Rent-Adig	73,55	71,06	71,05

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	33,20	31,35	31,50
Bond Valor DM	110,70	108,67	108,59
Convert Fund A DM	33,40xD	31,70xD	32,38
Convert Fund B DM	99,90	95,00	97,90
CS Money Market DM	1077,80	1076,00	1074,00
Eurinvest DM	89,70	85,99	85,40
Eurovion DM	190,13	178,22	174,59
Formula Sel. DM	82,47	77,11	77,11
GT Inv. Fund DM	45,20	41,80	41,00
Interpar DM	29,78	27,42	27,92
Japan Sel. DM	375,80	358,45	350,45
Unico DM	78,50	74,17	75,65
Amerika-Valor sfr.	533,50	504,80	494,00
Asia Fd. $	261,47	249,21	unerh.
Automation sfr.	120,50	111,50	111,00
Bond-Invest sfr.	65,25	64,00	65,50
Bond Valor Yen	10898,00	10491,00	10478,00
Bond Valor $	121,64	119,37	119,13
Bond Valor sfr.	107,05	105,05	105,05
Bond Valor Ster.	107,95	105,95	105,07
Canasec	697,00	656,00	647,00
CSF-Bonds sfr.	78,50	75,75	75,25
CS Money Market $	1129,00	1128,00	1128,00
CS Money Market Ster.	1082,00	1081,00	1080,00
CS Money Market Yen	102139,0	102138,0	102114,0
Convert Valor sfr.	134,28	131,78	130,65
Convert Valor $	144,91	141,82	141,44
Dreyfus $*	14,27	13,41	13,35
Dreyfus Internat. $*	50,15	47,14	46,98
Dreyfus Intercont. $*	50,30	47,28	47,28
Dreyfus Leverage $*	22,19	20,50	20,31
Energie-Valor DM	170,32	161,67	158,44
Europa Valor sfr.	201,00	191,25	192,25
Fonsa sfr.	195,00	188,50	188,50
Founders Growth $*	9,62	9,62	9,59
Founders Mutual $*	11,05	11,05	10,95
Goldmines Wf.	–	224,00	224,00
Intercont. Tr. sfr.	–	360,00	356,50
Interswiss sfr.	171,00	170,50	170,50
Intervalor sfr.	92,25	89,80	88,50
Japan Portfolio sfr.	1157,50	1092,25	1062,00
Kemper Growth $*	14,69	13,44	13,37
Pacific-Valor sfr.	150,75	149,25	147,75
Pharmafonds sfr.	327,50	306,50	300,50
Pioneer Fund $*	25,40	23,42	23,40
dgl. II $*	21,16	19,36	19,42
Schweizeraktien sfr.	513,25	486,50	486,50
Sict-Imm. sfr.	1750,00B	1740,00G	1740,00G
Siat 63 sfr.	1390,00B	1370,00G	1370,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2675,00	2550,00	2580,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1375,00	1310,00	1310,00
Swissvalor sfr.	413,75	402,00	401,50
Technology $*	14,87	13,61	13,54
Technogrowth Fd.	109,76	105,56	105,56
Templeton Growth $*	14,28	13,07	13,09
Universal B.S sfr.	80,25	77,25	74,75
Universal Fund sfr.	127,25	122,46	121,00
Ussec	859,00	818,00	775,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

[illegible]

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 181,17 (180,85); Elektrowerte: 319,75 (318,67); Autowerte: 754,31 (754,01); Maschinenbau: 176,71 (178,87); Versorgungsaktien: 175,80 (175,99); Banken: 412,20 (411,44); Warenhäuser: 163,18 (162,73); Bauwirtschaft: 493,71 (487,08); Konsumgüterindustrie: 164,95 (164,72); Versicherung: 1470,36 (1479,37); Stahlpapiere: 180,05 (179,31)

Kursgewinner (Frankfurt):

Chem. Brockh.	460,00	+40,00	+9,5%
Dm Hansa	215,00	+15,00	+7,5%
Hagedo	134,00	+9,00	+7,2%
Goldschmidt	270,00	+15,00	+5,8%
Eschweiler Berg	95,00	+6,00	+5,5%
Hanf Obern. Vz.	200,00	+10,00	+5,2%
MAN Roland	602,00	+26,00	+4,6%
Norddt. Hypo	262,00	+10,00	+3,9%
Flachglas	332,00	+12,00	+3,7%
Degussa	499,00	+16,00	+3,6%

Kursverlierer (Frankfurt):

Brau AG	552,00	-28,00	-4,8%
Aachener Rück	2990,00	-150,0	-4,7%
Alte Leipziger B	1000,00	-50,00	-4,7%
Veith Pirelli	448,00	-22,00	-4,6%
Westdt. Vkt.	66,80	-3,20	-4,6%
Deutsche Steinz.	295,00	-14,00	-4,5%
Kabelmetal	154,00	-6,00	-3,7%
Autania	400,00	-15,00	-3,6%
Kali Chemie	521,50	-17,50	-3,2%
Dt. Conti Rück NA	1065,00	-35,00	-3,0%

Junge Aktien

Berlin: Hesemet 750G, Kölltzer 190B, VAB 3050G. Düsseldorf: BASF 299,5, Bayer 318, BHF 488G, Contigas 380, Dresdn. Bk. 418, IWK 312bG, Metallges. 320T, Nixdorf 555, Rütgers 425G, [illegible]

Devisenmärkte

Der US-Dollar avancierte am 25. März weiter. Er profitierte von seinem Status als Fluchtwährung nach Bekanntwerden des militärischen Zusammenstoßes zwischen Libyen und den USA. Der Kurs wurde zunächst bei 2,315 gesehen. Nach einem Tief von 2,305 überstieg er am Nachmittag 2,32. Der Auftragseingang für langlebige Wirtschaftsgüter signalisierte einen positiveren Konjunkturverlauf. Der Dollar/Yen folgte dieser Bewegung nicht im gleichen Ausmaß, so daß sich eine Befestigung des Yen gegen DM um ¼ Prozent auf 1,29 ergab. Das konfuse Ende der Opec-Konferenz drückte auf den Kurs des Britischen Pfundes; es verlor 0,9 Prozent auf 3,391. Der Australische Dollar gewann im Freiverkehr 2,6 Prozent und erreichte 1,664. US-Dollar in: Amsterdam 2,6155; Brüssel 47,39; Paris 7,098; Mailand 1574,25; Wien 14,25; Zürich 1,9565; Ir. Pfund/DM 3,026; Pfund/Dollar 1,4659; Pfund/DM 3,391.

Devisen und Sorten

25.3.1986	Frankf. Devisen Geld	Brief	Wochs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten Ankauf	Verkauf
New York[1]	2,3092	2,3172	2,2938	2,25	2,35
London[2]	3,384	3,398	3,327	3,33	3,48
Dublin[2]	3,019	3,033	2,951	2,94	3,09
Montreal[1]	1,6445	1,6525	1,619	1,59	1,69
Amsterd.	88,46	88,68	88,346	87,00	89,25
Zürich	119,24	119,44	119,17	118,00	120,75
Brüssel	4,877	4,897	4,809	4,72	4,92
Paris	32,535	32,695	31,905	31,75	33,50
Kopenh.	27,015	27,135	26,84	26,25	28,00
Oslo	31,87	31,99	31,23	31,25	33,00
Stockh.**	31,525	31,685	31,11	30,75	32,50
Mailand[3]**	1,4635	1,4755	1,429	1,41	1,51
Wien	14,218	14,258	14,212	14,16	14,38
Madrid**	1,586	1,596	1,557	1,555	[illegible]
Lissabon**	1,518	1,538	1,461	1,25	1,90
Tokio	1,2885	1,2915	–	1,24	1,30
Helsinki	44,47	44,67	43,915	43,00	45,50
Buen.Air.	–	–	–	–	[illegible]
Rio	–	–	–	0,05	[illegible]
Athen[3]**	1,6315	1,6855	–	1,28	[illegible]
Frankf.	–	–	–	1,73	[illegible]
Sydney*	1,648	1,687	–	1,56	1,71
Johannbg.*	1,065	1,097	–	0,91	[illegible]
Hongkong*	29,61	29,89	–	26,50	[illegible]

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.

NACH LANGER, SCHWERER KRANKHEIT, DIE SIE WIE ALLE SCHICKSALSSCHLÄGE IN IHREM LEBEN SO BEWUNDERNSWERT GETRAGEN HAT, IST

ANTONINA GMURZYNSKA

GEB. GLINSKA

GESTORBEN.

FÜR UNS WAR SIE DER MITTELPUNKT ALLEN GESCHEHENS.

IN LIEBE

LUDWIG ROGOZINSKI
KRYSTYNA GMURZYNSKA-BSCHER
DR. THOMAS BSCHER
JAN GLINSKI

KÖLN, IM MÄRZ 1986

DIE BEERDIGUNG HAT AUF WUNSCH DER VERSTORBENEN IN ALLER STILLE STATTGEFUNDEN.

WIR BITTEN VON ALLEN BEILEIDSBEKUNDUNGEN ABSTAND ZU NEHMEN.

Am 21. März 1986 entschlief unser lieber Vater, Großvater, mein lieber Bruder

Alfred M. Stahmer

Herausgeber des Erdöl-Informationsdienstes
Träger des Bundesverdienstkreuzes

im Alter von 78 Jahren.

Es trauern um ihn

Jürgen und Susanne Marwede geb. Stahmer
Dr. Carsten Stahmer
Anne Stahmer
Klaus, Jochen, Reinhard, Annette, Dörte
Hans Stahmer

Hamburg-Blankenese
Ingwersens Weg 6

Trauerfeier am Dienstag, dem 1. April 1986, um 11 Uhr in der Evangelischen Kirche zu Hamburg-Blankenese, Mühlenberger Weg / Am Markt.

Anschließend Beisetzung auf dem Friedhof Hamburg-Blankenese, Sülldorfer Kirchenweg.



Einladung
zur ordentlichen Hauptversammlung der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft, München
(Wertpapier-Kenn-Nummern 802 000, 802 002, 802 003)

HYPOBANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft

München, im März 1986

Sehr geehrte Aktionäre,

wir laden Sie zu unserer ordentlichen Hauptversammlung ein, die **am Mittwoch, dem 7. Mai 1986, um 10.00 Uhr,** im Kongreßzentrum des Sheraton Hotels in München, Arabellastraße 6, stattfindet.
Die Tagesordnung und weitere Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem Bundesanzeiger Nr. 59 vom 26. März 1986.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft

Vorstand

International design competition for Indira Gandhi National Centre for arts in New Delhi

Deadline for registration and payment of registration fee has been extended to 30th march 1986. Registration requests to be accompanied by fee of US-$ 200 by bank draft payable to director IGNCA together with photocopy of professional diploma/certificate of practice in country concerned.

For further informations contact:

Embassy of India
Counsellor press + information
Baunscheidtstraße 7
5300 Bonn



BRAUEREI AG BREMEN

Wertpapier-Kenn-Nr. 608 750

EINLADUNG

für die ordentliche Hauptversammlung am Mittwoch, dem 30. April 1986, 11.00 Uhr, im Gästeraum der Brauerei Beck GmbH & Co, Bremen, Am Deich 18/19

TAGESORDNUNG

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und der Berichte des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1984/85 vom 1. Oktober 1984 bis 30. September 1985.

2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns. Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, den Bilanzgewinn von DM 3 240 603,15 wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung einer Dividende von DM 12,–			
je Aktie im Nennwert von	DM 50,–	DM	2 949 120,–
Zahlung eines Bonus von	DM 1,–		
je Aktie im Nennwert von	DM 50,–	DM	245 760,–
Gewinnvortrag auf neue Rechnung		DM	45 723,15
Bilanzgewinn		DM	3 240 603,15

3. Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats. Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, die Entlastung zu erteilen.

4. Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals aus Gesellschaftsmitteln. Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, das Grundkapital aus Gesellschaftsmitteln im Verhältnis 2:1 um DM 6 144 000,– auf DM 18 432 000,– durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Aktien mit Gewinnberechtigung ab 1. Oktober 1985 zu erhöhen. Danach hat § 4 Absatz 1 der Satzung folgenden geänderten Wortlaut:
„(1) Das Grundkapital beträgt DM 18 432 000,– und ist eingeteilt in

17 147 Aktien im Nennwert von DM 1000,–
7 880 Aktien im Nennwert von DM 100,–
9 940 Aktien im Nennwert von DM 50,–"

5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985/86. Der Aufsichtsrat schlägt vor, die „Fides" Treuhandgesellschaft Reifenrath & Co, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Bremen, wiederzuwählen.

Gemäß § 14 der Satzung haben die Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen und ihr Stimmrecht ausüben wollen, die Aktienmäntel spätestens am 24. April 1986 bei der Gesellschaft, einem deutschen Notar, einer Wertpapiersammelbank oder bei folgenden Banken in Bremen, Hamburg oder Hannover:
Deutsche Bank AG
Bremer Bank, Niederlassung der Dresdner Bank AG
Dresdner Bank AG
zu hinterlegen und bis zum Ablauf des Versammlungstages zu belassen.

Wird die Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank vorgenommen, so ist die von diesen auszustellende Bescheinigung bis zum 25. April 1986 bei der Gesellschaft einzureichen.

Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei anderen Kreditinstituten bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden.

Bremen, im Januar 1986

DER VORSTAND

Öffentliche Anleihen gesucht

Im Bereich der öffentlichen Anleihen sorgten Kaufaufträge – vornehmlich aus dem Ausland kommend – für Kurssteigerungen, die bis zu knapp einem halben Punkt gingen. Gefragt waren vor allem Langläufer. Es wird davon ausgegangen, daß nach den Auseinandersetzungen in der Führung der US-Notenbank dort die Politik des „leichteren Geldes" zunächst einmal ihr Ende gefunden hat und daß auch die Deutsche Bundesbank angesichts im kommenden Jahr wieder steigender Inflationsraten mit Zinssenkungsplänen zurückhaltend geworden ist.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber-, Kupfer- und Kakaonotierungen am Terminmarkt der New York Comex. Durchweg um das Limit niederiger ging Kaffee aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	24.3.	21.3.
Mai	305,75	310,00
Juli	247,50	253,00
Sept.	249,25	245,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	285,70	284,50
Am. Durum	280,64	281,44

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
März	98,50	98,50
Mai	101,10	101,10
Juli	104,60	104,50

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
März	95,00	95,00
Mai	91,30	91,30
Juli	89,80	89,80

HAFER Chicago (c/bush)		
Mai	108,25	111,00
Juli	116,50	113,25
Sept.	112,25	114,25

MAIS Chicago (c/bush)		
Mai	231,25	231,00
Juli	225,25	226,25
Sept.	204,00	208,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
März	99,50	99,70
Mai	101,30	101,60
Juli	101,30	101,70

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	24.3.	21.3.
Mai	232,50	241,00
Juli	236,50	245,25
Sept.	245,29	249,25

KAKAO New York ($/t)	24.3.	21.3.
Mai	1892	1952
Juli	1939	1999
Sept.	1987	2040
Umsatz	4507	5739

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Mai	8,11	7,58
Juli	8,36	7,85
Sept.	8,33	7,90
Okt.	8,51	8,02
Jan.	8,62	8,00
Umsatz	26914	9841

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7,15	7,01

KAFFEE London (£/t) Robusta	24.3.	21.3.
März	2310-2315	2385-2405
Mai	2362-2365	2444-2446
Juli	2415-2417	2492-2500
Umsatz	4751	4782

KAKAO London (£/t)		
März	1405-1410	1507-1513
Mai	1418-1420	1510-1511
Juli	1450-1451	1541-1543
Umsatz	3302	3120

ZUCKER London (£/t) Nr.6	24.3.	21.3.
Mai	202,40-203,00	189,60-190,00
Aug.	207,00-207,80	195,80-196,00
Okt.	208,40-209,00	198,40-199,00
Umsatz	438	305

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	25.3.	24.3.
schw. Saraw.spez.	815,00	825,00
weiß.Saraw.	1315,00	1330,00
weiß.Munt.	1330,00	1345,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	24.3.	21.3.
Mai	89,30	89,30
Juli	88,60	88,60
Sept.	86,75	86,75
Nov.	87,00	87,00
Jan.	87,00	87,00
Umsatz ..450	450	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	24.3.	21.3.
	23,00	23,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	17,75	17,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Mai	17,75	17,53
Juli	18,13	17,88
Aug.	18,28	18,10
Sept.	18,36	18,10
Okt.	18,45	18,25
Dez.	18,90	18,65
Jan.	19,00	18,75

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	15,00	15,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	11,50	12,00
Choise white hog 4 % fr. F.	9,00	9,25

TALG New York (c/lb)		
top white	11,75	11,75
fancy	11,25	11,25
bleichf.	11,00	11,00
yellow max. 10% fr.F	10,50	10,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
April	41,05	41,20
Juni	44,80	45,00
Juli	45,35	45,90

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Mai	58,85	60,75
Juli	59,50	61,35
Aug.	58,45	-

HÄUTE Chicago (c/lb)	24.3.	21.3.
Ochsen einh. schwere River Northern	59,00	59,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Mai	532,50	534,75
Juli	531,50	535,00
Aug.	529,50	533,00
Sept.	515,25	517,00
Nov.	511,00	512,25
Jan.	520,25	522,00
März	530,00	531,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Mai	158,10	161,00
Aug.	157,10	160,10
Sept.	156,80	159,80
Okt.	153,50	155,00
Dez.	148,00	150,30
Jan.	148,80	150,50
März	149,00	151,20

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	24.3.	21.3.
März	288,00	288,80
Mai	291,00	292,20
Juli	297,90	299,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	24.3.	21.3.
	12,50	12,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	25.3.	24.3.
cif	565,00	575,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	460,00	460,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	257,50	260,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	101,50	95,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	290,00	290,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	220,00	222,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	24.3.	21.3.
Mai	64,50	64,35
Juli	65,16	64,89
Okt.	40,50	40,78
Dez.	40,55	40,65
März	41,05	41,40
Mai	41,50	42,05

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	41,25	41,50

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	25.3.	24.3.
März	–505	–505
Mai	506-508	507-529
Okt.	532-534	–
Umsatz	3	37

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	25.3.	24.3.
April	40,50	40,50
Mai	–	–
Juli	40,50	40,50
Okt.	40,50	40,50
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	25.3.	24.3.
März	610,00-620,00	615,00-620,00
Mai	625,00-635,00	625,00-634,00
Dez.	620,00-622,00	609,00-615,00
Umsatz	21	6

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	25.3.	24.3.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	25.3.	24.3.
April	12396	12400
Mai	12297	–

KAUTSCHUK London (p/kg)	24.3.	21.3.
RSS 1 Mai	56,00-57,00	56,50-57,50
RSS 1 Juni	56,75-57,75	57,00-58,00
RSS 2 Mai	55,00-56,00	55,50-56,50
RSS 3 Mai	53,75-54,75	54,25-55,25

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	25.3.	24.3.
April	194,00-196,00	193,50-195,50
Mai	195,00-197,00	194,50-196,50
Nr. 2 April	194,00-195,00	193,50-194,50
Nr. 3 April	191,50-192,50	191,00-192,00
Nr. 4 April	186,50-187,50	186,00-187,00

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)	25.3.	24.3.
BWC	390	390
BWD	355	355
BTC	383	383
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	25.3.	24.3.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	278,64-278,98	276,72-277,06
dritt. M.	285,77-286,11	284,61-284,95
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	84,78-84,95	84,01-84,18
dritt. M.	86,82-86,99	86,41-86,58
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	934,45-937,85	934,40-937,85
dritt. M.	963,33-963,67	961,84-963,55
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	137,62-139,32	137,16-138,88
Prod.-Pr.	155,25	153,61
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	25.3.	24.3.
	unerh.	unerh.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	25.3.	24.3.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	343,54-345,92	343,24-345,64
BLEI in Kabeln	92,50-93,50	91,75-92,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	25.3.	24.3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	303-308	302-308
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	344-345	344-345
MS 63	325-329	323-328

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	25.3.	24.3.
Leg. 225	335-335	335-340
Leg. 226	337-342	337-342
Leg. 231	372-375	372-375
Leg. 233	382-385	382-385

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	25.3.	24.3.
PLATIN (DM/g)	33,90	33,75
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	26700	26420
Rückn.-Pr.	25950	25670
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	26850	26460
Rückn.-Pr.	26120	25770
verarbeitet	28140	27760
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	26200	25860
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	437,30	438,70
Rückn.-Pr.	424,10	417,70
verarbeitet	456,50	449,60

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	25.3.	24.3.
10.30	352,90	352,40
15.00	351,75	350,20
Zürich mit.	354,25-355,00	352,50-353,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	80400	79950
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	390,75	381,35
3 Mon.	401,65	391,85
6 Mon.	411,45	401,15
12 Mon.	430,60	419,75
PLATIN (£/Feinunze) London	24.3.	21.3.
fr. Markt	290,40	285,15
PALLADIUM (£/Feinunze) London	24.3.	21.3.
f. Händl.-Pr.	76,25	76,60

New Yorker Metallbörse

	24.3.	21.3.
GOLD H & H Ankauf	350,45	352,90
SILBER H & H Ankauf	570,50	576,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	416,00-418,00	416,00-418,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	114,00-115,00	114,00-115,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
März	569,00	576,00
April	568,90	576,30
Mai	572,00	578,50
Juli	579,00	585,50
Sept.	586,90	593,50
Dez.	597,00	605,50
Jan.	601,40	609,40
Umsatz	15000	15000

KUPFER (c/lb)	24.3.	21.3.
März	67,70	68,15
Mai	67,70	68,25
Juli	68,00	68,55
Sept.	68,50	68,95
Dez.	68,55	69,10
Jan.	69,00	69,40
März	69,00	69,50
Umsatz	7500	11000

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	25.3.	24.3.
mitt. Kasse	820,00-821,00	812,00-812,50
3 Mon.	841,00-842,00	834,00-834,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	249,50-250,00	247,00-248,00
3 Mon.	255,50-256,00	254,50-255,50
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	992,00-993,00	982,50-983,00
3 Monate	1013,00-1014,00	1003,50-1004,00
ab. Kasse	–	987,00-988,00
3 Monate	–	1008,00-1008,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	991,00-993,00	987,00-988,00
3 Monate	1010,00-1015,00	1005,00-1007,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	432,50-433,00	428,00-430,00
3 Monate	445,50-444,00	440,00-441,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	230-240
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	45-50

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	24.3.	21.3.
April	47,50-47,85	52,70-52,90
Mai	42,51	45,51
Juni	39,31	42,31
Juli	38,87	41,87

GASÖL – London ($/t)	24.3.	21.3.
März	153,50-154,00	155,50-157,00
April	137,00-137,50	143,00-143,50
Mai	128,50-129,00	134,25-134,75
Juni	128,00-128,50	–133,00
Juli	128,50-130,00	135,00-136,00
Aug.	133,25-133,75	137,00-139,00
Sept.	137,50-138,00	138,00-144,00

BENZIN – New York (c/Gallone)	24.3.	21.3.
April	39,50-39,60	44,00-44,50
Mai	41,37	43,00-43,85
Juni	41,45	43,25-43,79
Juli	41,20	43,00
Aug.	41,10	43,10

ROHÖL – New York ($/Barrel)	24.3.	21.3.
Mai	12,10-12,20	14,10-14,24
Juni	13,17	14,20-14,35
Juli	13,28	14,45-14,50
Aug.	13,44	14,60-14,69
Sept.	13,60	–

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	24.3.	21.3.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	–	–
Forties	12,70N	13,70N
N. Sea Brent	12,70	13,75
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)	24.3.	21.3.
April	102,90	100,70
Mai	118,90	117,00
Nov.	82,80	81,00
Febr.	89,00	88,00

New York (c/lb)	24.3.	21.3.
April	1,86-1,95	2,11-2,12
Mai	2,14-2,15	3,36-3,37
Nov.	3,36-3,37	3,55-3,62
März	3,55-3,60	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	24.3.	21.3.
Mai	191,50-192,00	193,50
Juli	185,70-185,30	188,10-188,70
Sept.	177,00-176,00	179,50-180,00
Nov.	168,00-167,00	170,00-171,00

Devisenterminmarkt

Am 25. März vergrößerten sich die Abschläge für den Französischen Franc.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,60-0,50	1,74-1,64	3,30-3,10
Pfund/Dollar	0,59-0,57	1,46-1,43	2,39-2,34
Pfund/DM	2,80-1,40	6,50-5,10	10,8-9,40
FF/DM	43-27	81-65	120-104

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 25.3.: Tagesgeld 5,40-5,60 Prozent; Monatsgeld 4,55-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.

Privatdiskontsätze am 25.3.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 25.3.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 25.3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7%-7%	4%-5	4%-4%
3 Monate	7%-7%	4%-4%	4-4%
6 Monate	7%-7%	4%-4%	3%-4%
12 Monate	7%-7%	4%-4%	3%-4%

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 25.3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 14,25; Verkauf 19,25 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 25.3. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1070,00	–
5 US-Dollar (Indian)**	780,00	941,60
5 US-Dollar (Liberty)	420,00	556,40
1 £ Sovereign alt	199,75	250,52
1 £ Sovereign Elizabeth II.	189,25	238,55
20 belgische Franken	150,25	199,79
10 Rubel Tscherwonez	195,75	250,52
2 südafrikanische Rand	181,00	228,00
Krüger Rand, neu	807,75	960,74
Maple Leaf	825,75	981,26
Platin Noble Man	1018,50	1200,99
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	273,50	283,29
20 schweiz. Franken „Vreneli"	168,50	220,59
20 franz. Franken „Napoléon"	167,00	218,88
100 österr. Kronen (Neuprägung)	764,50	935,37
20 österr. Kronen (Neuprägung)	154,25	198,65
10 österr. Kronen (Neuprägung)	79,25	107,45
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	358,25	442,61
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	83,75	118,28

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/3 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,23) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,37) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/4 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,85, 2 Jahre 4,55. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,30, Rendite 5,68.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 25.3.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	56,277	6,40
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	108,145	6,40
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	56,28	6,41
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	39,91	6,45
Commerzbank	100,00	22.3.95	55,50	6,64
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,25	6,54
Deutsche Bk. 5	287,00	23.1.95	132,50	9,03
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	108,34	5,65
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	79,07	5,65
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	55,73	6,45
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	109,37	6,60
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,35	6,40
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,30	6,25
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,98	6,49
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	56,81	6,35
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,29	6,58
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,20	6,48
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	54,47	6,40
WestLB 600	100,00	2.5.95	56,40	6,51
WestLB 601	100,00	2.5.00	40,60	6,61
WestLB 603	100,00	1.6.01	37,90	6,61
WestLB 602	100,00	3.10.05	28,35	6,68
WestLB 500	126,86	16.2.89	111,20	4,69
WestLB 501	137,01	16.2.90	112,75	5,16
WestLB 505	115,76	3.10.88	103,75	4,47
WestLB 504	141,85	1.10.91	105,60	5,52
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,34
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	63,50	8,02
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	54,50	10,83
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	61,25	8,86
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	60,125	8,91
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.95	58,25	4,12
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	49,75	9,23
Penney (A+)	100,00	17.2.94	50,125	9,11
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,125	8,53
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,75	8,59
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,50	8,16

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,45 (4,45)	100,6	101,4	102,4	103,3	104,3	105,2
2	4,83 (4,80)	100,3	102,0	103,9	105,7	107,6	109,5
3	5,24 (5,22)	99,40	101,8	104,5	107,2	109,9	112,6
4	5,58 (5,56)	97,70	101,1	104,6	108,1	111,6	115,1
5	5,83 (5,82)	96,10	100,7	104,5	108,8	113,0	117,2
6	6,02 (6,02)	94,50	99,90	104,3	109,2	114,1	119,0
7	6,28 (6,29)	92,40	98,45	103,4	108,9	114,5	120,0
8	6,52 (6,55)	90,20	96,25	102,3	108,4	114,4	120,5
9	6,68 (6,68)	88,30	94,85	101,5	108,0	114,6	121,2
10	6,73 (6,75)	87,05	94,10	101,9	108,3	115,4	122,5
15	6,95 (6,94)	81,55	90,65	100,7	108,8	117,9	127,0

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,854 (112,896)
Performance-Rentenindex: 239,514 (239,391)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	24. März	7,063-7,25
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,20
	60-270 Tage	6,90
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,20
	60 Tage	7,15
	90 Tage	7,10
Certificates of Deposit	1 Monat	6,90
	2 Monate	6,85
	3 Monate	6,85
	6 Monate	7,00
	12 Monate	7,00
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,36
	26 Wochen	6,43
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,74
	30 Jahre	7,95
US-Diskontsatz		7,00
US-Primerate		9,00
Geldmenge M1	10. März	637,6 Mrd. $ (+ 5,7 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
Juni	137,00	137,65
Sept.	138,70	139,30

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	24.3.	21.3.
9% EEC 90	104,75	104,625
11% dgl. 90	109,75	109,875
10% EIB 95	108,75	108,625
11 dgl. 91	111,75	111,5
11% dgl. 90	112,5	112,625
11% dgl. 95	117,75	117,875
12 dgl. 95	120,5	120,875
12% dgl. 90	115,25	116,25
12% dgl. 95	123,75	124
13 dgl. 96	120,25	120,5
10% Wld Bk 95	112,5	112,75
10% dgl. 88	105,625	105,5
10% dgl. 90	109,25	109,25
10% dgl. 95	113,375	113,125
11 dgl. 92	113	113,125
11% dgl. 88	107,25	107,25
11% dgl. 90	111,625	111,75
11% dgl. 89	109	109,25
11% dgl. 90	112,125	112,125
12 dgl. 93	119,125	119,125
12% dgl. 94	122,25	122,125
12% dgl. 94	124,5	124,875
6% Sears 91	104,25	104,25
6% Swed.Ex.91	102,5	102,375
7 TRW 94	102,25	102,125
6% Un.Tech.92	102,55	102,25
6% World Bk90	103,5	103,25
6% dgl. 94	104,875	104,625
7 dgl. 94	106,875	106,75
7% dgl. 95	109,375	109,25
8 dgl. 93	110,75	110,625

Euro-Yen

	24.3.	21.3.
6% ALCorp 91	102	101,875
6% Allied 95	97,875	99,75
7% ADB 94	108,125	107,875
7 Austria 95	106,375	106,25
7 BP 92	104,125	104
6% Denmark 92	105,125	105
7 Denm.Bk. 92	104,125	104,125
7 Dow Chem.94	101,875	101,875
6% EDF 95	106,25	106
6% Eurofima86	99,75	99,75
6% dgl. 92	103,125	102,875
6% dgl. 93	105	102,75
7% dgl. 94	106,125	106
6% Fennia 92	105,75	103,625
6% Finl.Rep90	103,125	103
6% GMAC 90	101,875	101,75
7% Goodyear95	102,625	102,5
6% dgl. 94	102,25	102,125
6% ITT 92	101,375	101,25
6% McDonal.92	102	101,75
6% Montreal95	102,875	102,75
7% N.Bruns.95	106,75	106,625
7% N.Zeald.90	105,25	105
7% dgl. 89	106	105,875
7 Pac.Gas 94	102,625	102,5
6% Penney 92	101,25	100,875
6% Procter 92	102,875	102,75
6% Sallie 92	102,875	102,75

Lux. Franc Bonds

	24.3.	21.3.
9% Alza 87	99,75	100
9% Arsa 89	101	101
6% Asian Dv87	97,75	97,5
10% BFG Lux90	103,25	103,25
11 BNP 90	101	102
9 dgl. 93	102,5	102,5
10% Ceca 94	105	105
11 dgl. 92	105	105
13 dgl. 91	101	101
12% Consell92	105,5	105,5
8 Copsel 88	99	98,75
8% dgl. 89	99,5	99
11 Cr.Lyon.88	100,25	100,25
13 dgl. 89	100,5	100,5
7% Den.Mtg 88	97,5	97,5
10% Euratom96	106	106
11 dgl. 93	106	106
12% dgl. 88	100,75	100,75
12% dgl. 92	101	101
9 Eurofima 95	103	103
10 dgl. 91	105	105
10 dgl. 94	106	105
11% dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 91	98,25	98,25
9% dgl. 95	103,75	103,75
9% dgl. 88	102,5	102,25
9% dgl. 93	103,5	103,5
10% dgl. 94	108	108
11% dgl. 88	102	102
12% dgl. 90	100,5	100,5
9% Hypo Bk.88	102	101,25
9% Ind.B.F.95	104	104
11 Kredlet.93	107	107
7% dgl. 87	99	99
10 dgl. 90	102	102
11% dgl. 89	100,5	102
8 Luxair 87	99	98,75
8% dgl. 87	99	99
10% Lux Bk.91	102,25	102,25
9 Met.Chim 95	102,75	102
10% N.Lux.A92	103	103
12% Nord L.89	101	101
8 Norges 86	99,75	97,75
8 Oslo 89	99	99
8% dgl. 87	99,25	99,25
9 Paribas 92	100,5	100
10% Paribas89	101	102
8 Philips 89	99	99
7% Renault 88	98	97,75
9% Sogenal 92	103	103
10% Solvay 87	100,5	100,5
10% Stockh.86	99,75	99,75
8 Sveriges 88	98	98
9% Volvo 87	101	101
9% WorldBk.90	103	102,75
10% dgl. 89	104,5	104,5

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,60418

	24.3.	21.3.
8% Cop City91	97	97
12% dgl. 92	103	103
8% CCA 91	97	97
11% Ned. G.88	101	101
9% Oesb. P.94	99	99
8% SDR 94	96,25	96,25

ECU

	24.3.	21.3.
10% Al.Dbk89	104,5	104,375
10% dgl. 91	106,625	106,625
9% ABN 92	107,75	107,625
All Nippon 95	107,5	107,25
9% ANZ 92	107,625	107,375
10% Austria93	113,125	112,875
10 BNDA 92	104,625	104,125
9 M.+Hope 92	105,5	105,625
9 Bk.Hels.96	102,5	102,25
9% Bk.Tok.90	105,25	104,625
10% dgl. 91	105,25	105,25
10% dgl. 91	105,625	103,5
8% BNP 95	105,5	105,375
8% Bay.Vbk.88	105,375	105
8% BFCE 95	102,625	102,5
9% dgl. 92	108,75	108,5
9% dgl. 95	109	108,625
9% Bell 92	103,375	103,375
9% CNT 92	108,625	108,625
9% dgl. 95	108,875	108,75
8% Cargill 95	104,625	104,625
10% Ceca 89	108,5	108,5
11% dgl. 94	111,5	111
9 Cariav. 95	102,5	102,5
9 Chrysl. 92	98,75	98,875
10 dgl. 91	102,375	102,125
10% dgl. 93	102,25	102
9 ClubMed 88	102,875	102,625
9% Consell 92	107,25	106,375
9% dgl. 95	113,375	112,125
9% CCF 95	106,125	105,875
9% CrdNord 91	105,5	105,375
11% CrdFonc90	107,125	107
11% dgl. 90	107,125	107
8% CrdNat 95	107,5	107,25
10% dgl. 94	112	111,875
8% Crdanst.94	105,25	104,625
9% Credito 92	104,375	104,375
9% Denmark 90	–	–
10% Denmark91	106,5	106,25
9% Dresd.bk95	105,5	105,125
9 EDF 97	107,25	106,875
8% EEC 93	107,375	107,25
8% ELFAqu. 88	100,875	101
9 Enso Gut 91	102,75	102,625
9% dgl. 95	103	102,875
10 Euratom 97	110,5	110,375
9% Eurofima95	108,875	108,75
11 dgl. 92	108,875	108,75
8% EIB 92	107	106,75
8% dgl. 95	–	–
9% dgl. 95	110,75	110,625
10% dgl. 94	111,125	111
10% dgl. 94	111,25	110,875
10% dgl. 98	110,125	109,875
11% dgl. 92	109	108,75
11% dgl. 94	112,25	112,125
9 Eutelsat 93	103	102,375
8% Fiat 90	103	102,875
9 MKFinl 95	102,25	102
8% Ford C.95	103,625	103,75
10% Giroz. 93	111	110,75
10% GTE 92	108,125	108,125
10 IADB 93	111,375	111,25
8% IBM 90	104,5	104,375
9 Imatran 96	103	102,875
11 IRI 89	107,75	107,25
9% Italia 89	103,5	103,5
10% dgl. 92	108,75	108,625
11% dgl. 90	109	108,875
9% Kansall 92	104,75	104,625
9% Kollima 92	108	107,75
11% LTCB 90	106,875	107
10% Megal 95	107,75	107,75
8% Mits.Tr.95	103,5	103,75
9 MortHan.97	106,25	106,125
9% Mol 90	105,125	105
8% Morgan 90	105,5	105,25
8% Motorola92	106	105,875
9 Neste 95	103,625	103,25
9% N.Zeal. 90	104,75	104,625
9% N.Zeal.92	107,375	107,25
11 Nipp.Crb91	–	–
9 Ostl.bk. 89	102,875	102,5
8% Olivetti95	107,5	107,375
10 Pechin.90	106	106
9 Petroc.95	100,25	100,5
9% Peugeot 90	106,625	106,5
10% dgl. 90	105,75	105,625
9 Philips 95	107,875	107,875
9% Pibo 92	107,375	107,375
10 Prvbk. 92	105,5	105,625
11% Oest.Pr89	110,625	110,5
10% RATP 92	107,25	107,25
9% Rabobk. 95	108,75	108,625
8% Reynolds91	105,375	105
10% Roybk.Cd89	104	104,125
9 SAS 95	105,875	105,875
9 Sanwa 95	105,625	105,625
8% Secpac 90	101,625	101,5
11% SNCF 94	110,75	110,25
9 SNCI 95	107,25	105,5
10% Sparkas91	103,75	103,75
9% Sumitcorp95	107,125	107
9 Swaitfin 95	107,125	107
9 Unbk.Noc95	105	104,75
9% WestLB 90	104	104
9% Westpac92	108	107,875
8% Worldbk 95	104,25	104,375
9% dgl. 95	–	–
9% dgl. 92	108,375	108,25
10% dgl. 89	108,375	108,125
10% dgl. 88	106,625	105,625
10% dgl. 94	110,25	110
11 dgl. 95	109,375	109,125

ECU-Tageswerte

	24.3.	21.3.
Dollar	0,946915	0,94288
Bfr	44,4245	44,3551
DM	2,17052	2,16552
Hfl	2,45005	2,44427
£	0,6353	0,64192
Dkr	8,00948	7,99046
FF	6,66628	6,66313
Lira	1476,24	1474,41
I-£	0,717088	0,716429
Sfr	1,82083	1,81676
öS	15,2453	15,2136
Peseta	136,119	136,105
Skr	6,87697	6,9055
Nkr	6,80595	6,83217
Kan-$	1,32426	1,34967
Esc	141,138	142,805
Fmk	4,87472	4,89145
Yen	169,498	169,487
Drachme	134,462	134,681

SZR-Wert

	24.3.	21.3.
Dollar	1,14839	1,15682
DM	2,62789	2,60425



MENSCH

LASS DEINEN IDEEN FREIEN LAUF

Akustisch	*Optisch*
Kreuz	*Quer*
Einfarbig	*Tausendfarbig*
Einzelbilder	*Film*
Keyboard	*Maus*
2 Dimensionen	*3 Dimensionen*
Vorwärts	*Rückwärts*
Im Detail	*Im Ganzen*
Ton	*Sprache*
Logischer Schritt	*Spontane Kombination*
Eine Idee	*Zwanzig Ideen*
Nacheinander	*Gleichzeitig*
Wörter	*Zahlen*
Kaufmännisch	*Künstlerisch*
Technisch	*Wissenschaftlich*
Erstaunlich	*Einfach*





Peter Beauvais verfilmt Walsers „Fliehendes Pferd“

Gesichter ausprobieren

Als sie 1978 erschien, war Martin Walsers Novelle „Ein fliehendes Pferd“ auf Anhieb ein Lese-Erfolg. Die meisten der maßgeblichen Kritiker priesen sie als kunstfertig konstruiertes Stück Literatur.

In der Tat lesen sich die 151 Seiten der eher spröden Geschichte vorzüglich. Sommer am Bodensee. Seit elf Jahren machen Oberstudienrat Helmut Halm und seine Frau Sabine hier in der selben Wohnung Ferien. Halm, 46, schätzt dieses Gleichmaß, das Abgeschirmtsein vor störenden Überraschungen, die ihn aus seiner schützenden Urlaubsrolle werfen könnten. Denn „im Urlaub probierte er Gesichter und Benehmensweisen aus, die ihm geeignet zu sein schienen, seine wirkliche Person in Sicherheit zu bringen vor den Augen der Welt. Unerreichbar zu sein, das wurde sein Traum.“

Zu Hause in Stuttgart mußte er schließlich häufig genug erleben, wie in der Nachbarschaft und in der Schule die Kenntnis über ihn zunahm. Und davor flieht er – im Urlaub eben. „Inkognito war seine Lieblingsvorstellung.“

Ein fliehendes Pferd – ARD, 20.15 Uhr

Halms alljährlichen Rückzug aus diesem unbehaglichen Durchschautsein stört jedoch eine überraschende Begegnung: Nach mehr als 20 Jahren entdeckt ihn der alte Schulfreund Klaus Buch an der Uferpromenade wieder. Buch, Top-Journalist, wie's scheint, und seine attraktive junge Frau Hel haben ihr Leben in fast penetranter Weise aufs Fit-Sein ausgerichtet. Joggend, radelnd, segelnd und mineralwasser-trinkend bringen sie leichthändig Leistung. Selbst der Sex ist Bestandteil des Trimm-Programms.

Der grüblerische Halm will sich der hektischen Vitalität entziehen, wird aber von den Buchs enthusiastisch vereinnahmt. Klaus kann gar nicht genug von seinem Schulfreund Helmut schwärmen: „Schon mit 14 Zarathustra gelesen. Ihnen allen voraus.“ Doch Helmut, der spürt, „daß in ihm das Abenteuer endgültig zu Ende gegangen war, das Erzählbare überhaupt“, begreift allmählich, „daß dieser Klaus Buch für einige ihm teure Jahre seines Lebens keine Zeugen mehr gehabt hatte“ und erkennt, daß er es mit dem Kriegskameradenphänomen zu tun hatte.

Dieser Wiedererweckungsfanatismus ist dem Provinz-Hamlet Helmut Halm fremd, Gedanken an Gewesenes machen ihn schwer. Er hatte es sich so gerichtet: Wie kann man das Leben aushalten ohne Schein? „Erst wenn er doppelt lebte, lebte er. Alles Unmittelbare, ob bei sich oder anderen, kam ihm unhygienisch vor“.

Ein einziges Mal allerdings bewundert er Klaus Buch vorbehaltlos: als ihnen auf einer Wanderung ein durchgehendes Pferd entgegenrast, gelingt es Klaus schließlich, das Pferd zu stoppen und zu beruhigen. Buch nimmt das Lob der anderen für seine geschickte Reaktion mit überzeugender Gelassenheit. Wenn er sich in etwas hineindenken könne, dann sei es ein fliehendes Pferd.

Die einsame Segelpartie jedoch, zu der Klaus den ängstlichen Helmut einlädt, offenbart die ganze Fremdheit zwischen den beiden. Während Buch in Träumen vom Ausreißen schwelgt und in Halm endlich einen Verbündeten zu haben meint, fühlt dieser sich immer unbehaglicher in dem kleinen Boot, das Buch waghalsig in einen tückisch aufziehenden Bodensee-Sturm hineinsteuert. Klaus geht über Bord und versinkt, nachdem der panische Helmut ihm die Pinne entrissen hat und selbst mitsamt Boot an Land treibt.

Wer der wahre, totgeglaubte Klaus Buch war, enthüllt nun die angetrunkene Hel bei einem Besuch in der Halmschen Ferienwohnung: Keineswegs der leichthändig-erfolgreiche Schreiber, sondern ein qualvoll sich abrackernder, der immer um seine Existenz ringen mußte. In diese Lebensbeichte platzt der angeblich Tote und verläßt mit seiner Frau wortlos die verstörten Halms …

Walsers Geschichte über zwei Gescheiterte, die ihr Dasein nur mit Hilfe einer Folie aus Schein ertragen, hat Peter Beauvais in Szene gesetzt. Beauvais, längst schon als Spezialist für Fernsehbearbeitungen bedeutender Literatur ausgewiesen, empfand die Übersetzung der Novelle in das andere Medium als relativ leicht. Er erklärt es so: „Bei ‚Ein fliehendes Pferd‘ habe ich so ein bißchen das Gefühl – wenn Martin Walser das auch abstreitet –, daß das Buch, ich will nicht sagen mit der Absicht, daß es eines Tages verfilmt werden soll, geschrieben ist, aber doch, daß er beim Schreiben, glaube ich, die Figuren vor sich auf der Leinwand gesehen hat.“ CORNELIA REISER

KRITIK

Schlamper-Jurist mit großem Herz

Ein wenig Abschiedsschmerz kam schon auf, als die letzte Folge der sechsteiligen Serie **Liebling – Kreuzberg** (ARD) angekündigt wurde. Allerdings verflog er dann schnell, nachdem die Ansagerin verkündete, daß die Serie fortgesetzt werde. Denn dies hatte man sich, den Weg des unkonventionellen Antihelden Robert Liebling mit ungebrochenem Vergnügen verfolgend, schlicht gewünscht.

Mit anderen Worten: Drehbuchautor Jurek Becker und Regisseur Heinz Schirk ist etwas gelungen, was – geht es um Serien auf deutschen TV-Kanälen – nur selten gelingt: Witz ins Spiel zu bringen, der sich nicht in billigem Klamauk erschöpft; Spannung aufzubauen, die sich nicht aus schwachsinniger Action und Gewalthuberei zusammensetzt; westdeutschen und -berliner Alltag zu gestalten, der wiederzuerkennen ist von denen, die ihn erfahren.

Natürlich: Der Glanz dieser Serie steht und fällt mit den mimischen Qualitäten des Schauspielers Manfred Krug, was nichts gegen Becker und Schirk sagt, die diesem großen Darsteller eine maßgeschneiderte Spielfigur verpaßten. Andererseits: Was wäre dieser Liebling, diese sanft verschlampte, großherzige und großschnäuzige Anwaltstype (die auch zurückstecken, sich entschuldigen, ganz einfach weich oder auch geradezu penetrant karitativ werden kann), stünde ihr nicht als Pendant jener junge Sozius Arnold aus der Provinz gegenüber, der sich den Manieren seines Chefs ganz und gar nicht anpaßt, immer einen Schlips trägt, den Ton, der ihn charakterisiert, wahrt – und doch, zumindest dieses und jenes, vom Alten lernt, ohne eigene Vorschläge und Ansichten zu vergessen?

Zwei Kontrastfiguren, die dennoch auf einer Wellenlänge senden – genau diese Charakterkonstellation verleiht dem Spiel Frische, Spannung und Realismus. Hinzu kommen gestische, sprachliche und psychologische Nuancierungen bei den Nebenfiguren, die die Qualität des Drehbuchs insgesamt unterstreichen.

Im vorerst letzten Teil ging es um die Existenzkrise einer jungen Frau, die der Meinung ist, ab 30 werde das Leben sinnlos und man müsse es deshalb beenden. Liebling gerät an diesen Fall, weil die Frau ihr Nachleben ordnen will. Aber der Schlamper-Jurist aus Kreuzberg übersieht ihr dramatisches Schreiben an ihn, sein Sozius entdeckt es – und dann sitzt Liebling schon wieder auf seinem Motorrad, um zu retten, was noch zu retten ist. Es klappt gerade, ohne daß es ein Happyend gibt, denn die Gerettete entzieht sich konsequent Lieblings Therapieversuchen – um aus eigener Kraft weiterzuleben.

Übrigens flocht Becker, höchst raffiniert, in diesen sechsten Teil ein „Kolleg“ über rechtsphilosophische Fragen der Verteidung und die Beweispflicht des Anklägers ein. Liebling und Arnold disputieren darüber – angesichts der Mauer und über dieses tödliche Bauwerk hinweg nach Ostberlin. Eine szenische Marginalie? Wer das glaubt, versteht die ganze Serie nicht. ULRICH SCHACHT

Zwischen den Fronten

Im Senegal gehen die Uhren anders als in Deutschland. Ein unerbittlicher Kampf läuft zwischen dem echt afrikanischen Milieu – genannt traditionell – und dem modernen, besser gesagt, dem von Europa blind übernommenen Lebensstil. Ganz bewußt in diesen Kampf greift der Landwirtschaftsingenieur Ibra ein: Er lehnt die westliche Lebensführung, die er während seines Studiums in München kennengelernt hat, ab.

Nicht so seine Schwester: Um den Zwängen der Traditionen zu entfliehen, etabliert sie sich im europäischen, ja touristischen Milieu von Dakar und bricht mit ihrer Familie. Ibra kehrt in sein Dorf zurück und möchte die notwendige Entwicklung von dort aus behutsam vorantreiben, wobei ihm seine in Deutschland erworbenen Kenntnisse helfen sollen.

Aber die Mandingo – seine Volksgruppe – halten nicht viel von den neuen Ideen. Wohin soll sie diese Entwicklung führen? Die „entwickelten“ Mitbürger in Dakar sind ja eher ärmer als glücklicher geworden. Ibras Stammesgenossen sind so tief vom städtischen Elend betroffen, daß einer von ihnen radikale Wege vorschlägt: mit Polizeieinsätzen alle Lumpenproletarier ins Dorf zurückzutreiben.

Eberhard Itzenplitz' Film **Ibras Heimkehr** (ZDF) nimmt keine Wertung der Probleme vor. Er beschreibt nur, ohne eine Lösung zu präsentieren – das wäre denn auch mehr, als man von einem Fernsehspiel dieser Thematik fairerweise verlangen kann. VUMBI-LOKO MBUTA





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 heute
10.05 Sebastian Kneipp – Der Wasserdoktor
11.55 Umschau
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Mode-Karussell
Frühjahr/Sommer '86. Streiflichter aus internationalen Modemetropolen: München – Mailand – Düsseldorf – Paris
16.55 Computerzeit
Die Welt der Elektronenrechner
Heute: Messen – Steuern – Regeln
Wo immer etwas in großen Mengen hergestellt wird, sind Computer am Werk, die schneller und genauer als der Mensch Produktionsabläufe regeln können.
17.25 Du schau her!
Eine Sendung für Neugierige
Moderation: Peter Kropf
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ein fliehendes Pferd
Fernsehfilm nach der Novelle von Martin Walser. Buch: Ulrich Plenzdorf, Peter Beauvais und Martin Walser
Mit Vadim Glowna, Rosel Zech, Dietmar Mues, Marita Marschall u. a.
Regie: Peter Beauvais
21.55 Sydney Pollack
„Alle Filme sind persönlich“
Porträt von Hans-Jörg Weyhmüller
22.30 Tagesthemen
23.00 Brennpunkt
Libyen – Kraftprobe im Mittelmeer
23.45 Einsatz in Manhattan
Bei Mord kein Pardon
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim *Kulenkampff*

ZDF

16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
Barbara greift an
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tao Tao
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Heim für Tiere
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 *Kino-Hitparade*
Filme, Facts und Favoriten
Vorgestellt von Sabine Sauer
20.15 Kennzeichen D
Arbeitsplatzverlust oder Umweltschutz – Was die Treuepflicht von Arbeitnehmern verlangt / Lebensstationen eines Neunzigjährigen: Der Kommunist und Verleger Wieland Herzfelde / Jubelfeiern? – Die „DDR“ bereitet den 11. SED-Parteitag vor / Exkursion nach Worpswede – Vier Künstlerinnen aus der „DDR“ in Bremen
Moderation: Dirk Sager
21.00 Der Denver-Clan
Tom Carringtons Testament
21.45 heute-journal
22.05 Klartext
Ist die „Neue Heimat“ noch zu retten?
Der DGB in Unternehmernöten
Bericht von Dieter Balkhausen und Herbert Hackl
22.45 Aus Hollywood:
Die 58. Oscar-Verleihung
Deutscher Sprecher: Volker Lechtenbrink
0.00 heute

SAT 1

15.00 Captain Future
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 S. O. S. – Charterboot!
18.00 Es darf gelacht werden
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Einladung zur Jagd
Französischer Spielfilm (1974)
19.45 DFB Halbfinal-Pokalspiel VfB Stuttgart gegen Borussia Dortmund; Live-Übertragung aus dem Neckarstadion)
21.45 APF blick
22.30 Wunder – Mystik – Phänomene
Stimme aus dem Jenseits
23.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Die Welt der Mutter Teresa
23.45 APF blick

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Der Judas von Tirol
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Mies van der Rohe – Ein Architekt verändert die Welt
22.45 Schatten der Zukunft
0.15 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der Sohn der weißen Berge
22.12 RTL-Spiel
22.17 Wer bin ich?
22.39 Wetter / Horoskop /Betthupferl

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich …
Friedhelm Ost, Regierungssprecher, im Gespräch mit Claus-Hinrich Casdorff
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
22.30 Mein kleiner Gockel
Amerikanischer Spielfilm (1940)
Mit Mae West u. a.
23.50 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Schmerzmittel – lebensgefährlich?
21.15 Das Licht der Gerechten
22.05 Lockende Gefahr
Deutscher Spielfilm (1950)
Mit Angelika Hauff, Walter Richter, Adi Lödel u. a.
Regie: Eugen York
23.20 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Black Beauty
18.55 Pumpa
19.05 Dingsda
19.45 Rasse = Klasse?
Die Perserkatze
20.15 Die ersten 100 Tage – Streitpunkt Rot-Grün
21.00 Das Erbe des Grafen
Die Zukunft der Odenwälder
21.30 Drei aktuell
21.50 Lindenstraße
22.20 Kurzer Prozeß
Film von Michael Kehlmann und Carl Merz

SÜDWEST
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Rockpalast
Heute mit: Katrina and The Waves
20.15 James Ensor
Film von Jürgen Wilcke
21.00 Piraten im Karibischen Meer
Amerikanischer Spielfilm (1942)
Mit John Wayne, Ray Milland, Paulette Goddard u. a.
Regie: Cecil B. DeMille
23.00 Leipziger Buchmesse 1986
Ein aktueller Bericht von Wilfried F. Schoeller
Anschl. Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Es ist angerichtet
19.30 Dingsda
20.00 Der Leih-Opa
20.50 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Levin und Gutman
12. Die Laubhütte
22.10 Z. E. N.
22.15 Lese-Zeichen
22.45 Anmerkungen zum Piper-Verlag
Arbeitsprotokoll mit Klaus Piper
23.30 Rundschau

Wer gehört zu Bayern?

C. H. – Bei Piper ist ein „Bayerisches Lesebuch" von 600 Seiten erschienen. Es umfaßt die letzten 115 Jahre, von Kobell bis Kroetz. Man liest es mit Vergnügen: Bayern ist beliebt und hat uns viel zu bieten. So auch diese Ausgabe von Günther Lutz, schön gedruckt, und kostet nur 19,80 Mark.

Welch große Namen hat Altbayern für uns parat! Lena Christ, die Fleißer, O. M. Graf, Wilhelm Dieß, Heinrich Lautensack, Hans Carossa, Georg Britting, Mösslang („Deutschland, deine Bayern"), den trefflichen Kiem Pauli, Queri und Achternbusch bis hinauf oder hinab zu Weiß Ferdl und den Gaudiburschen der Dialektpoesie, an denen freilich nur die Effekte der Folklore interessant sind.

Dann stutzt man: Horvath (aus Triest), Toller (Westpreußen), Klabund (Brandenburg). Ringelnatz und E. Käster (Sachsen), Wedekind (Hannover), Th. Mann (Lübeck) – sollen sie bayerische Literatur gemacht haben? Sie haben alle ein paar Monate, Jahre oder Jahrzehnte in München gelebt. Wer hat das nicht? Sie haben auch witzig, ironisch oder böse über München und (die) Bayern geschrieben. Genügt das?

Dann aber fehlen Sterne erster Größe wie O. Spengler und St. George – der München in Gedichten wie kaum einer gehuldigt hat. Die „Enormen" von Schwabing waren und blieben den Bayern fremd, das ist wahr. Warum wird aber die spinöse Gräfin Reventlow (aus Husum) zur Karikatur von Schuler, Klages, Wolfskehl und George aufgeboten? War die Räterepublik bayerischer als Wahnmoching und das Café Größenwahn? Hingen sie nicht vielmehr untrennbar zusammen?

Von Josef Hofmiller, einem der Großen der Epoche, bietet man Blätter aus seinem schwächsten Werk, dem von ihm selbst nie edierten Revolutionstagebuch. Warum unterschlägt man seine Pilgerfahrten und Wanderbilder? Hier wird das Bayerische vom Provinziellen befreit, erstrahlt die Region in ihrem Reichtum; und das sollte, neben Spaß und Unterhaltung, doch wohl die Hauptsache sein – Bayern zuliebe.



Ohne Meryl Streep und Klaus Maria Brandauer: Links die Oscar-Gewinner William Hurt, Anjelica Huston, Geraldine Page und Regisseur Sydney Pollack, rechts Don Ameche, dem die Sängerin Cher den Preis überreicht FOTOS: AP

„Jenseits von Afrika", Überraschungen und ein scharfer Affront – Zum 58. Mal wurden in Hollywood die „Oscars" verliehen

Keine Chance für Spielbergs Lieblingsfarbe Lila

Sie erschafft keine Legenden, aber sie zementiert sie: Die 34 Zentimeter große, gut sechs Pfund schwere vergoldete und alljährlich verliehene Preisstatuette der Amerikanischen Filmakademie ist die heimliche Sehnsucht aller Schauspieler, Regisseure, Filmmusiker und Ausstatter. Gestern abend nun wurden die „Oscars" im Dorothy-Chandler-Pavillon von Los Angeles zum 58. Mal verliehen, vor den Augen von gut einer Milliarde Fernsehzuschauern in aller Welt, wie die Produzenten der Verleihungs-Show erklärten.

„Variety", das führende Branchenblatt, weiß allerdings mitzuteilen, daß die Zeremonie seit Jahren sinkende Einschaltquoten aufweise, da die Auswahl der Akademie in letzter Zeit oft genug haarscharf am Publikumsgeschmack vorbeilaufe. Die etwa 4000 stimmberechtigten Mitglieder der „Academy of Motion Picture Arts and Science" blieben aber auch diesmal ihrer Achtziger-Jahre-Tradition treu, anspruchsvollen, ja sogar Außenseiterproduktionen den Vorzug zu geben vor eindeutigen Kassenschlagern.

Mit ihrem Votum für Sydney Pollacks „Jenseits von Afrika" als bestem Film des Jahres 1985 (vergl. die WELT vom 10. März) trafen sie freilich den Geschmack elitärer Kritiker ebenso wie den des breiten Publikums. Ungeteilte Zustimmung also für diesen hinreißend erzählten und ausgestatteten Film, der von elf nominierten Oscars sieben erhielt, darunter den Preis für Regie und für die Kamera.

Hauptdarstellerin Meryl Streep alias Karen Blixen jedoch ging überraschenderweise leer aus. Ob die Akademie die schon zwei Mal Oscar-gekrönte Mittdreißigerin nicht allzu sehr verwöhnen wollte? Sie wählte statt dessen, unerwartet, die 61jährige Geraldine Page zur besten Darstellerin, die schon sechs oder sieben Mal vergeblich einen Oscar-Anlauf genommen hatte. In dem Film „The Trip to Bountiful" ist sie eine kränkliche, einsame Witwe, die sich in ihre Erinnerungen flüchtet.

Auch Klaus Maria Brandauer, Karen Blixens Lotterbube von Ehemann in „Jenseits von Afrika", der seit Wochen als sicherer Kandidat für die beste männliche Nebenrolle galt, mußte – offenbar ebenfalls eine eher gefühlsbestimmte Entscheidung der Akademie – einem Hollywood-Veteranen den Vortritt lassen. Der 78jährige Don Ameche, alternder Schürzenjäger in Ron Howards Film „Cocoon", gewann den Lorbeer.

Bester Schauspieler wurde William Hurt. In Hector Babencos „The Kiss of the Spider Woman", der ersten amerikanischen Produktion des brasilianischen Regisseurs, spielt er einen phantasievollen homosexuellen Häftling in einem brasilianischen Gefängnis, der seine Träume in fiktive Filme produziert. Allabendlich erzählt er sie seinem Zellengenossen, einem knallharten „Politischen", und bald machen sich die beiden so unterschiedlichen Männer gemeinsam auf ins Reich der Träume.

John Hustons pechschwarze Komödie aus dem New Yorker Mafia-Milieu, „Die Ehre der Prizzis", mehrfach nominiert, ging fast leer aus dem Rennen. Nur Hustons Tochter Anjelica als ebenso schöne wie hinterlistig-intrigante Prizzi-Tochter Maerose wurde zur besten Nebendarstellerin gekürt. Bester ausländischer Film wurde der argentinische Außenseiter „Die Offizielle Geschichte", der auch schon in Cannes aufgefallen und ausgezeichnet worden war.

Aber nicht diese kleinen Überraschungen am Rande kennzeichneten die diesjährige Film-Olympiade, vielmehr der geradezu schreiende Affront gegen einen der bekanntesten Hollywood-Regisseure. Steven Spielberg nämlich, seit Jahren vom Publikum gehätschelt, war mit seinem neuen Opus „Color Purple" zwar elfmal nominiert, gewann aber kein einziges Mal. Sein Film, ganz mit schwarzen Schauspielern besetzt, erzählt vom Lebens- und Leidensweg zweier schwarzer Schwestern und ist damit Spielbergs erster „Menschenfilm" nach all den Weltraumabenteuern à la „E. T." (die die Akademie ebenfalls ignorierte). Nimmt Hollywood seinem 38jährigen Wunderkind den immensen Welterfolg übel?

„Color Purple" ist in Amerika ein Publikums-Hit, wurde von der Kritik aber böse zugerichtet. Wäre Spielberg weniger erfolgreich bei der breiten Masse, so mutmaßte denn auch unlängst ein Hollywood-Augur, dann hätte er gewiß einen Platz im Herzen der Akademie – und der amerikanischen Kritik. Spielberg machte gute Miene zum schlimmen Spiel und lächelte tapfer in die Kameras der Verleihungs-Show. Vielleicht pfeift er tatsächlich auf Oscar-Ehren und zimmert ganz allein weiter an der Legende Steven Spielberg. DORIS BLUM

Stuttgarter Ballett tanzt Fokins „Les Sylphides"

Anmutige Geisterschar

Die 25 Jahre, in denen man Crankos Stuttgarter Ballett tanzen sah, sind im wahrsten Sinne des Wortes wie im Flug vergangen. Sehr fest dieser Erde verhaftet, schien die hochfliegende Truppe nie, und so hat es schon seinen Sinn, daß sie ihr Jubiläumsprogramm mit Fokins „Les Sylphides" eröffnete, dem knappsten konzentriertesten aller Geisterballette. Denn das ist ja noch immer der Unterschied zwischen altem Ballett und neuem Tanz: das eine gehört ganz dem Geist und den Lüften, der andere dem Leib und der Erde an.

Da ist es nun also wieder, wenn der Vorhang sich zum Chopin-Nocturne hebt: das alte zärtliche Bild der weißen Medien im fließenden Tüll, um ihre zarten Anführerinnen gelagert und diese wieder an die Brust des Poeten gelehnt, des jungen Mannes im schwarzen Samt.

Olga Lepeschinskaja, die Ex-Bolschoiballerina hat es arrangiert, nicht unähnlich einem Giorgio Morandi, der Seidenblumen, nicht etwa lebende, in seine Wundervasen sortierte, den Geist der Rose zu malen: die Ewigkeit des Dahinblühens.

Diese Ewigkeit fängt auch Fokins Choreographie mit ihrer Folge von Walzern, Preludes, Mazurken, alle leicht und schimmernd dahinschwingend. Alte Weisen, alte Schritte, unverwischbare Spuren: der Ewigkeitstraum des Balletts, dingfest gemacht auf choreographisch zarteste Weise.

Und doch ist dies Ballett eine Herausforderung selbst noch an den kleinen Finger jeder einzelnen Tänzerin. Sie sind alle vollkommen aufgehoben in der Zucht des Balletts, der überkommenen Form, aber in ihr öffnet sich jede höchst individuelle Freiheit. Wer sie am stärksten zu nutzen weiß, wird logischerweise Primaballerina genannt.

Das ist Marcia Haydée. Sie tanzt den Sylphiden voran und über alle hinweg, eine jener mirakulösen Tänzerinnen, die es verstehen, die Zeit stillstehen zu lassen. Ihr Tanz ist ein Gruß aus dem Gestern ans Morgen und dem Heute ein wundersames Geschenk. Die Haydée ist bis in die Fingerspitzen auf stille Weise zur reinen Inkarnation aller Schönheit des akademischen Tanzes geworden.

Kiyoko Komura, in der zweiten Vorstellung für Susanne Hanke eingesprungen, ist eine warmherzige, hochbegabte Tänzerin, deren Arme sich mitunter allerdings noch beinahe parodistisch verknubbeln. Annie Mayet tanzt fehlerlos und brillant. Tamas Detrich darf sich aufs Glatteis der Rolle Nijinskys wagen und zirkelt sie nach, mehr Pflicht als Kür. Nijinsky arbeitete bekanntlich täglich Stunden daran, auch seine Hände ausdrucksgeschmeidig zu halten. Heute stößt man die Hand in die Luft, als gelte es beim Schiedsrichter ein Fußballfoul zu monieren.

Abschluß des Stuttgarter Abends bildet der dritte Akt aus „Raymonda", von Azari Plissetzki den Kostümen Jürgen Roses sorgfältig einstudiert. Daß sich diese Kostüme, jedes ein Wunderwerk, auch noch bewegen, verdanken sie der fleißigen Compagnie. Doch selbst wenn diese streikte, wäre der Anblick von Roses Ausstattung allein immer noch abendfüllend.

Der flinke Charme Sophie Marquets, köstlich hinausgezögert durch choreographische Rubati, fällt auf. Entzückend führt Marion Jäger sich selbst und ihre Schrittfolgen vor. Birgit Keil und Vladimir Klos halten sich für das Hohe Paar des Grand Pas bereit. Zwei Solitaire, funkelnd in ihrer choreographischen Fassung.

Zwischen den beiden aristokratischen Stücken die tänzerische Kampfmaschine Marke „Canto vital" der Firma Plissetzki. Zum Rondo aus Mahlers 5. Sinfonie ließ der Russe vier Athleten durch die Lüfte juchzen. Der eine, Richard Cragun, himmelstürmend als „Der Mensch" deklariert, die anderen, ihm untertan, aber nicht weniger rambohaft muskulös, als drei Elemente. Das vierte und wichtigste im Ballett schien Plissetzki vergessen zu haben: die Choreographie. Das Ergebnis: Jammer, knallhart. KLAUS GEITEL

KULTURNOTIZEN

Ernst Robert Curtius' Leben und Werk steht im Mittelpunkt der Gedenktage, die das Romanische Institut der Bonner Universität vom 14. bis zum 17. April abhält.

Hector Biancotti, in Frankreich lebender argentinischer Schriftsteller, ist für seinen ersten französisch geschriebenen Roman „Sans la miséricorde du christ" mit dem neuen Gutenberg-Preis geehrt worden.

Rüdiger Keuth zeigt seine Aquarelle und Zeichnungen bis Ende Mai im Nürnberger Fembohaus.

„Gezeichnete Bilder" von Gisela Walther stellt die Ostdeutsche Galerie in Regensburg bis 6. April aus. Anschließend sind sie vom 13. April bis 25. Mai im Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen zu sehen.

Sonny Terry, amerikanischer Bluessänger und Harmonikaspieler, ist im Alter von 75 Jahren in New York gestorben.

Kriegsblinden-Preis für Prometheus-Hörspiel

Halbsklave wird Führer

Wieder einmal fällt der Hörspielpreis der Kriegsblinden an einen Grenzfall der Gattung: „Die Befreiung des Prometheus" von Heiner Goebbels nach Texten von Heiner Müller, produziert gemeinsam vom Hessischen Rundfunk und Südwestfunk, vereinigte unter 19 eingereichten deutschen Originalhörspielen des Jahres 1985 am Schluß elf von 19 Stimmen der aus Kritikern und Kriegsblinden zusammengesetzten Jury auf sich.

Daß hier Grenzen der Gattung Hörspiel berührt, vielleicht überschritten wurden, zeigt sich auch an der Entscheidung der Jury, den Preis nicht nur an den offiziell als Autor auftretenden Frankfurter Musiker Heiner Goebbels, sondern auch an den in der „DDR" lebenden Textlieferanten Heiner Müller zu vergeben. Ganz sicher schien man sich nicht zu sein, wer hier die wichtigeren Akzente gesetzt hat.

„Die Befreiung des Prometheus" ist einer jener archaisch, streckenweise gewalttätig wirkenden Prosastükke, mit denen Heiner Müller traditionelle Mythen umzudeuten versucht. Prometheus muß hier von Herakles fast mit Gewalt von seinem Felsen befreit werden. Zu sehr hat er sich in sein trotz aller Qual privilegiertes Halbsklavendasein zu Füßen der Götter gewöhnt. Und doch läßt er sich später als Held und Führer von der Masse der Menschen feiern. Jede Befreiung mündet in neue Sklaverei.

Goebbels, Jahrgang 1952, in Frankfurt bekannt durch mannigfache und einfallsreiche musikalische Aktivitäten vor allem in der Alternativkulturszene, verarbeitet Müllers Text unter Zuhilfenahme anderer Müller-Passagen, sowie musikalischer Gags und Verfremdungseffekte auf die von ihm bereits an anderer Stelle erprobte Weise.

Da gibt es Opernhaftes, Blasmusik, Lesegestammel, Geräuschsinfonisches, Pathos und Ironie. Ein breites Spielfeld für die freie Assoziation. Der „sprachlich organisierte Text als akustisches Material, als, wenn man so will, Musik" – so hat Helmut Heißenbüttel das in einem anderen Zusammenhang in einer Laudatio auf Goebbels einmal genannt. Ob diese „Lesung gegen den Strich", dieses freie Spiel mit Wort, Ton und Geräusch, dem Hörspiel – hier wird es ein „Hörstück in 9 Bildern" genannt – freilich neue Wege öffnen kann, muß sich noch zeigen. Heiner Goebbels jedenfalls beherrscht dieses Genre wie kein Zweiter.

Starkes Interesse weckte bei den Juroren auch das Hörspiel „H. – ein Abendbild" von Wilfried F. Schoeller (ebenfalls vom HR), in dessen Mittelpunkt der späte, geistig bereits umnachtete Hölderlin steht. Hier werden drei Sprachebenen übereinandergelegt: Hölderlin-Texte aus den Jahren des psychischen Dunkels, Berichte seiner Freunde und Zeitgenossen und – Passagen mit dem Originalton aus dem Munde heutiger Insassen einer psychiatrischen Anstalt.

Das ist zunächst ungeheuer interessant. Grenzbereiche des Denkens und Sprechens tauchen schattenhaft auf. Reine und falsche Töne, Poesie aus erster, zweiter und dritter Hand, wie Musik gegeneinandergeführt und miteinander verschränkt. Doch fast zwangsläufig stellt sich auch die Frage nach der Berechtigung des Verfahrens. Schoeller hat insgesamt 50-Tonbandstunden Material von seinen Besuchen in der Anstalt mitgebracht. Er hat versucht, diskret zu sein, den Kranken keine individuellen Bekenntnisse entlockt, sondern ihnen mit Hilfe von Stichworten (etwa Hölderlin oder Lyrik) die Chance eröffnet, ohne ihr Wissen die Melodie der Hölderlin-Texte gewissermaßen zu begleiten, die Wort- und Sprechkulisse für den tragischen Dichterhelden abzugeben.

Selbst wenn man unterstellt, daß sie dabei eine Art Glück empfunden haben könnten und ihrerseits beim Hörer wiederum etwas mehr Verständnis für die Realität der Geisteskrankheiten erzeugen – irgend etwas sträubt sich in einem gegen diese Art von Nutzung menschlichen Sprechmaterials.

Bemerkenswert waren aus der in diesem Jahr (im Unterschied zu 1983 und 1984) eher mageren Ausbeute auch noch die WDR-Produktion „Nach Otjikunino" von Hubert Wiedfeld (ein nachdenkliches Stück zur Problematik von Südafrika) sowie das „China-Projekt" (SFB) von Ronald Steckel. Hier wurden deutsche und chinesische Texte mit Hilfe elektronischer Musik und Geräusche zu einem Opus absoluter, unprogrammatischer Akustik-Kunst verarbeitet. In seiner stilistischen Geschlossenheit übertraf dieses Hörspiel alle seine Mitbewerber deutlich. Doch erschien es der Jury-Mehrheit am Ende doch allzu glatt und spannungslos.

Insgesamt scheint das deutsche Hörspiel weiterhin nicht nur finanziell oder innerhalb der Sender-Hierarchie, sondern auch in seiner künstlerischen Substanz stark gefährdet. Oft wird in den von den Autoren an das Produktionsteam gerichteten Begleittexten zur Erläuterung der mit dem Stück verbundenen Absichten deutlich, wie verzweifelt und ungelenk da mit den Möglichkeiten und Unmöglichkeiten einer Gattung gerungen wird, die es angesichts der pausenlosen Bild- und Tonberieselung von Jahr zu Jahr schwerer hat, sich Gehör zu verschaffen.

JOACHIM NEANDER

Österreichs großer Architekt: Clemens Holzmeister

Erdenweit und gottesnah

Man hat ihn einen „Expressionisten" genannt, er selbst bezeichnete sich als „Romantiker", doch läßt er sich keiner der einflußreichen Schulen und Bewegungen des 20. Jahrhunderts zurechnen. Gewiß ist nur eines: Der am 27. März 1886 geborene und erst vor drei Jahren, am 12. Juni 1983, verstorbene Österreicher Clemens Holzmeister zählt zu den größten, den eigenwilligsten und vielseitigsten Architekten unseres Zeitalters.

Er schuf ein überwältigendes Œuvre – Bauten für die Öffentlichkeit, dem Kult, der staatlichen Selbstdarstellung, dem wohnungsbedürftigen und kunstsinnigen Einzelnen dienend, imposante Gebilde kosmosbejahenden Ordnungswillens und ausdrucksstarker Sachlichkeit. Von der Volksschule in Marbach an der Donau (1913) über den zweistufigen und festungsartig anmutenden Bau des Wiener Krematoriums (1922/23) und zahlreiche Regierungspaläste in Ankara bis zum Alten und Neuen Festspielhaus in Salzburg und dem Entwurf für ein Friedensdenkmal auf dem Berg Sinai und ein Weltheiligtum „Cosmogral" (1977) spannt sich der Bogen seines unermüdlichen Schaffens.

Ein Zug ins Monumentale, zur großen festlichen Gebärde, ja zum Pathos zeichnet seine Bauten aus. Den reinen Funktionalismus des Bauhauses, die Exzesse des architektonischen Brutalismus hat er nie mitgemacht. Ebensowenig teilte er den sozialpolitischen Messianismus eines Le Corbusier.

Obwohl von historischen Neigungen frei, lernte er zeitlebens von den großen Werken der Vergangenheit. Er ließ sich von ihnen anregen und begeistern; nicht aber ahmte er sie nach. Je nach der Aufgabe und der greifbaren Landschaft knüpfte er an volkstümlich-regionale Traditionen an, schuf er Formen von bäuerlicher Kraft, repräsentativer Feierlichkeit, mönchischer Kargheit oder orientalisch-byzantinischer Magie: Kirchen wie die in Merchingen im Saarland, St. Adalbert in Berlin, Maria-Grün in Hamburg-Blankenese, Kathedralen in Brasilien und Syrakus (Sizilien); das Palais Atatürk und das türkische Parlament in Ankara; Rundfunk-, Botschafts- und Bankgebäude, Theater, Schulen und Grabanlagen.

Holzmeisters Architektur gebührt die heute vielfach so verschlissene Kennzeichnung „menschlich" zu Recht. Sie steht ihr zu, obwohl ihr Schöpfer sich niemals einer Ideologie „sozialen Engagements" verpflichtet fühlte. Das spezifisch Menschliche seiner Bauten leitet sich her von einer existentiellen Grundhaltung, die Herbert Muck in den bündigen Satz zusammenfaßte: „In der Welt Holzmeisters hat der Herrgott noch seinen Platz."

Der Gott dieses überragenden Baumeisters scheint ein alpenländlich-barocker Gott zu sein, der Licht, Freude und kosmische Harmonie ausstrahlt und sich in Salzburg und Tirol, aber auch in den sonnenüberfluteten Weiten Brasiliens und der Türkei weit mehr zu Hause fühlt als in der Öde nachkonziliarer Entsakralisierung.

Viele Ehren und Auszeichnungen wurden diesem Baukünstler zuteil, der auch zahlreiche Bühnenbilder gestaltet hat – so für Beethovens „Fidelio", Raimunds „Verschwender", Mozarts „Don Giovanni" und Grillparzers „Bruderzwist in Habsburg". Er lehrte an der Akademie der Bildenden Künste in Wien, der Technischen Hochschule in Istanbul und an der Düsseldorfer Akademie.

Von den Hunderten von Bauten, die Clemens Holzmeister im Laufe von mehr als siebzig Jahren entworfen hat, ist kaum einer zerstört oder auch nur verändert worden. Anders als so viele Schlüsselbauten der Moderne, die einer nach dem anderen, abgebrochen oder bis zur Unkenntlichkeit entstellt wurden, steht sein umfangreiches Werk unvermindert aktuell und haltbar vor uns. Es wird auch noch in kommenden Jahrhunderten zu den Menschen sprechen, weil seine Sprache nicht übersetzt zu werden braucht, um verstanden zu werden.

GERD-KLAUS KALTENBRUNNER



Vor 100 Jahren geboren: Der genialische Architekt, Bühnenbildner und Maler Clemens Holzmeister aus Österreich FOTO: ULLSTEIN

JOURNAL

Maurice Bejart und Rudolf Nurejew im Streit

dpa, Paris

Der Ballettdirektor der Pariser Oper, Rudolf Nurejew, und Maurice Bejart als Gastchoreograph in der Seine-Metropole liegen derzeit im Streit. Bejart hatte nach der Uraufführung seiner neuesten Tanzschöpfung „Arepo" zwei Ballett-Tänzer, Eric vu An und Manuel Legris, eigenmächtig in den Rang erster Solisten erhoben. Die Operndirektion monierte, Bejart habe seine Befugnisse mißbraucht, nur Nurejew könne nach Billigung des Verwaltungsrates des Hauses Tänzer befördern. Bejart berief sich auf Nurejews angebliche vorherige Zustimmung. Bejarts neueste Choreographie „Arepo", ein Anagramm von „Opera" (Oper), nach Charles Gounods „Faust" persifliert humorvoll das Opernhaus und den Faust-Mythos.

Neue Totentanzorgel wird eingeweiht

dpa, Lübeck

Mit einem feierlichen Gottesdienst wird am Ostermontag in Lübeck die neue Totentanzorgel in der Lübecker St. Marienkirche eingeweiht. Auf der Orgel spielte der Kirchenmusiker Dietrich Buxtehude (1668 bis 1707) 40 Jahre lang als Marienorganist und Ratsmusiker. Bernt Notke, der „Tilman Riemenschneider des Nordens", malte für die Kapelle unter der Orgel seinen weltbekannten Totentanz-Fries. Fries und Orgel verbrannten beim Bombenangriff auf Lübeck 1942. Nach mehr als 40 Jahren entstand jetzt die berühmte Totentanzorgel neu, rekonstruiert und orientiert am früheren Klangbild.

Goethe-Medaille für israelischen Übersetzer

SAD, Herzlia

Der israelische Journalist und Übersetzer Chaim Isak erhielt die Goethe-Medaille für seine Übersetzungen der deutschen Nachkriegsliteratur in die hebräische Sprache. Sein Übersetzungswerk begann mit Büchern aus dem Bereich der Psychologie, so mit dem Gesamtwerk von S. Freud, später wandte er sich der Belletristik zu, darunter Romanen von Böll, Grass, Canetti, Lenz. Die Goethe-Medaille wird jährlich zum Todestag des Dichters an höchstens fünf ausländische Persönlichkeiten verliehen. Die Urkunde spricht von Chaim Isaks „herausragendem, bleibenden Beitrag zur Stärkung der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel". Der 64jährige Isak wurde in Frankfurt geboren und emigrierte 1936 mit seiner Familie. Seit 1945 ist er journalistisch tätig, nebenbei redigiert er auch die vom Bundespresseamt in hebräischer Sprache herausgegebene Zeitschrift „Heatid". Chaim Isak gilt als der bedeutendste Übersetzer deutscher Literatur ins Hebräische.

Liv Ullmann spielt die Mutter Courage

DW. Oslo

Im modernsten Theaterbau Nordeuropas, dem Norwegischen Theater in Oslo, hat Brechts „Mutter Courage" am 11. April Premiere. Liv Ullmann spielt die Titelrolle, der deutsche Regisseur Peter Palitzsch inszeniert. Beide Künstler haben schon an zwei früheren Brecht-Bearbeitungen am Norwegischen Theater zusammengearbeitet: 1961 in „Der Kaukasische Kreidekreis" und 1963 in „Herr Puntila und sein Knecht Matti". Die Inszenierung wird bis zum 21. Juni zu sehen sein.

Wettbewerb für Computer-Graphik

DW. Köln

Einen Wettbewerb zur Förderung der Computer-Graphik-Kunst organisiert die Kölner Messe gemeinsam mit dem Museum Gladbeck. Die besten Arbeiten sollen während der Computermesse „C'86" vom 12. bis 15. Juni in Köln im Rahmen der Sonderschau „Prints & Plots" gezeigt werden. Anschließend sind sie vom 22. Juni bis 27. Juli in der Städtischen Galerie Gladbeck zu sehen. Informationen: KölnMesse, Postfach 210760, 5 Köln 21.

Sir Bernard Katz 75

Einer der Begründer der modernen Nervenphysiologie, der Brite Sir Bernard Katz, vollendet heute sein 75. Lebensjahr. Katz wurde in Leipzig geboren, mußte aber als Jude 1934 unter entwürdigenden Umständen nach England emigrieren. Von 1946 bis 1978 war er Professor für Biophysik am Londoner University College. Katz forschte vor allem auf dem Gebiet der Informationsübertragung zwischen Nervenzellen. Er klärte u.a. die chemischen Vorgänge auf, die bei der Erregung eines Muskels durch einen Nerv ablaufen, vor allem die Rolle des Botenstoffes Acetylcholin. Dafür erhielt er 1970 zusammen mit dem Schweden von Euler und dem Amerikaner Axelrod den Nobelpreis für Medizin und Physiologie. 1969 wurde Bernard Katz geadelt. Kü.

Aufruhr in Süditalien wegen „Bauamnestie“

Verzichtet Rom nun auf Bußgelder für illegales Bauen?

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

In Italien macht seit einigen Tagen das Thema „Bauamnestie“ Schlagzeilen. Schwere Zusammenstöße auf Sizilien und Protestdemonstrationen in Apulien und Kalabrien haben die öffentliche Meinung, das Parlament und die Regierung in Rom alarmiert. Vor allem in Agrigent, Palermo und Trapani schlug der Aufruhr gegen ein Gesetz hohe Wellen, das die Legalisierung der in den letzten Jahren unerlaubt errichteten Bauten gegen Zahlung hoher Bußgelder vorsieht. Es gab Verletzte und zahlreiche Verhaftungen – sechs davon unter der Anklage des Mordversuchs. Unter dem Druck der Straße beschloß der zuständige Parlamentsausschuß schließlich, der Regierung die Abänderung des umstrittenen Gesetzes vorzuschlagen.

Die Protestbewegung der Schwarzbauer, die sich gegen die Bußgelder zur Wehr setzen, wird von einem halben Hundert süditalienischer Bürgermeister fast aller Parteien unterstützt. Für den Fall der unveränderten Beibehaltung des „Amnestie“-Gesetzes haben sie bereits mit dem Massenrücktritt ihrer Lokalverwaltungen gedroht. An der Spitze der Bewegung steht der kommunistische Bürgermeister der sizilianischen Stadt Vittoria, Paolo Monello.

Das umstrittene Gesetz war vor zehn Tagen definitiv vom Parlament verabschiedet worden. Es soll bei Zahlung entsprechender Strafgebühren diejenigen Bürger amnestieren, die bis Oktober 1983 schwarz gebaut haben. Der Schatzminister verspricht sich davon zusätzliche Einnahmen für den Fiskus in Höhe von mehr als 13 Milliarden Mark. Von der Regierung wurde die Zahl der Schwarzbauer im ganzen Land vorsichtig auf 1,5 Millionen geschätzt. In Kreisen des Baugewerbes spricht man jedoch von nicht weniger als drei Millionen.

Schon während der Schlußphase der parlamentarischen Beratungen über das Gesetz war es am 17. Februar dieses Jahres zu einem Massenprotest gekommen. 50 000 Demonstranten aus dem ganzen Land waren in Rom zusammengeströmt, um das Parlament unter Druck zu setzen. Da sich dies als unwirksam erwies, hat man jetzt Gewalt ergriffen.

Der Protest gegen das Gesetz ist vor allem in Süditalien laut geworden. Dort wird argumentiert, daß die Bürger angesichts der allgemeinen Wohnungsnot, der prekären sozialen Lage und des Fehlens längst überfälliger Bebauungspläne in zahlreichen Gemeinden zur Selbsthilfe hätten greifen müssen.

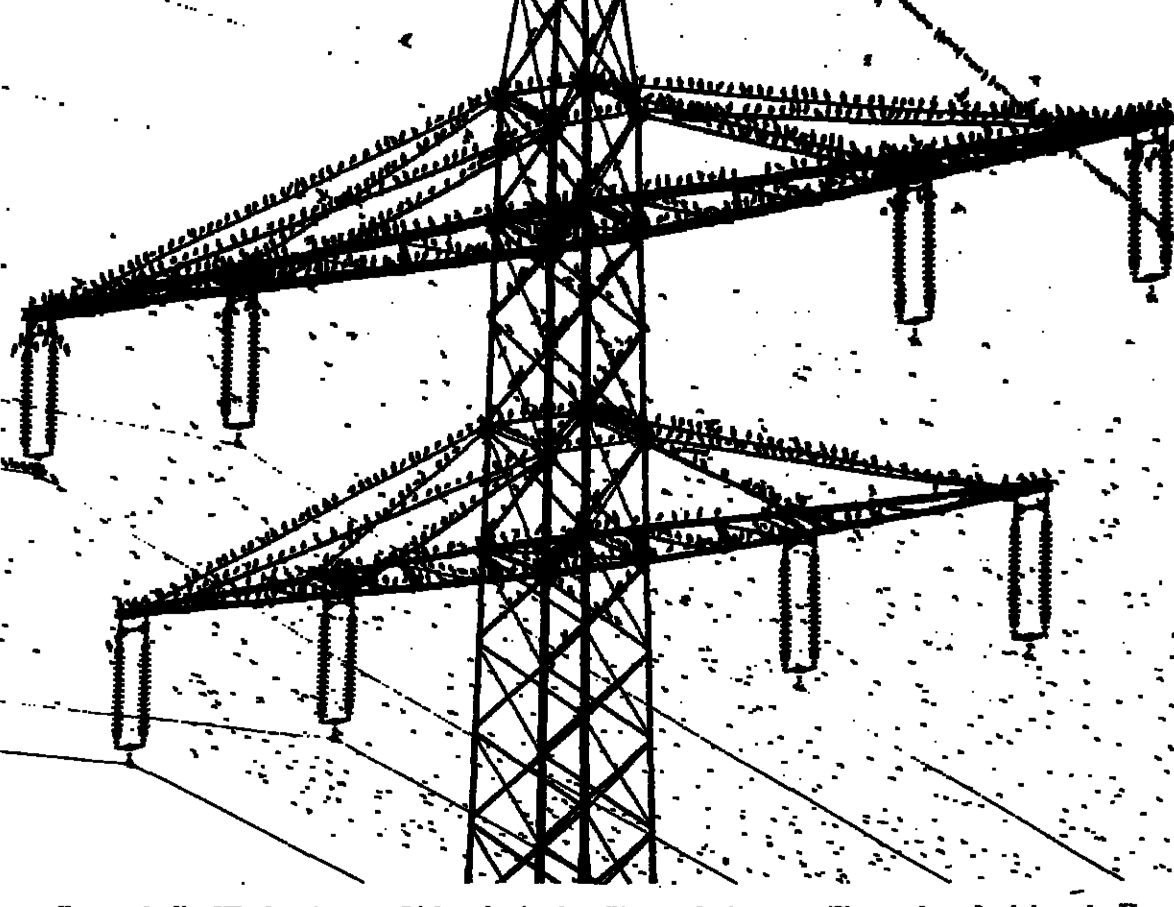
Die protestierenden Schwarzbauer fordern die Herabsetzung der im Gesetz festgelegten Bußgelder um 90 Prozent, also praktisch den fast völligen Erlaß jeder Strafe. Der zuständige Parlamentsausschuß schlug jetzt der Regierung vor, die Strafe für diejenigen Bauherren zu vermindern, die illegal Wohnungen zum Eigengebrauch oder für Verwandte ersten Grades errichtet haben. Er regte außerdem eine Lockerung der Bestimmungen für erdbebensicheres Bauen sowie die Ausdehnung der Ratenzahlungen für die Bußgelder auf einen längeren Zeitraum an.

LEUTE HEUTE

Nicht streng genug?

Der amerikanische Roman „Homefront“ (Heimatfront) – er spielt in der Endphase des Vietnamkrieges – ist fürs erste gesehen ein Buch wie andere auch: Es geht um das Leben einer jungen Frau namens Beth Canfield. Sie hat Ärger mit ihren Eltern. Die 33jährige Autorin **Patti Davis** läßt keinen Zweifel, wem ihre Sympathie gehört: der Romanheldin; deren Eltern, Robert und Harriet Canfield, hingegen bekommen gehörig ihr Fett ab. Das Pikante an der Geschichte: Die Karriere des Roman-Vaters – er steigt vom Gouverneur von Kalifornien zum Präsidenten der Vereinigten Staaten auf – ist ein Spiegelbild der politischen Laufbahn des Vaters der Autorin. Und der ist kein geringerer als **Ronald Reagan**. Der US-Präsident und seine Frau **Nancy** zeigten sich irritiert: „Ich dachte, ich sei ein guter Vater gewesen“, sagte Reagan. „Vielleicht war ich bei der Erziehung zuwenig streng.“ Und Mutter Nancy fügte hinzu: „Ich habe versucht, eine gute Mutter zu sein. Ich denke, niemand ist perfekt.

Zwischenstation Freiburg: Auf dem Weg zu den heimatlichen Nistplätzen hat sich ein Schwarm von Zugvögeln auf dem Mast einer Hochspannungsleitung niedergelassen. FOTO: DPA



Das Geheimnis der Zugvögel

Zwar macht bekanntlich eine Schwalbe noch keinen Sommer, doch gehören die im März heimkehrenden Schwalben zu den zuverlässigsten Boten des Frühlings. Ein Schauspiel, seit Jahrhunderten von den Menschen mit Neugierde verfolgt, erwartet uns auch dieser Tage. Die von unsichtbaren Wegweisern geleiteten Zugvögel kehren aus ihren afrikanischen Winterquartieren zurück in ihre europäische Brutheimat. Wie aber finden die Vögel derart präzise jedes Jahr sogar dasselbe Nest und denselben Nistkasten?

Wissenschaftler, die seit langem versuchen, dem auf die Spur zu kommen, haben mindestens sieben Navigationssysteme entdeckt, mit denen Zugvögel ihren Kurs finden und auch halten. Dabei sollen neben Wind und Wetter sogar Düfte die Tiere leiten. Angeblich können sie Landschaften an deren spezifischem Geruch unterscheiden und so eine Art „Duftkarte der weiteren Umgebung“ erstellen. Viele Experten bezweifeln dies.

Sicher wissen die Forscher aber seit rund 30 Jahren, daß die Sonne den Vögeln das Heimfinden erleichtert. Zu verdanken ist diese Entdekkung dem Ornithologen Gustav Kramer, der mit einfachen Versuchen einigen im Käfig gehaltenen Staren, die sich zur Zugzeit unruhig gebärdeten, auf die Schliche kam. Mit einer Anordnung von Spiegeln, die das Sonnenlicht um 90 Grad ablenken, woraufhin die Stare ihren Standort ebenfalls um denselben Winkel änderten, lieferte er den Beweis, daß Vögel mit Hilfe des Sonnenstandes die Himmelsrichtung bestimmen können.

Zusätzlich verfügen Zugvögel über eine genau gehende „innere Uhr“, mit der sie die Tageszeit bestimmen können. Allerdings weiß bisher niemand so recht, wie dieser Zeitsinn funktioniert. Zwar konnte man mit trickreichen Experimenten, künstlichem Tag-Nacht-Wechsel etwa, diese „Uhr“ verstellen und die Vögel entsprechend irritieren. Sobald sie freilich die Sonne und den natürlichen Tagesablauf verfolgen konnten, funktionierte ihr Zeitsinn wieder richtig.

Die Zugrichtung ins Winterquartier und zurück ist jedem Vogel angeboren, wie die häufigen Verfrachtungsexperimente mit beringten Vögeln zeigten. Dabei fand man heraus, daß unerfahrene Jungvögel ihrer angeborenen Zugrichtung blindlings folgten und ihre Route nach dem Sonnenstand bestimmten, während die Alttiere sehr schnell merkten, daß etwas nicht stimmte. Sie korrigierten ihre Route und erreichten zuverlässig ihre aus den Vorjahren vertrauten Überwinterungsquartiere.

Nachts mit Sternenkompaß

Aber Vögel besitzen nicht nur einen Sonnenkompaß, sie finden ihre Zugrichtung auch mit Hilfe der Sterne. Das ist wichtig, da die meisten Vögel nachts ziehen. Um sich zu orientieren, brauchen sie oft nur einen kleinen Ausschnitt des Sternenhimmels zu sehen. Häufig reicht die Sternenkonstellation um den Polarstern aus, um sie nach Norden zu führen.

Von Tauben, den Lieblingstieren der Orientierungsforscher, weiß man, daß sie sogar mit Hilfe polarisierten Lichts, das in einer Ebene schwingt, bei bedecktem Himmel den Sonnenstand ermitteln (wie dies übrigens auch die Bienen können) und so ihre Flugrichtung finden.

Vor allem aber nutzen die Vögel bei bedecktem Himmel den Erdmagnetismus als eine Art Schlecht-Wetter-Navigation. Irrflüge junger Tauben, auf deren Rücken die Forscher kleine Magneten befestigt hatten, um die Orientierung der Tiere zu manipulieren, bestätigen, daß sie sich immer dann nach dem Magnetfeld der Erde richten, wenn Wolken den Himmel verhüllen. Bei klarem Wetter flogen die Versuchstiere unbeirrt in den heimischen Schlag zurück. Das Magnetfeld der Erde dient den ziehenden Vögeln vermutlich als eine Art Eichmeter, mit dem sie ihr Orientierungssystem justieren. Offenbar übertragen sie die Daten des irdischen Magnetfelds auf ihren Sonnen- oder Sternenkompaß, um dann nach dem vermutlich leichter abzulesenden Gestirn zu fliegen. Für Zugvögel, die zweimal im Jahr 10 000 Kilometer und mehr wandern, ist die Existenz eines wetterunabhängigen Wegweisers eine Frage des Überlebens. Besonders wichtig ist dieses „Sicherungssystem“ für die Vögel, die nachts ziehen und ohnehin auf den Sonnenkompaß verzichten müssen.

Eine andere faszinierende Hypothese, wie Zugvögel heimfinden, geht davon aus, daß sich die Tiere mit Hilfe von Infraschall orientieren. Unhörbar für unser Ohr und daher nur schwer vorzustellen, sendet jede geographische Region, Gebirge oder Meeresküste, bestimmte tiefe Töne aus, die beispielsweise Tauben wahrnehmen können. Diese Schallwellen, die sich über Hunderte von Kilometern ausbreiten können, leiten die Vögel auf ihren Zugwegen.

Navigation wie Seefahrer

Alle bisherigen Erkenntnisse aber lösen nicht das große Rätsel des Vogelzuges. Denn zur echten Navigation benötigen die Tiere in erster Linie eine zuverlässige Methode der Ortsbestimmung. Möglicherweise verfügen sie über eine Art „Karte-Kompaß-System“ um auch in fremder Umgebung die augenblickliche Position in Beziehung zu ihrem Zielort setzen zu können, ähnlich wie Seefahrer erst einmal wissen müssen, wo sie zur Zeit sind, bevor sie den Kurs festlegen können, den sie nehmen wollen. Wie aber Vögel ihre geographische Position bestimmen, ist trotz aller Anstrengungen des Menschen bisher ihr Geheimnis geblieben.

MATTHIAS GLAUBRECHT

Mutter starb nach Geburt von Sechslingen

rtr, München

Nur wenige Stunden nach der Geburt von Sechslingen ist in München eine 25jährige Frau gestorben. Wie die Universitätsklinik gestern mitteilte, sind die sechs Kinder – drei Jungen und drei Mädchen –, über die keine näheren Angaben gemacht wurden, wohlauf. Es ist das vierte Mal, daß in der Bundesrepublik Deutschland Sechslinge das Licht der Welt erblickt haben. Wie die Uni-Klinik mitteilte, hatte die Frau ihr erstes Kind am Montag vormittag zur Welt gebracht. Die nächsten fünf Säuglinge kamen wenig später durch einen Kaiserschnitt zur Welt. Nachdem die Kinder in verschiedene Kliniken verlegt worden waren, hatte sich die junge Mutter zunächst noch nach ihren Kindern erkundigt. Ihr Kreislauf-Zustand verschlechterte sich den Angaben zufolge jedoch dramatisch und führte zu einer Verlegung in die Intensiv-Station der medizinischen Uni-Klinik. Dort starb sie an einer schweren Lungenembolie.

Gemeinsamer Ursprung

AFP, Peking

Die These über einen gemeinsamen Ursprung von Chinesen und Indianern ist erhärtet worden. Die Pekinger Nachrichtenagentur „Neues China“ meldete, daß chinesische und ausländische Wissenschaftler bei einigen Volksgruppen Chinas und Indianerstämmen in Texas und Kanada das gleiche Hämoglobin feststellten, das äußerst selten sei.

Bus stürzte in Schlucht

AFP, Quito

Achtzehn Tote und vierzig Verletzte hat ein schwerer Verkehrsunfall in Ecuador gefordert. Wie die Polizei mitteilte, stürzte ein überbesetzter Verkehrsbus 30 Kilometer nordöstlich der Ortschaft Zapotillo an der Grenze zu Peru bei überhöhter Geschwindigkeit in einer Kurve in eine achtzig Meter tiefe Schlucht.

Jedes dritte Kind unehelich

dpa, Berlin

In der „DDR“ wird fast jedes dritte Kind unehelich geboren. Wie das Informationsbüro West mitteilte, hat sich die Zahl der unehelich geborenen Kinder von 1976 bis 1983 von 32 000 auf 75 000 erhöht. In der Bundesrepublik wurde 1983 jedes elfte Kind unehelich geboren.

Schon 17 Länder bleifrei

dpa, München

Nach Mitteilung des ADAC bieten heute schon 17 europäische Länder bleifreies Benzin an. In Österreich, Holland, Dänemark und in der Schweiz ist das Tankstellen-Netz dicht genug. Ausschließlich bleifreies Euro-Super gibt es in Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Italien. In Spanien läuft ab sofort an 20 Stationen das bleifreie Euro-Super. Inzwischen bieten 46 Tankstellen in Jugoslawien bleifreies Normalbenzin an, das es auch in der CSSR und in Ungarn gibt. Auf den Transit-Strecken in der „DDR“ ist Normal- und Euro-Super zu haben.

WETTER: Kühl und Schauer

Lage: Ein Tief über Skandinavien lenkt weiterhin kühle Meeresluft nach Deutschland. Ein flaches Zwischenhoch bringt nur kurzdauernde Wetterberuhigung, da nach Wochenmitte neue atlantische Fronten auf Mitteleuropa übergreifen.

Vorhersage für Mittwoch: Kurze Aufheiterungen, meist aber rasch wechselnde Bewölkung, vereinzelt Schauer. Höchsttemperaturen 5 bis 9 Grad, im Bergland um 3 Grad. Tiefstwerte nachts um 4 Grad. Schwacher bis mäßiger, im Norden frischer und böiger Wind aus West.

Weitere Aussichten: Von Westen her Durchzug eines Regengebietes, anschließend erneut Schauer. Keine wesentliche Temperaturänderung.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.10 Uhr*, Untergang: 18.46 Uhr; **Mondaufgang:** 20.53 Uhr, Untergang: 6.45 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 26. März, 7 Uhr

H Hochdruckzentrum, T Tiefdruckzentrum, wolkenlos, heiter, halb bedeckt, wolkig, bedeckt, Windstille

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	8	bw
Bielefeld	6	bw
Braunlage	1	bw
Bremen	4	bw
Dortmund	7	bw
Dresden	8	bw
Düsseldorf	9	he
Erfurt	6	he
Essen	6	he
Feldberg/S.	-5	Ne
Flensburg	4	bd
Frankfurt/M.	8	bw
Freiburg	6	Gr
Garmisch	8	he
Greifswald	5	bw
Hamburg	3	R
Hannover	6	bw
Kahler Asten	1	bw
Kassel	7	bw
Kempten	6	bw
Kiel	5	bw
Koblenz	9	bw
Köln-Bonn	7	he
Konstanz	9	bw
Leipzig	7	be
List/Sylt	3	bd
Lübeck	4	bw
Mannheim	7	bw
München	6	bw
Münster	7	bw
Norderney	3	R
Nürnberg	6	bw
Oberstdorf	4	bw
Passau	6	bd
Saarbrücken	4	bw
Stuttgart	3	Sr
Trier	8	bw
Zugspitze	-14	bw

Ausland:		
Algier	17	R
Amsterdam	6	bd
Athen	16	be
Barcelona	18	be
Belgrad	21	be
Bordeaux	8	be
Bozen	10	bw
Brüssel	7	bw
Budapest	8	R
Bukarest	17	be
Casablanca	15	Sp
Dublin	6	bw
Dubrovnik	13	bd
Edinburgh	9	bw
Faro	14	bw
Florenz	13	bw
Genf	6	Sr
Helsinki	1	S
Hongkong	16	bd
Innsbruck	8	bw
Istanbul	15	he
Kairo	20	he
Klagenfurt	2	Sr
Konstanza	14	he
Kopenhagen	2	Sr
Korfu	14	bd
Las Palmas	18	bw
Leningrad	6	he
Lissabon	11	bw
Locarno	14	he
London	6	R
Los Angeles	13	he
Luxemburg	5	bw
Madrid	10	bw
Mailand	13	he
Malaga	15	be
Mallorca	13	bw
Moskau	0	S
Neapel	18	bw
New York	5	wl
Nizza	18	he
Oslo	2	Sr
Ostende	7	bw
Palermo	22	he
Paris	6	bw
Peking	14	wl
Prag	7	bw
Rhodos	18	be
Rom	16	bw
Salzburg	5	Rs
Singapur	30	bw
Split	14	bd
Stockholm	2	bd
Straßburg	7	bw
Tel Aviv	18	bw
Tokio	11	bw
Tunis	23	bw
Valencia	14	bw
Varna	19	he
Venedig	9	bw
Warschau	9	bw
Wien	9	bd
Zürich	8	he

bd = bedeckt, bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Stromausfälle und Hochwasser an Mosel und Rhein

DW. Frankfurt

Mit Orkanböen der Windstärke zwölf und Spitzengeschwindigkeiten von 130 Kilometern in der Stunde ist in der Nacht zum Dienstag der erste heftige Frühlingssturm über Deutschland hinweggefegt. Kurze kräftige Donnerschläge und Regengüsse von 33 Litern pro Quadratmeter innerhalb von 24 Stunden begleiteten den Sturm in vielen Teilen der Bundesrepublik.

An Rhein und Mosel stiegen die Wasserstände um bis zu einen Meter. „Seit heute morgen herrscht bei uns Hochwasser“, erklärte Karl-Heinz Zimmer vom Hochwassermeldezentrum in Trier. Abgedeckte Dächer und umgestürzte Bäume ließen die Feuerwehren in den Städten bis zu 80mal ausrücken. In Baden-Württemberg wurde ein Motorradfahrer durch einen quer auf der Straße liegenden Baum verletzt. Ein 23jähriger Mann wurde durch einen umstürzenden Baum erschlagen. Die S-Bahn von München nach Herrsching am Ammersee war durch Bäume auf den Gleisen blockiert.

Meteorologe Kurt Winkler vom Deutschen Wetterdienst in Offenbach beruhigte die Sturmgeschädigten: „Das gehört zum Frühling. Der besteht nicht nur aus Sonne und linden Lüften. Stürme sind sogar ein Zeichen dafür, daß der Frühling wirklich da ist.“

Der Giftskandal forderte das achte Todesopfer

dpa, Rom

An dem mit hohen Dosen von Methylalkohol versetzten Rotwein der italienischen Abfüllerfirma Odore sind bis gestern acht Menschen gestorben. 15 Männer und Frauen lagen weiter mit schweren Vergiftungen in verschiedenen norditalienischen Krankenhäusern. Allein in der Lombardei meldeten sich 84 Personen mit leichteren Beschwerden, die ohne Krankenhausbehandlung auskamen.

Das achte Opfer des mit Methylalkohol angereicherten Rotweins aus der Abfüllerei Odore war Carlo Bodoni aus Genua. Er starb bereits am 6. März. Erst durch Presseberichte über den Weinskandal erinnerte sich seine Witwe daran, daß er kurz vor dem Tod große Mengen „Barbera“ der Firma Odore getrunken hatte. Die Ärzte bestätigten inzwischen, daß vergifteter Wein zum Tode Bodonis geführt hatte.

Obwohl als ziemlich sicher gilt, daß der Methylalkohol nicht in der Abfüllerei von Carlo und Vincenzo Odore in den Wein geriet, deren Name auf den Flaschen stand, gehen die Ermittlungen gegen sie weiter. Ihnen wird das Versäumnis vorgeworfen, das von ihnen vertriebene Produkt nicht kontrolliert zu haben. Die Behörden konzentrierten ihre Nachforschungen unterdessen immer mehr auf die Firma Ciravegna in Narzole bei Turin, die die Odores belieferte.

Krebskranken Kindern die Angst nehmen

DW. Bonn

Damit die Eltern krebskranker Kinder so oft wie möglich mit diesen zusammensein können, hat die Deutsche Krebshilfe ein hierzulande bisher einmaliges Projekt gestartet. Wie der Vorstandsvorsitzende der Krebshilfe, Helmut Geiger, gestern in Bonn erklärte, sollen in der Nähe von Kinderkliniken Wohnhäuser für die Eltern von krebskranken Kindern errichtet werden. Außerdem sollen die Kinder nach der Behandlung tagsüber in diesen Häusern sich in familiärer Umgebung aufhalten können.

Die Deutsche Krebshilfe hat für das Vorhaben aus Spendenmitteln einen ersten Betrag von 500 000 Mark auf Abruf bereitgestellt. Damit werde die Idee der Gründerin der Organisation, Mildred Scheel, weiterentwikkelt, die Heilungschancen bei Krebs im Kindesalter zu verbessern. Geiger wies darauf hin, daß nach ärztlichem Urteil der Beistand der Eltern den Heilungsprozeß der Kinder positiv beeinflussen kann: „Wenn Kindern die Angst vor der Krankheit genommen wird und sie sich geborgen und geschützt fühlen, dann entwickeln sie verstärkt seelische Kraft, um ihr Schicksal zu tragen und es schließlich zu überwinden.“ Jeder Bürger, der die Deutsche Krebshilfe durch Spenden unterstütze, habe Anteil an dem gemeinsamen Erfolg im Kampf gegen diese Krankheit.

ZU GUTER LETZT

Aus dem Inhaltsverzeichnis des Stenographischen Berichts des Deutschen Bundestages der 206. Sitzung des Parlaments: „Äußerung des Bun*desminister Kiechle zu einem Verzicht auf zu intensive Düngung durch landwirtschaftliche Frührentner.*“